Auswärtiges Amt

16. Forum Globale Fragen

Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung

Berlin, 5. - 6. März 2007

In Zusammenarbeit mit

DSF Deutsche Stiftung Friedensforschung
german foundation for peace research

16. Forum Globale Fragen

Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung

Berlin, 5. - 6. März 2007
Auswärtiges Amt

Herausgeber: Auswärtiges Amt,
Referat VN07
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 030 – 5000 1923
vn07-s@auswaertiges-amt.de
http://www.diplo.de/ForumGF

Photos: Sebastian Mecchia

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Redaktion: Hermann Nicolai und Nora Gissel, Auswärtiges Amt

Wegen eines technischen Defektes wurde die Veranstaltung nicht, wie sonst üblich, mitgeschnitten. Die abgedruckten Beiträge sind die Redemanuskripte der Panelisten oder wurden von ihnen nachgereicht. Die auf die Panelbeiträge folgenden Diskussionen sind leider unwiderbringlich verloren.

Die Veranstalter danken Herrn Thomas Vogelpohl und Herrn Ishak Isik für ihre Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des 16. Forum Globale Fragen.

Die Veranstalter danken dem Deutschen Technikmuseum Berlin für die Unterstützung des Abendempfangs.

Inhaltsverzeichnis Seite

Eröffnungsansprache: Staatssekretär **Reinhard Silberberg**, Auswärtiges Amt .....

Impulsreferat: Dr. Hans Blix, Vorsitzender der Weapons of Mass Destruction Commission, Stockholm.....

Einführung des Impulsreferenten durch **Prof. Volker Rittberger**, Vorsitzender des Stiftungsrats der Deutschen Stiftung Friedensforschung .....

Panel 1: Scheitert das Regime zur Nichtweiterverbreitung? .....
Die Nuklearwaffenkontrolle am Scheideweg.

Patricia Lewis, Director of the United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR)

Prof. Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Prof. William Walker, University of St Andrews, Schottland

Douglas Roche, Chairman Middle Powers Initiative

Moderation: Prof. Michael Brzoska, Direktor, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Panel 2: Umgang mit neuen und zukünftigen Atommächten: .....
Regionale Rüstungskontrolle am Beispiel Asiens und des Mittleren Ostens

Annalisa Giannella, Beauftragte für Massenvernichtungswaffen des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Botschafter Rüdiger Lüdeking, Stellvertretender Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

Rose Gottemoeller, Carnegie Endowment for International Peace, Moskau

Prof. Mark Fitzpatrick, International Institute for Strategic Studies IISS, London

Moderation: Peter Croll, Bonn International Center for Conversion

Panel 3: Droht ein Rüstungswettlauf im All? Weltraumwaffen als.....
Herausforderung für eine präventive Rüstungskontrolle

Dr. Detlev Wolter, Auswärtiges Amt

Dr. Theresa Hitchens, Center for Defense Information, Washington

Smita Purushottam, Gesandte der Botschaft Indiens, Berlin

Dr. Götz Neuneck, Universität Hamburg, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)

Moderation: Arnd Henze, Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Panel 4: Begrenzungen bei konventionellen Waffen: Themen, Konzepte, Initiativen .....

Oberst i.G Hans-Werner Wiermann, Bundesministerium der Verteidigung (stv. Leiter der Abteilung Fü S III)

Thomas Gebauer, Medico International (MI)

Prof. Owen Greene, Bradford University

Dr. Simone Wisotzki, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Moderation: Prof. Horst Fischer, Universität Bochum, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Panel 5: Handlungsoptionen für eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle und Abrüstung .....

Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Uta Zapf, Mitglied des Bundestags, Vorsitzende Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

Patricia Lewis, Leiterin des United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR)

Rose Gottemoeller, Carnegie Endowment for International Peace, Moskau

Moderation: Gero von Randow, DIE ZEIT

Schlusswort: Botschafter Friedrich Gröning, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

Panelistinnen und Panelisten .....

Teilnehmerinnen und Teilnehmer .....

Das "Forum Globale Fragen" .....

Eröffnung durch Reinhard Silberberg, Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Sehr geehrter Herr Dr. Blix,
Exzellenzen,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Forum Globale Fragen im Auswärtigen Amt. Mein besonderes Willkommen gilt unseren Podiumsgästen und Panelisten, die sich die Zeit genommen haben, heute und morgen mit uns über „*Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung*“ zu diskutieren. Ich freue mich, dass wir so hervorragende Persönlichkeiten gewinnen konnten und bin dankbar, dass einige von ihnen eine Anreise von weither auf sich genommen haben.

Mit dem seit Gründung im Jahr 1999 nunmehr 16. Forum setzen wir eine stattliche Reihe aktueller Veranstaltungen fort, die sich mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und mit Fragen, die unseren Erdball als Ganzes betreffen, auseinandersetzen. Für das Auswärtige Amt ist es der Versuch, gemeinsam mit anderen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nach Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu suchen. Denn längst sind die Zeiten vorbei, in denen Regierungen sich zutrauten, diese Antworten allein zu finden und umzusetzen. Komplexität und Ausmaß der globalen Herausforderungen mögen in den vergangenen Dekaden enorm gewachsen sein. Aber auch unsere Möglichkeiten, darauf zu reagieren, haben sich dank neuer Partnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren erweitert.

Wenn wir in dieser Veranstaltung den Blick richten auf Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, dann folgen wir auch zahlreichen Anregungen, die aus Ihren Reihen und insbesondere von der Deutschen Stiftung Friedensforschung an das Auswärtige Amt herangetragen worden sind. Wir folgen diesen Anregungen gerne und wir sind der Deutschen Stiftung Friedensforschung, unserem Kooperationspartner bei dieser Veranstaltung, dankbar für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Vorbereitung.

Dank aussprechen möchte ich an dieser Stelle auch dem Deutschen Technischen Museum Berlin, das seine Räume für den Abendempfang zur Verfügung stellt. Kommen Sie heute abend dorthin, dann werden Sie verstehen, warum gerade dieser Ort zu diesem Thema gewählt wurde.

Reinhard Silberberg

Bei Abrüstung und Rüstungskontrolle nach neuen Wegen zu suchen, das bedeutet nicht unbedingt, dass die alten Wege nicht weiterführen oder gar dass sie in die Irre geführt haben. Es ist mir deshalb wichtig, gleich zu Beginn eine gemeinsame Lesart für unser heutigesThema vorzuschlagen.

Das Ende des Kalten Krieges war leider nicht der Beginn eines neuen friedvollen Zeitalters. Nur allzu rasch mussten wir erkennen, dass wir in einer Welt mit neuen und komplexeren Herausforderungen für unsere Sicherheit leben. Das Ende des Kalten Krieges war viel eher das Ende alter Gewissheiten. Sind damit die Rüstungskontrolle und die dazugehörigen Verträge und Instrumente, die wesentlich

unter den Vorzeichen des Kalten Krieges entstanden sind, überholt?

Meine klare Antwort darauf lautet: Nein. Unter den neuen sicherheitspolitischen Bedingungen geht es heute vielleicht noch mehr als je zuvor darum, Sicherheit auf der Grundlage gemeinsam definierter globaler Normen und im Wege der Zusammenarbeit, anstelle von Abgrenzung und Konfrontation, zu schaffen. Dies ist es, worum es in der Rüstungskontrolle geht. Rüstungskontrolle zielt auf die vorausschauende Verhütung von mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikten.

Es ist eine zentrale, auch heute noch gültige Einsicht des Kalten Krieges, dass eine ungezügelte Rüstungskonkurrenz keine Sicherheit schafft. Vielmehr bedarf es gemeinsamer Regeln, auf Grundlage derer militärische Macht eingehegt und eine langfristige Voraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität geschaffen wird. In globaler Perspektive bilden die multilateralen Verträge wie der nukleare *Nichtverbreitungsvertrag* die zentrale Normengrundlage. Diese müssen jedoch durch Absprachen auf regionaler Ebene ergänzt werden.

Wie ist die Sicherheitslage heute?

Die Sicherheitssituation in Europa hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verändert. Die Bedrohung nuklearer Auslöschung, die das strategische Denken während des Kalten Krieges beherrscht hat, scheint überwunden. Unglücklicherweise scheint damit hier und da aber auch das öffentliche Bewusstsein für die Notwendigkeit der Erhaltung des geschaffenen Rüstungskontroll-Acquis wie auch weiterer Anstrengungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle verloren gegangen zu sein.

Der 11. September 2001 hat uns dann drastisch die neuen Bedrohungen für unsere Sicherheit vor Augen geführt. Mit dem internationalen Terrorismus stehen wir seither einer ganz neuen Bedrohung gegenüber, die sich auch aus der grundsätzlichen Verfügbarkeit und der Proliferation von Massenvernichtungs-waffen speist.

Diese erhöhen das Gefahrenpotenzial bestehender Konflikte, machen sie weniger eingrenzbar. Regionale Konflikte bekommen eine überregionale, unter Umständen sogar eine globale Dimension. Die Proliferation ist zu einer zunehmenden Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit geworden, die unsere vermehrte Aufmerksamkeit erfordert.

Schließlich haben wir nach dem Ende der Ost-West Konfrontation das Fortbestehen alter und sogar das Aufbrechen neuer bewaffneter regionaler Konflikte erlebt. Die bestehenden Gefahren durch ungelöste regionale Konflikte mit potentiell globalen Auswirkungen sind nicht gebannt. Sie scheinen vielmehr an Virulenz zugenommen zu haben.

Diesen neuen Herausforderungen und Gefahren muss sich die internationale Gemeinschaft gemeinsam stellen. Nur gemeinsam können wir ihnen wirksam begegnen. Heute muss mehr denn je gelten: Sicherheit ist unteilbar. Die neuen Gefahren betreffen uns in gleicher Weise, wir müssen sie gemeinsam und solidarisch bekämpfen.

Wenn wir heute aufgefordert sind, über neue Wege der Abrüstung und Rüstungskontrolle nachzudenken, dann aber immer auf der Basis bestehender multilateraler Verträge und der darin verankerten gemeinsamen Normen. Um im Bild zu bleiben: Die Wege über die multilateralen Verträge sind weiter zielführend, wir sollten uns aber um den Erhalt, Ausbau und wo nötig die Anpassung unseres Wegenetzes kümmern.

Oder, um auf die Frage die hinter dem Thema unserer Veranstaltung steht zu antworten – nein, die alten Wege haben weder in die Sackgasse noch in die Irre geführt. Wir müssen sie nur weiter ausbauen. Lassen Sie mich drei Gründe für die Unverzichtbarkeit dieses Ansatzes geben:

Erstens:
Es sind weiterhin die bestehenden multilateralen Verträge, die die Grundlage legen für eine kooperative Sicherheit. Sie legen die Basis für die Abrüstungsverpflichtungen der Staaten sowohl im Bereich der Massenvernichtungswaffen, also nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, als auch im Bereich der konventionellen Rüstung.

Zweitens:
Es sind diese Instrumente, die überhaupt erst die rechtliche Legitimation für die Proliferationsbekämpfung schaffen, wie sie in der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen, den Initiativen der G8 oder konkreten Maßnahmen, wie der sogenannten *Proliferation Security Initiative* zum Ausdruck kommen.

Drittens:
Es sind diese Instrumente allein, die es der internationalen Gemeinschaft erlauben, Staaten, die gegen sie verstoßen, zur Rechenschaft zu ziehen und ihnen mit der ganzen Autorität des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu begegnen.

Die Europäische Union hat auf die beschriebenen neuen Herausforderungen mit der vom Europäischen Rat am 12. Dezember 2003 verabschiedeten *EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen* reagiert, die eine umfassende und kohärente Grundlage für das gemeinsame Handeln der EU darstellt. Auch hier steht die Stärkung multilateraler Übereinkünfte im Mittelpunkt: durch einen Ausbau der Verifikations- und Durchsetzungsinstrumente, durch eine Stärkung der Exportkontrollregime sowie durch den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit.

Während unserer Ratspräsidentschaft wollen wir dies unterstreichen, indem wir u.a dem 10-jährigen Bestehen des Chemiewaffenübereinkommens und dem 40. Jahrestag des Weltraumvertrags besondere Veranstaltungen widmen. Auch die heutige Veranstaltung steht in dieser Reihe.

Das multilaterale Vertragssystem wird allerdings in seiner Autorität untergraben, wenn die Bindungswirkung der Verträge mangels politischen Engagements zu ihrem Erhalt und zu ihrer Stärkung nachlässt, wenn Vertragspflichten und –rechte einseitig zugunsten bestimmter Staatengruppen interpretiert werden. Das unbefriedigende Ergebnis der Überprüfungskonferenz des *Nichtverbreitungsvertrags* im Mai 2005 und die fehlende Einigung auf gemeinsame Formulierungen zu Abrüstung und Nichtverbreitung im Abschlussdokument des UN-Gipfels von 2005 sind in dieser Hinsicht beunruhigende Entwicklungen.

Einmal mehr hat sich gezeigt, dass wir vor allem den *Nichtverbreitungsvertrag* nicht als bloßes Instrument der Bekämpfung von Proliferations begreifen dürfen. Diesem Vertrag liegt vielmehr ein Gegengeschäft zugrunde, dessen Einhaltung von zentraler Bedeutung für den dauerhaften Bestand des Vertragswerks ist: Im Gegenzug zum Verzicht auf den Besitz und Erwerb von Nuklearwaffen durch die Nicht-Nuklearwaffenstaaten haben sich die Nuklearwaffenstaaten zu nuklearer Abrüstung verpflichtet.

Deshalb gilt es, nicht nur, wie im Falle von Iran und Nordkorea, mit aller zu Gebote stehenden Entschlossenheit auf eine Einhaltung der Nichtverbreitungsverpflichtung des Vertrags hinzuwirken. Vielmehr brauchen wir auch ein neues Momentum bei der nuklearen Abrüstung.

Dabei sind Fortschritte bei der Umsetzung der abrüstungspolitischen Verpflichtung keine Frage eines „Alles oder Nichts"; es gibt vielmehr keine realistische Alternative zu einem schrittweisen Voranschreiten. Die Vorwärtsbewegung wird aber dringend benötigt, wenn wir auf der anderen Seite bei der notwendigen Proliferationsbekämpfung erfolgreich sein wollen.

Die Agenda ist dabei in diesem Bereich bereits vorgezeichnet: Die 13 praktischen Schritte aus dem Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz 2000 des *Nichtverbreitungsvertrags* enthalten die unverändert notwendigen Maßnahmen für weitere Abrüstungsfortschritte im nuklearen Bereich. Dazu gehört vor allem das rasche Inkrafttreten des Atomtestverbotsvertrags (CTBT) und die baldige Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot der Produktion von nuklearem Spaltstoff für Waffenzwecke (Fissile Material Cut-off, FMCT). Daneben kommt auch Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung insbesondere der beiden größten Nuklearwaffenbesitzerstaaten, Russland und USA, besondere Bedeutung zu.

Neben der globalen Agenda muss unsere Aufmerksamkeit auch den rüstungskontrollpolitischen Erfordernissen auf regionaler Ebene gelten. In Europa haben wir hierzu ein ausgefeiltes Instrumentarium vor allem im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle und der militärischen Vertrauensbildung geschaffen. Diese Grundlage für einen „gemeinsamen Sicherheitsraum" gilt es zu erhalten und an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Gleichzeitig sind aber auch erhebliche rüstungskontrollpolitische Defizite in anderen Weltregionen, insbesondere auch in potentiellen Konfliktregionen, erkennbar. Diese müssen dringend behoben werden.
Ein Blick auf die vorgesehenen Diskussionen der kommenden zwei Tage zeigt, dass Raum für einen fast umfassenden Überblick bereitgestellt ist. Ich sage deshalb „fast", weil die chemische und biologische Abrüstung mit Blick auf die bereits erwähnte spätere Veranstaltung zum Chemiewaffen-übereinkommen ausgeklammert wurde. Ungeachtet der umfassenden Verbote zu Produktion, Besitz und Weitergabe, die ja bei chemischen und biologischen Waffen schon festgelegt sind, stehen wir auch hier weiter vor der Aufgabe, die Verträge universell gültig und im Fall des Biologischen Waffenüberein-kommens auch verifizierbar zu machen.

Nicht nur im Nahen und Mittleren Osten und in Süd- und Ostasien, Regionen den aufgrund der Aktualität zu Recht eigener Raum in ihren Diskussionen eingeräumt ist, müssen wir der Proliferation von Massenvernichtungswaffen entschlossen entgegentreten. Die internationale Geschlossenheit in der Lösung des iranischen Nuklearproblems ist in dieser Hinsicht ermutigend. Im Fall Nordkorea deuten sich vor dem Hintergrund einer ähnlichen Geschlossenheit erste Anzeichen einer Lösung an. In beiden Fällen sei daran erinnert, dass die Ansatzpunkte der Internationalen Gemeinschaft, diese Staaten von ihrem gefährlichen Weg abzubringen, eben nicht in einem einfachen „Recht des Stärkeren" zu suchen sind, der seinen Willen durchsetzt. In beiden Fällen bewegen wir uns auf der Grundlage des *Nichtverbreitungsvertrags*, der unterschiedlichen Abkommen der Internationalen Atomenergieorganisation sowie der Charta der Vereinten Nationen.

Wir bewegen uns auf dem Boden multilateraler Vereinbarungen. Wir bewegen uns sozusagen auf sicherem Grund. Wenn Sie in den kommenden beiden Tagen über „Neue Wege der Abrüstung und Rüstungskontrolle sprechen", sollten Sie diesen sicheren Grund nicht aus den Augen verlieren.

Begrüßung und Einführung des Impulsreferenten durch Prof. Volker Rittberger, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Silberberg,
Sehr verehrter Herr Dr. Blix,
Meine Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Ehre und außerordentliche Freude, Sie im Namen der Deutschen Stiftung Friedensforschung, die das 16. Forum Globale Fragen mit veranstaltet, zu begrüßen und Ihnen den Ehrengast und Impulsreferenten dieses Forums Globale Fragen, Herrn Dr. Hans Blix, vorstellen zu dürfen.

Volker Rittberger

Die Themenstellung dieses Forums Globale Fragen, „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung", wird in der politischen Öffentlichkeit zumindest seit dem Ende des Ost-West-Konflikts oft stiefmütterlich behandelt. Nur bei besonderen Ereignissen, wenn zum Beispiel Nordkorea eine Atombombe testet, China einen Satelliten im Weltraum abschießt, die Gespräche über das iranische Nuklearprogramm ergebnislos zu verlaufen drohen oder zwischen Russland und den USA ein Streit über die Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Ostmitteleuropa entbrennt, richten sich die Augen der Welt schlaglichtartig auf diese friedenspolitisch bedeutsamen Themen. Langfristige Rüstungsdynamiken und eher im Verborgenen sich entwickelnde Bedrohungen oder Risiken bleiben dagegen häufig unbeachtet oder sogar unerkannt.

Es ist deshalb kein Zufall, dass die Deutsche Stiftung Friedensforschung einen nicht unerheblichen Teil ihrer Aktivitäten und Ressourcen auf die Förderung von Projekten verwendet, die dazu bestimmt sind, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle systematisch zu erforschen und politikrelevante Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Seit der Aufnahme ihrer Fördertätigkeit im August 2001 unterstützte die Stiftung insgesamt sieben größere Forschungsvorhaben in diesem Schwerpunkt, die sich vor allem mit Themen der präventiven Rüstungskontrolle befassten. Hierzu zählen Untersuchungen über rüstungsrelevante Entwick-

lungen in der Nano- und Biotechnologie ebenso wie über das destabilisierende und friedensgefährdende Potenzial einer fortschreitenden Weltraumbewaffnung. Die Bedeutung dieses Förderschwerpunkts spiegelt sich auch darin wider, dass im Jahr 2006 mit Fördergeldern der DSF die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg eingerichtet werden konnte.

Zu den Förderzielen der Stiftung gehört es ferner, nicht nur neue wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse generieren zu helfen, sondern die Fragestellungen und Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung, namentlich der von ihr geförderten Forschungsvorhaben, auch in die politische Praxis zu vermitteln und in das öffentliche Bewusstsein zu heben. Veranstaltungen, wie das Forum Globale Fragen, bieten hierfür eine ausgezeichnete Gelegenheit. Die Stiftung erhofft sich so, die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis zu stärken und Impulse für neue Initiativen in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik zu geben. Gerade jetzt, da Deutschland mit der doppelten Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union und in der G 8 eine herausragende internationale Rolle zukommt, besteht für die Bundesregierung die Möglichkeit, sich dafür einzusetzen, dass dem Thema „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ wieder ein höherer Stellenwert auf der Tagesordnung der internationalen Friedenspolitik eingeräumt und mit größerem Nachdruck auf den zügigen Abschluss, das rasche Inkrafttreten oder die effektivere Implementation von Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsabkommen hingewirkt wird. Mehrere Äußerungen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier aus der jüngeren Vergangenheit lassen darauf schließen, dass die Bundesregierung gewillt zu sein scheint, diese Gelegenheit beim Schopfe zu packen.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass der Ruf nach neuen Abrüstungsinitiativen ungehört verhallen wird, denn auch andere Staaten sind sich der Wichtigkeit dieses Themas wohl bewusst, wie die jüngst unterzeichnete Osloer Vereinbarung zum Verzicht auf Streumunition erkennen lässt. Auch die Zusammensetzung der Diskussionsrunden dieses Forums mit international anerkannten Referentinnen und Referenten illustriert dies mehr als deutlich. Ihnen, den Expertinnen und Experten, die mit großem Entgegenkommen auf unsere Anfrage geantwortet und sich bereit gefunden haben, Ihre Analysen und Einsichten zu präsentieren, möchte ich schon im Voraus sehr herzlich für Ihr Mitwirken danken. Ein besonderes Dankeschön geht natürlich an unseren Mitveranstalter und Gastgeber, das Auswärtige Amt. Der Arbeitsstab Globale Fragen und sein Leiter, Herr Christian Much, haben das Konferenzthema inhaltlich gemeinsam mit der DSF

abgestimmt und das Gros der organisatorischen Vorbereitungen geleistet.

Den inhaltlichen Einstieg in dieses Forum Globale Fragen wird eine Persönlichkeit übernehmen, die für diese Aufgabe wohl wie keine zweite geeignet ist. Man kann sie getrost als unseren Wunschkandidaten für das diese Veranstaltung auf Kurs bringende Impulsreferat bezeichnen. Ich freue mich daher sehr, dass Sie, Herr Dr. Blix, unserer Einladung gefolgt sind und zu uns über die Bedrohungen, die heute von Massenvernichtungswaffen ausgehen, und über mögliche Gegenmaßnahmen, mit denen diese Gefahr eingedämmt werden kann, sprechen werden.

Warum Hans Blix hierfür besonders prädestiniert ist, wird aus seinem eindrucksvollen Lebenslauf mehr als deutlich. Er wurde 1928 im schwedischen Uppsala geboren, wo er später Rechtswissenschaften studierte und 1959 mit einer völkerrechtlichen Dissertation promoviert wurde. Damit waren ihm bereits zwei Merkmale zu eigen, die seinen späteren Werdegang im System der Vereinten Nationen quasi vorzeichneten: Schwede und Jurist, eine Kombination, die sich innerhalb der Vereinten Nationen als perfekte Ausgangslage für eine erfolgreiche Karriere erwiesen hat.

Nur folgerichtig war Dr. Blix nach einer kurzen Zeit als Dozent an der Universität Stockholm von den frühen 1960er bis zu den frühen 1980er Jahren Mitglied der schwedischen Delegation zur Generalversammlung der Vereinten Nationen. 1963 trat er in das schwedische Außenministerium ein, wo er 1976 zum Unterstaatssekretär für Entwicklungskooperation berufen und von Ministerpräsident Ola Ullsten 1978 zum schwedischen Außenminister ernannt wurde. Schon in dieser frühen Phase seiner Karriere befasste sich Dr. Blix immer wieder mit Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. So war er über viele Jahre hinweg auch Mitglied der schwedischen Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz. 1981 wurde er schließlich zum Generaldirektor der Internationalen Atom-Energie-Behörde (IAEA) gewählt, die er in den nächsten 16 Jahren leiten sollte.

Vor fast genau sieben Jahren, am 1. März 2000, trat er seine zweifellos schwierigste Aufgabe an: er wurde Vorsitzender der neu geschaffenen *United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission* (UNMOVIC), die überprüfen sollte, ob der Irak seinen internationalen Verpflichtungen zum Abbau seines Potenzials an Massenvernichtungswaffen nachgekommen ist bzw. nachkommt. In dieser Funktion wurde Dr. Blix mehr als nur der Vorsitzende einer der so zahlreichen Kommissionen der Vereinten Nationen. Insbesondere als die Kontroverse über militärische Maßnahmen gegen den Irak im Frühjahr 2003 ihren Höhepunkt erreichte, wurde sein Name zum

Synonym für das Streben nach Abrüstung unter internationaler Aufsicht und zum Sinnbild für die Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Konflikts. Bei der Verleihung des Hessischen Friedenspreises im Jahr 2004 wurde Hans Blix zu Recht als Persönlichkeit gewürdigt, die „mit Glaubwürdigkeit, Geradlinigkeit und Unbeirrbarkeit einen Weg geht, der nur ein Ziel hat: Konflikte zu vermeiden und friedliche Lösungen zu finden“.

Dr. Hans Blix beendete seine Aufgabe bei der UNMOVIC am 30. Juni 2003. Aber er hat sich nach seinen öffentlichkeitswirksamen Auftritten vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht einfach in den Ruhestand verabschiedet. Im Gegenteil: Den Vereinten Nationen fühlt er sich weiterhin eng verbunden. Erst im vergangenen November wurde er zum Präsidenten des Dachverbandes der VN-Gesellschaften (WFUNA) gewählt. Auch das Thema „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ hat er noch nicht „zu den Akten“ gelegt, sondern bemüht sich nachdrücklich darum, es im Bewusstsein der internationalen Staatengemeinschaft und der Weltöffentlichkeit zu halten. Seit Dezember 2003 ist er Vorsitzender der *Weapons of Mass Destruction Commission (WMDC)*. Diese von den Vereinten Nationen und der schwedischen Regierung eingesetzte unabhängige Kommission hat am 1. Juni des vergangenen Jahres ihren vielbeachteten Bericht *Weapons of Terror - Freeing the World of Nuclear, Biological and Chemical Arms* vorgelegt. Das Dokument gibt insgesamt sechzig politikrelevante Empfehlungen, wie die Bedrohungen, die von diesen Waffen ausgehen, gemindert werden können. Den Bericht und seine Vorschläge kann uns der federführende Autor und Kommissionsvorsitzende sicherlich am besten selbst erläutern. Darum bitte ich Sie, verehrter Herr Dr. Blix, nun ganz herzlich, mit Ihrem Impulsreferat zu beginnen.

Impulsreferat von Dr. Hans Blix, Vositzender der Weapons of Mass Destruction Commission, Stockholm

Time for a revival of disarmament

Ladies and Gentlemen,

Last year Kofi Annan noted that the world is "sleep walking" into new arms races. He was right.

Not long ago we read about the plans for monitoring and intercepting installations in Poland and the Czech Republic as a part of the US missile shield. American diplomats were sent to explain to worried Russians that these installations near Russia are only to guard against possible Iranian and North Korean missiles and have nothing to do with Russia.

This dialogue is evidently not about disarmament.

Nor does the British government sound as if it were moving toward disarmament when it is proposing a new nuclear weapon program to follow the Trident and last far into this century. The same can be said of the scenario in the US for the production of a new standard nuclear weapon – the "Bombplex" – reportedly to the tune of 150 billion dollars (considered a low figure by the GAO).

World military expenses stood last year at 1.200 000 billion dollars – about half of it American. This year, 2007, the US government is proposing a military budget of $ 623 bn.

The US National Security Strategy published in 2006 begins with the words "America is at war…"; and President Bush said in 2005 that 9/11 was the Pearl Harbour of the Third World War. The foremost task, we are told, is to prevent the worst weapons getting into the worst hands – rogue states and terrorists.

We know that small-caliber weapons are the ones actually killing in current conflicts but which are the "worst" weapons?

How has the world sought to tackle the weapons of mass destruction?

After WWII comprehensive conventions have confirmed not only the prohibition of use of biological and chemical weapons but extended the ban to cover production and stocking. The conventions apply equally to all states parties and all big military powers are parties.

The BWC was an initiative of President Nixon. It was concluded in 1972, a time during which the Soviet Union would not accept any on site inspection. We now know that this weakness enabled the Soviet Union – undisturbed by any inspections – to develop a large BW program in violation of the convention and that Iraq under Saddam Hussein did the same in the 1980s.

We also know that the weakness remains. At a review conference of the BWC in 2001 the US flatly rejected proposals to add procedures for inspection and verification that had been long in preparation. The review conference of the BWC late last year was less contentious than the one in 2001 and raises some hope that new efforts involving a multifaceted approach may lead to a strengthening of the convention.

The CWC was concluded in 1993 after decades of negotiations. While there is problems of timely destruction of stocks and of the universality of the Convention it is on track.

The world has been less ambitious – at any rate less successful – in tackling nu-

clear weapons. During the Cold War people marched in the streets and feared what was termed MAD – mutually assured destruction – in a nuclear exchange between the United States and the Soviet Union. There was anguish and although the approach was fragmentary a good deal of action was taken to reduce the threat.

First of all important bilateral agreements were reached between the two military superpowers.

It was further agreed early not to place nuclear weapons in the Antarctic, on the sea bed or in outer space and the partial test ban treaty, concluded in 1963, stopped the testing of nuclear weapons in the atmosphere and thereby prevented radioactive fall out.

The treaty comprehensively banning nuclear weapons tests was adopted in 1996 and India and Pakistan were condemned by the Security Council in 1998 for their nuclear tests.

In 1996 the International Court of Justice gave an advisory opinion that sees a very limited scope for a legal use of nuclear weapons but no comprehensive treaty ban has been accepted like the BWC and the CWC.

The key agreement is instead the Non Proliferation Treaty of 1968 under which all non-nuclear weapon states were invited to renounce nuclear weapons and accept international inspection. The then five nuclear weapons states were invited to commit themselves to nuclear disarmament and to facilitate the transfer of nuclear technology to non nuclear weapon states parties.

If all the states of the world had joined the treaty and fulfilled the obligations they undertook this double bargain would have brought us to a nuclear weapon free world.

The Nonproliferation Treaty has in many respects been a very successful treaty. All states in the world have adhered to it, except India, Pakistan and Israel that have developed nuclear weapons. North Korea withdrew from the treaty in 2002. On the other hand, Byelorussia, Kazakhstan and the Ukraine transferred the nuclear weapons they had to Russia and South Africa dismantled its nuclear weapons.

Hans Blix

The Nonproliferation Treaty has come under increasing strain, however, for two main reasons. Many non-nuclear weapon states have over the years become increasingly dissatisfied that the nuclear weapon states parties are not moving seriously to disarmament. Nuclear weapon states point to the reduction in their stockpiles and to the violations of the treaty by Iraq, Libya.

In the US the doctrine of counter-proliferation emerged allowing US action – even military action and unilateral action – to prevent proliferation. The inspections of the IAEA after the Gulf War in 1991 had shown that Iraq had not been restrained by its adherence to the Nonproliferation Treaty. The conclusion was that this treaty – and perhaps other treaties – might be respected by the 'good guys' and ignored by the 'bad guys'. In

the same way, doubts also arose regarding the value of international inspection although it was precisely IAEA inspections that revealed in 1992 that North Korea had not declared all the Pu it had produced.

Nevertheless, in 1995 the Nonproliferation Treaty was prolonged without any expiration date and the nuclear weapon states parties confirmed the obligations they had undertaken to negotiate toward disarmament. Without that commitment – which was spelled out in 13 steps at the review conference in 2000 – the prolongation would not have been approved.

In 1995 there were great hopes that after the long years of the Cold War the world would, indeed, move toward disarmament and better international cooperation. The five permanent members of the Security Council now cooperated and vetoes were not automatic, The Gulf War to stop Iraq's aggression against Kuwait had been an unprecedented action authorized by the Council and actively supported by the whole world.

President Bush had talked about a 'new international order'.

The hopes have been dashed one after the other: the comprehensive test ban treaty was rejected by the US Senate, the projected Cut-off treaty has not gone anywhere, and no progress has been made in the elimination of nuclear weapons in the Middle East.

Then came the Iraq war in 2003. Although UNMOVIC had carried out some 700 inspection in some 500 locations and found no WMD the US and UK maintained that there were such weapons and presented what has later been called "faith based" evidence (actually even fake based) evidence.
Truth was not the only casualty. Global cooperation, the UN Charter and the new international order, which President Bush had hailed were also casualties.

The Alliance of Willing States launched the armed action on Iraq without there being any armed attack by Iraq (as there had been in 1990) and without Security Council authorization.

However, the action was in line with the US National Security Strategy that had been published in September 2002 and that stated that a limitation of the right to use armed force in self-defense to cases where "armed attacks" were occurring or were "imminent" would be insufficient in the era of missiles and terrorists.

As I see it, the 2002 strategy and the 2003 war show that the US administration said good bye to the restrictions laid down in San Fransisco on the use of force (art. 2:4 and 51 of the UN Charter) – at least as regards actions to stop the development of weapons of mass destruction.

The US Administration may have thought of itself as a global sheriff able – unlike the UN – to act responsibly and forcefully to avert threats. Let me quote the US National Defense Strategy of 2005:

"*The end of the cold war and our capacity to influence global evens open the prospects for a new and peaceful system in the world." (p.5).*

Another quote from the same document shows that "*international fora"* – including, one would assume the United Nations – were seen mainly as obstacles on the road to the peaceful system envisaged. I quote again:

"Our strength as a nation will continue to be challenged by those who employ a strategy of the weak using international fora, judicial processes, and terrorism."(p.5).

It is not, I think, respect for the UN Charter limitations on the use of armed force that have so far stood in the way of missile attacks on Iran. The new international order about which President Bush spoke in 1991 is forgotten: UN SC consent may now be seen as desirable for public international relations – but no more.

In 2005, the Nonproliferation Treaty review conference could not even come to a final declaration. Nuclear weapon states brushed aside the commitments made in 1995 and 2000 and non-nuclear weapon states blocked agreement on other matters. Bitterness and complete stalemate resulted.

The UN GA summit later in 2005 could not agree to put a single line about disarmament or non – proliferation in its declaration and the negotiating instrument of the UN – the CD in Geneva -- has not been able to agree on a work program for some ten years.

Threat Reduction Programs, Security Council Resolution 1540, the Proliferation Security Initiative (PSI) and various schemes to discourage (or even to prevent) widespread fuel cycle activities all bring some novel (mostly positive) action and may be of help in the field of nonproliferation. They do not, I think, take us forward in the field of disarmament, nor were they meant to do so.

Is this then a moment and a climate for disarmament?

Last year an international commission that I chaired presented a report in which it unanimously answered yes to that question and submitted 60 concrete proposals for governments, think tanks, media, students and the public to consider:

Weapons of Terror: Freeing the World of Nuclear, Biological and Chemical Arms. (www.wmdcommission.org)

The commission did not suggest that human kind has become any kinder or wiser but it did say that the greater proximity between nations and their accelerating interdependence are factors that make active multilateral cooperation indispensable and inevitable:

We must co-operate internationally to defend ourselves against global contagious diseases, like avian flu and SARS, to protect the global environment, and to manage and develop the global economy etc.

The growing integration – globalization – also makes armed conflicts less likely.

In the past, wars were mostly linked to conflicts about borders, territory, religion or ideology. Although today there still are such conflicts in Africa and the Middle East, the big powers do not have significant controversies about borders and territory and the status of Taiwan is being handled with prudence. There are also no longer ideological controversies. All big powers are now practicing various brands of market economy.

As a contrast to the statements that World War III began on 9/11 I might cite the UN Undersecretary for Peace Keeping, Mr. Guehenno. In 2005 he noted

that there were about 25 armed conflicts in the world, down from more than 50 in the early 1990s;

that most armed conflicts in the world today are civil wars; and

that the number of people killed in battle in the world was at a hundred year low.
Hopeful reading! I could have added that right now over 100 000 blue helmets and other UN staff are deployed in a large number of peace keeping operations. The annual cost is some $ 5 bn, which may sound like a lot of money but seems a bargain when you consider the costs they save in lives and resources.

International relations are very far from sunshine but I, for one, think that the end of the Cold War brought a drastic change in the world political climate and removed the major possible causes of a conflagration directly involving the big powers.

Even though the sleep walking into new arms races is very worrisome, the change in big power relations has resulted in the scrapping of a large number of nuclear warheads – from some 55 000 at the peak of the Cold War to some 27 000 now. An elimination of redundancy, many will say, but an important reduction nevertheless.

Let me elaborate a little on the global and regional change in political climate.

Between members of the European Union the use of armed force is now unthinkable. The Union was meant to be, and is, above all, a peace project.

I think it is safe to say also that Latin America, which has had many wars in the past, has passed that stage for good.

The world had many wars of independence in the past century, but we need not expect many more.

Another matter is that armed conflicts erupt and recur in areas where borders have not well settled and territory is in dispute, in particular in Africa and the Middle East.

So what are conflicts abourt to-day and are current levels of armament meanigful?

Clearly today's Washington is looking at the rapid economic growth of giant China and China and Russia are concerned about the tremendous US military power and its growing global presence. They want to preserve their second strike capability, but they do not really expect to be attacked.

It seems, however, that the differences between these states are more about level and development of their armed forces than about any matters of substance? It is no longer about ideology. Can there be armed conflicts about exchange rates? Levels of emission of CO2? Emigration?

Can we take seriously speculations about a shooting war between Muslim and Christian civilizations? No.

On the other hand, terrorist groups may continue to emerge and use armed force. However, defeating such groups calls above all for improved international cooperation between intelligence and police, perhaps helicopters and ground forces. Hardly for nuclear weapons, air craft carriers or fighter planes.

Saddam's aggression against Kuwait in 1990 certainly showed that there may be cases where the full use of modern conventional armed force may be necessary. Yet, it hardly pointed to a need for nuclear capabilities and the armed intervention in Iraq in 2003 showed the risk of rushing to military action meant to be "preventive" or "preemptive" i.e. action that is not launched to meet manifest aggression but to meet attacks or dangers merely anticipated on the basis of intelligence – that may be good or bad.

The war in Iraq in 2003 and its terrible consequences and the inconclusive war in Lebanon in 2005 are experiences that suggest greater restraint in the use of military force – perhaps only to meet overt or imminent aggression. This, of course, is the rule that was agreed upon at San Fransisco and that was laid down in the UN Charter.

Very likely the recent experiences in Iraq and Lebanon are part of the reason why, in the cases of North Korea and Iran the

US has – so far – made patient use of non military leverages, such as security assurances, economic benefits and pressures.

A revival of disarmament should be possible in the circumstances that I have described:

- the accelerating interdependence of states,
- the absence of substantive conflicts between big powers,
- the disastrous experience of recent reliance on military force,
- the limited usefulness of heavy weaponry against terrorists, and
- the horrific economic burden of current defense spending.

To these arguments one might add that preventing proliferation, persuading states – including North Korea and Iran -- to stay away from nuclear and other weapons of mass destruction and to respect the common rules of the international society may prove to be less difficult

- if regime change - however desirable - generally be left to the people of the states concerned and the UN Charter rules regarding the use of armed force and cooperative security be recognized as guiding and are respected by all states;
- if states are offered such guarantees about their security that they no longer perceive a need for nuclear or other wmd;
- if "states of concern" are made part of the fabric of international cooperation rather than being isolated as pariahs.
- if the nuclear weapons state set an example by moving away from these weapons rather than further developing them.
- if, in short, we aim at a rule based system, valid for all rather than double or multiple standards, in which the UK and US develop new standard nuclear weapons, while Iran is threatened with cruise missiles, if it does not stop enrichment of uranium, and in which North Korea, India and Pakistan are condemned for testing nuclear weapons, while the US and China refrain from ratifying the comprehensive test ban treaty and retain a freedom to test.

CONCLUSION

The conclusion I draw is that it should be possible – with political will – to move the world toward disarmament, above all in the nuclear field. It would reduce the threat of nuclear war by design or accident and it would save enormous resources.

This conclusion is drawn not only by wishful peaceniks. The members of my WMDCommission were not pacifists. Also some seasoned statesmen from the Cold War are of this view as we can see in an article by former US Secretaries of State Kissinger and Shultz, former Secretary of Defense Perry and former Senator Nunn in the Wall Street Journal of 4 January 2007.

They urged the US to launch a 'major effort" -- first and foremost in "intensive work with the leaders of the countries in possession of nuclear weapons " – to "turn the goal of a world without nuclear weapons into a joint enterprise". Such a joint enterprise, they said, "would lend additional weight to efforts already under way to avoid the emergence of a nuclear-armed North Korea and Iran."

What steps would be required? The former US statesmen pointed, as did my Commission, to fulfillment of the commitments to non-proliferation and to nuclear disarmament made in the Nonproliferation Treaty – the double bargain made in 1968 aiming at a nuclear weapon free world. They called for a series of agreed and urgent steps to lay the

groundwork for a world free of the nuclear threat. My commission did the same. For instance:
Ratification and entry into force of the Comprehensive Test Ban Treaty;

- Taking nuclear weapons of hair trigger alert;
- Negotiating a treaty banning the further production of highly enriched uranium and plutonium for weapons;
- Avoiding an arms race in space;
- Eliminating short range nuclear weapons.

The authors of the WSJ article rightly point also to the need to redouble "efforts to resolve regional confrontations and conflicts that give rise to new nuclear powers." That is foreign policy and diplomacy to solve differences and reduce tensions. I would add that the members of the European Union should have a significant role to play and that it has an excellent basis in the European Security Strategy. I would also recall that the United Nations remains – not the only but – a vital mechanism to be used for such efforts and that the Charter provides the fundamental guidelines, which should be respected.

Dag Hammarskjold once said that the UN is there not to bring us to heaven but help us avoid going to hell. I agree.

Panel 1: Scheitert das Regime zur Nichtweiterverbreitung? Die Nuklearwaffenkontrolle am Scheideweg.

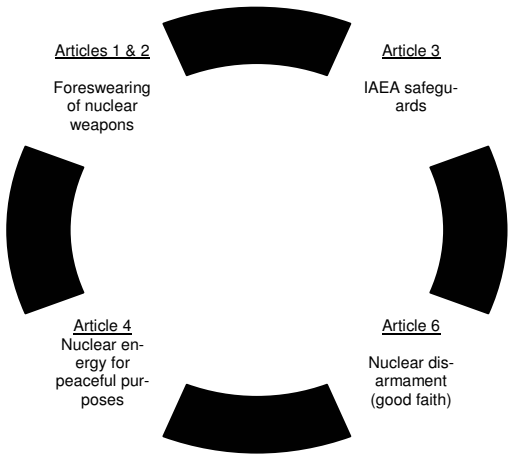
Moderation: Prof. Michael Brzoska, Direktor, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Panel 1

Dr Patricia Lewis, Direktor UN-IDIR

The nuclear Non-Proliferation Treaty is a rectangular bargain forged forty years ago in the late 1960s in order to prevent the spread of nuclear weapons to a predicted number of some two dozen countries. In was negotiated at a time when Atoms for Peace was seen as the great hope for the future of energy security. It was also a time of a rising crescendo in the cold war, a few years after the Cuban missile crisis and a time when an East-West nuclear war seemed somewhat inevitable at some point.

The duration of the NPT was originally set for twenty-five years, with an option for renewal in 1995. Following the indefinite extension of the Treaty, many experts have become concerned that the positive tensions inherent in the bargains are beginning to unravel and indeed become negative. For example, is the bargain characterized by: "I shan't develop nuclear weapons if you will work towards eliminating yours" now becoming "I won't eliminate my nuclear arsenals if there is the possibility that states within the NPT can and will secretly develop nuclear weapons"? Or is the bargain: "I will assist in you in developing peaceful nuclear technology if you open up your facilities to inspection and can thus convince the world that your nuclear programme is purely for peaceful purposes" now becoming: "You have not been fully transparent and I can no longer trust you or the efficacy of the safeguards programme so no more nuclear technology for you (but all my friends outside the Treaty can get some whatever they do)"?



There was always a built-in unsustainability in the NPT in that five states were considered to be nuclear weapons states (NWS) in that they had tested nuclear weapons prior to 1 January 1967, whereas other states were termed non-nuclear weapons states (NNWS) *in aeternum.* Part of that unsustainability was acknowledged in the inclusion of Article VI and also in the twenty-five year term of the Treaty.

In agreeing to the terms and conditions of the indefinite extension of the Treaty in 1995, many States Parties were of the strong belief that because of the end of the cold war and the renewed progress in the Conference on Disarmament re the

nuclear test ban (CTBT), the mandate for negotiations on a ban on fissile materials for weapons purposes and the conclusion of the Chemical Weapons Convention, nuclear weapons would begin to wither on the vine and they would eventually be eliminated. This opinion was shored up by the commitment 4 (c) of the Principles and Objectives of the 1995 that promised: *the determined pursuit by the nuclear-weapon States of systematic and progressive efforts to reduce nuclear weapons globally, with the ultimate goal of eliminating those weapons, and by all States of general and complete disarmament under strict and effective international control.*

Indeed later, that optimism seemed to be justified. The test ban was negotiated as a fully comprehensive test ban (although the veto by India in the CD should have been seen as a portent), the next stop was a ban on fissile materials for weapons and after that – although it would clearly take some time – nuclear disarmament would be well on its way, so the NPT was truly working and was well worth extending indefinitely. Of course thing rarely work out so well in real life. In 1998, India and Pakistan carried out their nuclear blasts, in 1999 the US Senate decided against ratifying the CTBT, in 2000 the 13 steps were negotiated (and within months negated) and in 2001 the US view of the world changed irrevocably. In 2003 things went from bad to worse, concerns over Iran's compliance with IAEA safeguards were calling their commitments to the NPT into question and the DPRK returned to its suspended withdrawal from a decade before and announced that it was leaving the NPT forthwith. In addition, concerns continue to grow over the possibility of non-state armed groups getting hold of a nuclear explosive device, although non-trivial and not as probable as some may fear, the recent increase in nuclear trafficking in central and southern Europe, coupled with what we have learned from the A. Q Khan affair should keep us from complacency.

So what was earlier a positive unsustainability whereby the have vs the have-nots created a positive tension in the direction of disarmament and non-proliferation has recently been transformed into a negative tension where certain NWS have seemed to have been acting as if they have a right to retain nuclear weapons in perpetuity and certain non-nuclear weapons states have been driving in the direction that would unravel the central bargains of the NPT. In addition, the 1998 India-Pakistan tests made it clear that, for the foreseeable future, the holy grail of universality of the NPT is unattainable. This has had a significant impact on the NPT-countries in the Middle East; no longer is there a global push towards full membership of the NPT and couple this fact with a breakdown in the Middle East peace process and cynicism abroad, it should not surprise anyone that there is a sense of betrayal and despondency with regards to arms control in that region.

The truism in arms control negotiations has always been that the "devil is in the detail". But in the case of the NPT, the devil is in the big picture. He is at the NPT crossroads, playing his blues and goading us into knee-jerk responses in which we will end up selling our soul. We have stark choices before us and our only compass is our moral lodestone.

We could imagine ourselves not at a crossroads - in which we could take a road, and if it is the wrong one, we could retrace our steps and start again - but rather at a tipping point in which one more false move could tip the NPT into a new irreversible phase of its existence for ill or one sure move could flip the commitment to the Treaty and its core bargains into a period of renewed stability.

What would it take to tip into a positive direction on the curve?

First, guardianship and protection of the NPT. Even though it was negotiated in a

different era, it seems in some ways to even more salience today than ever. But a Treaty is only as good as the behaviour of its States Parties and if the States party to a Treaty do not protect it, who will?

Second, a shared vision of a world free of nuclear weapons is one of the underlying premises of the Treaty. The vision counts. Everyone knows that nuclear disarmament cannot be done overnight, but to work towards that goal - to create the conditions for that goal to be realized - is central to the success of the Treaty. For this we need to see full-spectrum compliance – i.e. with Articles I, II, III, IV and VI. In other words: a return to the rectangular bargain of the Treaty. The WMD Commission's proposal to outlaw nuclear weapons in the same way as the world has outlawed chemical and biological is an approach worth serious consideration as a way to create the conditions needed for a world where nuclear weapons play no part in international security.

Third, the regional approach to nuclear disarmament is vital. The nuclear weapon free zones – whether or not they are endorsed by the NWS – play a vital role in confidence-building and creating the conditions for security cooperation in regions of conflict. Nowhere would that be more true than in the Middle East. A zone free from WMD in the region would have to be part and parcel of any eventual peace settlement. It isn't that one should come before the other but rather each is inextricably linked with the other; so intermeshed, that they would be born as fraternal twins.

Fourth, trust in the arms reduction process needs to be addressed with urgency. The failure of the CTBT to enter into force is having an impact on future treaty making and a deep sense of cynicism has infected multilateral disarmament processes.

Fifth, all States Parties to the NPT should be decrying any instances of non-compliance with the Treaty. Muted responses to a nuclear weapons test by a country – DPRK - still considered a member of the Treaty by other States Parties is to strike a blow right to the heart of the NPT. However welcome the progress made in the six-party talk, the fact remains that the DPRK tested a nuclear weapon and unless all States Parties are outraged by this breach of the Treaty and make it clear that they are, then all the wrong signals would be sent to other who may wish to develop a clandestine nuclear weapons capability.

In some respects the NPT was a Treaty ahead of its time. Back in 1968, the technology to develop nuclear weapons was beyond the technical and financial capability of many states. That is no longer the case. Obtaining the fissile material is non-trivial but no longer almost impossible. Thanks to the spread of nuclear technology and to non-compliance with the Treaty and with the IAEA safeguards agreements, the NPT is more vulnerable now that is has been since 1994 – then it was not clear if and how the Treaty would be extended beyond its initial twenty-five years. But a crisis is also an opportunity. We could well be on the cusp of a phase transition in the NPT, and as we know from physics a small change in pressure, can tip a system from a turbulent mass of hot air into calm clear water.

Prof. Dr. Harald Müller,
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Der Nichtverbreitungsvertrag folgt einer schlichten realpolitischen Logik: In einer Welt, in der die Staaten ihre nationale Sicherheit durch eine Mixtur von Selbsthilfe und Kooperation gewährleisten, gibt es nur zwei Möglichkeiten, um mit der Präsenz einer besonders wirksamen Waffe

umzugehen: Entweder hat keiner sie oder – der Tendenz nach – alle, die es sich leisten können. Dahinter steckt keine idealistische Philosophie, keine Besonderheit der Phase des Kalten Krieges, die durch die sogenannten „neuen Bedrohungen“ außer Kraft gesetzt worden wäre und keine Neidkomplex größenwahnsinniger Kleinstaaten, sondern sicherheitspolitischer Common Sense. Der Nichtverbreitungsvertrag ist in diesem Sinne eine interimistische Maßnahme, der aus dem Prozess einer schrittweisen Proliferation, die der ersten Alternative – einer Welt mit mehreren Dutzend Kernwaffenstaaten – umsteuert in eine Welt, in der Kernwaffen wie chemische oder biologische Waffen verbannt sind. Das ist der tiefere strategische Sinn von Art. VI, wie er auch in der Verhandlungsgeschichte überdeutlich zum Ausdruck kommt: Die Nichtkernwaffenstaaten waren nicht Bereit, den im ursprünglichen Entwurf der beiden Supermächte geforderten Verzicht ohne Gegenleistung zu erbringen. Nur das Versprechen der nuklearen Abrüstung aller machte ihnen den Verzicht möglich.

Nun hört man von Seiten der Kernwaffenstaaten und mancher getreuer Gefolgsleute anderswo, die ersteren hätten mit den nuklearen Bewaffnungsmotiven anderer nichts zu tun, diese beruhten vielmehr ausschließlich auf regionalen oder sogar nationalen Gegebenheiten. Nun ist schon die bloße Vorstellung, das Gebaren der Großmächte spiele keine Rolle für andere, einigermaßen grotesk. Noch bezeichnender ist freilich, dass in diesem Punkt die ansonsten weit auseinanderliegenden Denkschulen der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen, der auf Machtverhältnisse abhebende Realismus und der auf kulturelle Faktoren fokussierte Konstruktivismus, zu den gleichen Ergebnisse kommen: Es besteht eine modellartige Wirkung des Verhaltens der Großmächte auf das Verhalten anderer. Der Realismus führt diesen Mimikry-Effekt darauf zurück, dass sich andere am Modell der erfolgreichsten Staaten orientieren, um so das eigene Überleben zu gewährleisten. Der Konstruktivismus sieht von den Führungsmächten gewohnheitsmäßig gesetzte Verhaltensnormen, an denen sich andere nach einer Logik der Angemessenheit orientieren. Beiden ist gemeinsam, dass diese Sichtweise, angewandt auf unser Feld, prognostizieren muss, dass Nichtverbreitung nur in Verbindung mit Abrüstung langfristig eine Realisierungschance besitzt.

Die bestehenden Nuklearmächte wirken auf fünf Weisen auf die Motivationen anderer Staaten ein, sich Kernwaffen als Teil des eigenen sicherheitspolitischen Dispositivs zuzulegen:

- Sie schaffen Bedrohungslagen, in denen bestimmte Staaten glauben, nur durch den Erwerb einer eigenen Abschreckungsfähigkeit hinreichende Sicherheit erlangen zu können. Die seit 1945 beobachtbaren „Proliferationsketten“ weisen auf diesen Mechanismus überdeutlich hin. Die Sowjetunion, China, Indien, Pakistan, Nordkorea, Iran und selbst Südafrika sind überwiegend durch solche Erwägungen angetrieben worden, wobei die Vereinigten Staaten am häufigsten als „Motivator“ fungierten. Israel ist der einzige Fall, der aus diesen Ketten völlig herausfällt.
- Sie betreiben darüber hinaus gegenüber einzelnen Staaten spezifische Bedrohungspolitiken, die die dortigen Führungen zu dem Schluss bringt, in unmittelbarer existentieller Gefahr zu sein. Solche Situationen haben seit dem Ende des Ost-West-Konflikt eher zugenommen und durch die Konstruktion der „Achse des Bösen“ eine besondere Zuspitzung erfahren. Das chinesische Verhalten gegenüber Taiwan fällt durchaus in dieselbe Kategorie.
- Sie schaffen Statussymbole, die ambitionierte Mittelmächte zur Nachahmung anhalten. Dies spielte überwiegend oder teilweise eine Rolle bei den

britischen, französischen, indischen und iranischen Motiven.

- Durch die seit 2005 nahezu explizite Weigerung, die Verpflichtungen aus Art. VI des NVV konsequent und vereinbarungsgemäß zu verwirklichen, schwächen sie nachhaltig die Vertragsgemeinschaft, entziehen ihr insoweit die Möglichkeit, als geschlossener Willensblock gegen Versuche des Vertragsbruchs zu fungieren, und entwerten die Wirkung der Verbotsnorm des Vertrages in neuen Kosten-Nutzen-Kalkulationen ambitionierter Mittelmächte.
- Als permanente Mitglieder des Sicherheitsrates haben sie bislang weitgehend versäumt, ihre Rolle als Hüter des Vertrages unparteiisch, universal und wirksam wahrzunehmen. Sie handeln vielmehr selektiv, mit durchsichtigen Vorbehalten oder auch gar nicht. Die Chance der Vertragsdurchsetzung als eminent wichtiger Bestandteil der Wirksamkeit eines Vertragswerkes wird damit – vermutlich entscheidend – geschmälert.

Mit dieser Aufzählung soll nicht gesagt sein, dass die des Vertragsbruchs Verdächtigen oder Überführten keinen eigenen „Schuldanteil“ an den heutigen Krisen des NVV trügen. Aber sie tun das nicht im luftleeren Raum, sondern in einer internationalen Umwelt, die in erheblichem Maße durch die Aktionen, Attitüden und die politische Rhetorik der „Großen“ gestaltet wird – siehe oben. Wenn der NVV heute in einer gefährlichen Krise ist, so gilt das alte Sprichwort: „Der Fisch stinkt vom Kopfe“.

Die Folgen sind leicht vorhersehbar. Selbst wenn es gelingt, die gegenwärtigen akuten Proliferationskrisen glimpflich beizulegen, werden neue kommen. Die „japanische Option“, sich möglichst nahe an die Schwelle zu bewegen, wird allgemeines Verhaltensmuster werden; wobei in Japan die Stimmen im politischen Raum, die über die Möglichkeit einer eigenen nuklearen Abschreckung philosophieren, noch nie so lautstark waren wie in jüngster Zeit. Schon ist in Ländern wie Südafrika, Argentinien, Brasilien, Südkorea, Australien ein Nachdenken zu beobachten, neu oder wieder in die Anreicherungstechnik einzusteigen. Schon äußern eine Reihe arabischer Länder die Absicht, in großem Maßstab in zivile Kernenergieprogramme einzusteigen. Zufall? Alles in völliger Unschuld? Es wäre schön, wenn man das glauben könnte. Und die russischen Äußerungen zu den amerikanischen Raketenabwehrplänen sollten ebenso wie der chinesische Antisatellitentest deutlich gemacht haben, dass auch zwischen den Nuklearmächten die Rückkehr zu hochriskanten Rüstungswettläufen, die man mit Ende des Ost-West-Konflikts beendet glaubte, wieder reale Möglichkeit geworden sind.

Die Politik der letzten Jahre, die im Scheitern der Überprüfungskonferenz von 2005 ihren traurigen Höhepunkt fand, hat die Vision einer Welt mit Dutzenden von Kernwaffenstaaten, den alten Albtraum John F. Kennedys, wieder in einen erschreckend kurzen Zeithorizont eingerückt. Natürlich bedarf es, um diese Möglichkeit zu verschließen, der energischen und aktiven Beilegung der Krisen um den Iran und um Nordkorea, und alle zielführenden Schritte in diese Richtung sind zu unterstützen. Aber zugleich bedarf es einer glaubwürdigen und sichtbaren Änderung der Kernwaffenpolitik der Atommächte in Richtung Abrüstung. Vielleicht hätte man vor ein paar Wochen eine solche Forderung noch als utopische Träumerei eines idealistischen Friedensforschers abtun können. Aber diese Formel passt nicht auf Henry Kissinger, George Schultz, William Perry und Sam Nunn, die sich so spektakulär für die völlige nukleare Abrüstung und eine führende Rolle ihres eigenen Landes ausgesprochen haben. Vielleicht bringt ihre (späte) Kehrwende die Tatsache in Erinnerung, dass die Befürworter dieser Position in den neunziger Jahren von Paul Nitze bis

General Goodpaster, von General Butler bis General Horner reichte – nicht eben eine Sammlung „pazifistischer Weicheier“.

Völlige nukleare Abrüstung geschieht nicht über Nacht. Sie vollzieht sich in verdaulichen Schritten. Die Speisekarte dafür liegt längst vor, in den Dokumenten der NVV-Konferenzen von 1995 und 2000. Daran ist – nach der potentiell fatalen Unterbrechung der letzten sechs Jahre – wieder anzuknüpfen und damit den Vertrag erneut mit Leben zu erfüllen. Die in den Hauptstädten der Kernwaffenstaaten herrschende Vorstellung, der Rest der Welt werde ihnen für alle Zeiten die Rolle eines privilegierten Treuhänders überlassen, ist die idealistischste Vorstellung von allen, und gefährlich obendrein. Die Welt der Zukunft wird frei von Kernwaffen oder aber voll damit sein.

Douglas Roche, Vorsitzender Middle Powers Initiative

In this knowledgeable gathering, all the problems of nuclear weapons are well known. The extent of the crisis for humanity, as we enter the Second Nuclear Age, is understood. The actions to halt the spread of nuclear weapons and lead to a nuclear weapons-free world have been clearly delineated in many forums. And, of course, the maxim that political will is needed to effect change has been repeated over and over. One would be hard-pressed to find a new idea to rid the world of the scourge of nuclear weapons.

What there is a shortage of in the subject of nuclear disarmament is hope. The great vision for the elimination of nuclear weapons set out in the Final Document of the U.N. First Special Session on Disarmament in 1978 has long been abandoned. A sense of despair now grips the international community. Pessimism, if not cynicism, is now fashionable.

I contend, however, that there are grounds for optimism. A new kind of consensus on workable ideas is actually being formed, though it is not yet complete. A near-consensus on key elements was identified at the 2005 Review Conference of the Non-Proliferation Treaty, the very conference often cited as evidence that the non-proliferation regime is collapsing. In fact, the Working Paper of the Chairman of Main Committee I and the Working Paper of the Chairman of the subsidiary body on nuclear disarmament and assurances were supported by strong majorities. The highlights of these documents included:

- Nuclear Weapons States (NWS) must stop nuclear sharing for military purposes under any kind of security arrangements.
- The most effective way to prevent nuclear terrorism is the total elimination of nuclear weapons.
- International action to stop proliferation is essential.
- Building upon the decisions taken at the 1995 and 2000 Review Conferences, including the “unequivocal undertaking” for total nuclear disarmament, no new nuclear weapons should be developed.
- Anticipating the early entry-into-force of the CTBT, the moratorium on testing should be maintained.
- The NWS must respect existing commitments regarding security.
- Assurances pending the conclusion of multilaterally negotiated legally binding security assurances for non-nuclear States Parties to the Treaty.
- Assurances are not applicable if any beneficiary is in material breach of its own non-proliferation and disarmament obligations.
- Nuclear weapon free zones strengthen the non-proliferation regime and deserve to receive security assurances.

The fact that these elements did not command complete consensus was a re-

flection of the recalcitrance of the few, not the fissures of the many. As one who has participated in and followed closely every NPT meeting for the past two decades, I state as an incontrovertible fact that the overwhelming number of states, not to mention the critical mass of public opinion around the world, want to proceed in mutual, verifiable steps to the total elimination of nuclear weapons.

Progress, at the moment, is thwarted. But the gridlock ought not to blind us to the gathering consensus on what it is possible to achieve even in the near term. A roadmap to the future has been superbly drawn by the Weapons of Mass Destruction Commission. In 2006, all but four states in the United Nations voted for the holdout states to ratify the Comprehensive Test Ban Treaty, negotiate a ban on the production of fissile materials,

diminish the role of nuclear weapons in security policies, reduce the operational status of nuclear forces, and take other practical steps. Leading figures in nuclear weapons countries, some never before identified with nuclear weapons abolition, have started calling for action to reduce nuclear dangers.

In historical terms, the tide is turning against nuclear weapons. The moral, legal and military case against them is now better understood than ever before. The intellectual argument – that nuclear weapons are needed for security – is now rejected as baseless. Only a small coterie of defenders of nuclear weapons can be found today. We know that this coterie still possess immense political power. But the opponents of nuclear weapons are gathering strength. That itself is a new reason for hope. In the present crisis lie the seeds of opportunity.

Thus, out of the failed 2005 NPT Review Conference was born the Article VI Forum, which takes its name from the article of the NPT requiring good faith negotiations to achieve nuclear disarmament. In October, 2005, the Middle Powers Initiative began convening a group of about 25 like-minded states in this special forum devoted to examining in a non-combative way the political, legal and technical elements for a nuclear weapons-free world. Subsequent meetings at The Hague and Ottawa narrowed the focus on what must be done to energize the 2010 NPT Review Conference. MPI believes that the following steps can be achieved:

- Full ratification and entry-into-force of the CTBT.
- Immediate negotiations on a treaty banning the production of fissile materials for nuclear weapons.
- Standing down (de-alerting) of U.S. and Russian nuclear forces and elimination of the launch-on-warning option from nuclear war plans.
- Legal assurances of non-use of nuclear weapons against non-nuclear weapons states.
- Strengthening systems for the verification of reduction and elimination of nuclear arsenals, notably U.S. and Russian arsenals.

This is by no means an exhaustive list. Key issues in the nuclear fuel cycle are ready to be addressed by intensive diplomatic work. For example, states should relinquish their right to construct new reprocessing facilities and voluntarily institute a moratorium on the construction of enrichment and reprocessing facilities. However, these countries will only cooperate in restricting their right to develop nuclear energy (thus cutting off any possibility of developing a nuclear weapon) if they see the major nuclear states fulfilling their obligations to negotiate the elimination of nuclear weapons.

The Middle Powers Initiative believes that a crucial route to achieving global security is middle power leadership. MPI calls upon the middle power states to join together on this critical issue affecting

humanity's very future, and act with the urgency that is demanded if we are to save the planet and posterity from foreseeable catastrophes.

The heart of the Article VI Forum message is: non-proliferation and disarmament are inextricably interlinked. As this message takes hold, our optimism should increase.

Prof. William Walker, University of St Andrews, Großbritannien

Since the nuclear weapon's invention in the mid-1940s, human survival has depended on the progressive institutionalisation of restraint among states. Its achievement has ebbed and flowed. Efforts to establish a stronger 'order of restraint' have been punctuated by shocks and crises which, rather than bringing some final breakdown, have galvanised the next bout of institution building. A prime example of adversity inducing creativity is the Cuban missile crisis and the arms control and non-proliferation treaties that followed it.

Today, we are in one of those periods of crisis. There are warnings that the dam of restraint is being breached and that states are losing the collective ability to conceive, let alone agree upon, strategies for repairing it. Such warnings are not new. The question is whether this crisis is more profound than previous ones, or whether it might become prelude to another period of institutional innovation.

Establishing restraint over the possession and usage of nuclear weapons has always been an exceptional challenge requiring an exceptional politics. This is because the nuclear weapon, given its capacities to annihilate and radically to upset power relations, can both create (through deterrence) and destroy order. The construction of a viable international nuclear order has entailed simultaneously finding means of stabilising deterrence and preventing proliferation; of reconciling the possession of nuclear weapons and practice of deterrence by a few states with their renunciation by the multitude of states; and of reconciling rights to acquire nuclear technology for peaceful purposes with the prevention of nuclear proliferation. The politics of nuclear order have therefore inescapably involved questions of legitimacy, of rights and obligations, of justice, and of the limitation of state sovereignty.

This is why the NPT was and remains much more than a body of international law and a set of rules, norms and instruments of verification. It has represented a grand contract and political settlement between states; a commitment to extend and deepen mutual restraint through arms control, non-proliferation and disarmament; a framework for collective problem-solving; a political strategy that gives diplomacy pre-eminence over preventive war; and a style of international relations resting on public reason and reciprocal obligation.

The weakening of confidence in an international regime typically results from changes in material conditions (often involving technological advance) and challenges by revisionist states which expose its deficiencies. The non-proliferation regime has been no exception. Unusually in this case, however, the primary revisionist state was the dominant player – the United States – whose re-conception of the problem of order over the past decade led it to pursue a security strategy that valued the NPT as a disciplinary instrument but otherwise held it in disdain. The US Government chose to reduce the problem of international nuclear order to the problem of proliferation, sidelining the problem of armament involving the established nuclear powers; to seek greater freedom and autonomy for itself whilst demanding greater restraint from others; and to militarise non-proliferation

policy through counter-proliferation and the threat of regime change and preventive war, advocating the latter as general solutions rather than options to be pursued only *in extremis*. In so doing, it rejected the NPT's essential commitment to diplomacy and reciprocal obligation, instead placing trust in its hegemonic powers to meet the various challenges facing it in a difficult security environment, particularly after the trauma of 9/11.

Five years on, this alternative strategy has failed either to achieve US national objectives or to gain international acceptance. The US Government's basic mistake was to bring the punishment of transgressors into the foreground of nuclear politics without simultaneously deepening its own and everyone else's commitment to the norms, rules and political contracts that underpinned the *whole* international nuclear order. This failure is increasingly acknowledged in Washington which appears, notwithstanding the administration's stance on Iran, to be moving back to a political strategy which emphasises containment and reliance on diplomacy, and which regards multilateralism and international law as essential means of achieving order and serving the national interest. If this trend takes root, the NPT's prospects will look very different. Already there are heartening signs of more effective cooperation inside and outside the UN Security Council to rein in Iran and North Korea's nuclear weapon programmes.

Recent experience suggests that the US, although still influential, cannot continue to occupy such a dominant position in the shaping of non-proliferation policy. China, Russia, the EU, India and other powers will have to play a larger part, and accept greater responsibility, in a now multipolar environment. *Pace* India, coordination is unlikely without behaviour being guided by the NPT or an NPT-like vessel of basic principles, norms and rules, and without re-embrace of the conception of international order that the Treaty represents. Nor will it happen if the nuclear-armed states fail to constrain their own weapon programmes. Unfortunately, the abandonment of the ABM Treaty and the START process, and the general downgrading of arms control, have given the nuclear weapon states greater freedom to modernise and expand their nuclear forces. The recent Chinese test of an anti-satellite weapon and Mr Putin's speech at Munich provide warnings of a rekindled arms race, with Russia, China and India possessing economic surpluses that could be used to challenge the US and one another. The US missile defence programme is arguably the most significant de-stabiliser of deterrent relations. There is a worrying absence of rules on the deployment of these defences and of a range of emerging space technologies.

Cooperation among great powers is therefore required to achieve more than compliance with the NPT. It is also required to re-institutionalise restraint in their politico-military relations through arms control. In its absence, the risks of nuclear-armed confrontation will again increase, the NPT will suffer further damage through disrespect for Article VI obligations and for the decisions of the 1995 and 2000 NPT Conferences, and the prospects for holding states to the CTBT or negotiating the FMCT will diminish. So too will prospects for agreeing on the rules of civil nuclear commerce and successfully addressing unfinished business involving the Additional Protocol and physical security among other things.

My hope is therefore that governments will set their sights on turning the 2010 NPT Review Conference into an NPT *revival* conference (now with India's tacit support); and on using the approaching lapses of the START I Treaty in 2009 and Moscow Treaty in 2012 to initiate high-level discussions on how to fashion arms control understandings and agreements

that would maintain deterrent relations at the lowest possible levels of armament and alert. If it is interested in averting arms races, a natural approach for the US would be to trade constraint of missile defence for commitments to peg back nuclear weapon programmes and deployments.

While highly desirable, arms control agreements are now inherently difficult to achieve given the existence of several nuclear-armed states and the differences in their capabilities and doctrines. This makes complete nuclear disarmament more attractive than ever, as does the danger that non-state actors will lay their hands on nuclear weapons or weapon-related capabilities. Unfortunately, their elimination is likely to remain an elusive goal. It is nevertheless essential that states should honour the nuclear disarmament norm for practical political as well as moral reasons, and that they should regard it as much more idealism. According to Immanuel Kant, ideals should be "construed as regulative principles, which guide us down the path to amelioration". The commitment to disarmament represents a direction of travel – towards an increased political and instrumental restraint *by all states* serving the avoidance of both nuclear war and catastrophic terrorism. It also embeds an understanding that nuclear weapons have no intrinsic legitimacy, and that their holders have to justify possession in a public arena.

Coming from the UK, I cannot avoid expressing dismay at the British Government's unnecessary rush to secure a decision to replace Trident, and at its founding of its case for replacement on the weak ground of uncertainty about the future and the unjustifiable ground of industrial need. We should all be concerned that powerful lobbies in the nuclear weapon states are trying to lock societies into possession of nuclear weapons for decades to come. They need to be held to account.

Panel 2: Umgang mit neuen und zukünftigen Atommächten: Regionale Rüstungskontrolle am Beispiel Asiens und des Mittleren Ostens

Moderation: Peter Croll, Bonn International Center for Conversion

Panel 2

Moderator

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich freue mich, dass Sie auch zu der zweiten Podiumsdiskussion so zahlreich erschienen sind. Wie ich in der Mittagspause beobachten konnte, gab es angeregte Diskussionen über die spannenden Vorträge und Diskussionen von heute Vormittag. „Wandel der Bedrohungsszenarien“ und die Frage, ob das Regime der Nichtweiterverbreitung scheitert, waren die Themen, zu denen wir keine definitiven Antworten, wohl aber viele Fragen und Teilantworten gefunden haben. Wir haben auch von Herrn Prof. Müller gehört, dass er die unbegrenzte Verlängerung des NVV nicht noch einmal unterstützen würde. Heute Nachmittag nun wollen wir uns mit der Frage beschäftigen: Wie kann man den Umgang mit neuen und zukünftigen Atommächten gestalten und dies bezieht sich vor allem auf Asien und dem Mittleren Osten.

Ich begrüße hierzu ganz besonders herzlich die hochrangigen Panelisten zu meiner Rechten und Linken, die sich die Zeit genommen haben Ihre Einschätzungen heute mit uns zu teilen und uns Rede und Antwort auf unsere Fragen und Anmerkungen stehen wollen. Bevor ich die Damen und Herren des Podiums vorstellen werde, erlauben Sie mir eine kurze Einführung in das so breite und allumfassende Thema.

Zunächst mag es so aussehen, als ob dieses “*nur*” auf zwei Regionen eingegrenzte Thema einfacher wäre als das Thema des heutigen Morgens . Aber die Analyse, Politikfelder und Agenden haben eine überaus große Anzahl von Aspekten, von denen ich einige skizzieren möchte:

Da ist zum einen Nord Korea , also die DPRK und die Verhandlungsergebnisse, die gerade kürzlich über Atomwaffen und das atomare Programm erzielt wurden. Weiter der Iran – wo zur Zeit noch nicht einmal mehr Verhandlungen stattfinden, weil der Iran die Vorbedingungen der internationalen Gemeinschaft zurückweist . Wir werden zu diskutieren haben, ob diese Vorbedingungen zu stellen überhaupt sinnvoll ist. Desweiteren spielt Indien, Pakistan and Israel eine große Rolle . Diese Länder haben zwar Atomwaffen, aber sind nicht Teil oder Mitglieder des NVV-Vertrages. Ein einheitlicher Umgang mit diesen Staaten wird u.a. dadurch erschwert, dass ein Mitlied des NVV, die USA, kürzlich ein Abkommen mit Indien über die Kernenergie geschlossen hat. Sollte dies ein Maßstab oder zumindest ein Beispiel für den Umgang mit Nicht-NVV Staaten sein?

Dann werden wir diskutieren müssen über die Rolle von regionalen Sicherheitsabkommens, zum Beispiel für den Nahen Osten, sowie über die Chancen einer Internationalisierung der Uran-Anreicherung und der Wiederaufbereitung, selbst

wenn sie Teil eines zivilen Atomprogramms sind.

Wir werden natürlich auch über Strategien und Policies diskutieren, wie am besten eine Nichtverbreitung von Kernwaffen erreicht werden kann. Da wird auch die Frage eine Rolle spielen, inwieweit im Umgang mit so genannten Schurken-Staaten ein Strategie Wechsel bereits begonnen hat, siehe Nord-Korea oder weit grundsätzlicher einsetzen sollte. Ein Strategiewechsel, weg von einer Politik der Isolierung, der Sanktionen oder gar militärischer Drohungen hin zu einer Strategie des Miteinander Redens , der Suche nach Kompromissen bis hin zu einer détente (wie es der renommierte Wissenschaftler Ray Takeyh v US Council on Foreign Relations kürzlich in einem Artikel in der letzten Ausgabe des "Foreign Affairs" bezeichnet hat). Er sagt wörtlich, "..is for the United States to become more directly engaged in negotiations with Iranians and also make an offer of some corresponding concessions. These should include economic, security, and diplomatic concessions." Kann man zum Beispiel etwas von dem Nordkorea-Deal lernen, z.B. bei der Behandlung Irans?

Wie wird all dies von Europa beurteilt? Welche Rolle nimmt Europa in der regionalen Rüstungskontrolle wahr und welche Position hat Europa in der Non-Proliferation in Asien und dem Mittleren Osten?

Mit dieser Frage nach der Rolle Europas möchte ich beginnen. Deshalb gebe ich Ihnen, Frau Annallisa Giannella, als erster die Möglichkeit das Wort.You are the Personal Representative on Nonproliferation of Weapons of Mass Destruction of the High Commisisoner of the EU, Mr. Javier Solana. Annallisa the floor is yours.

Annalisa Giannella, Beauftragte für Massenvernichtungswaffen des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Moderator

Mr. Fitzpatrick, You have extensively studied the case of North Korea and of Iran for quite some time, recently in your capacity as Director of the International Institute for Strategic Studies (IISS) Non-Proliferation Programme , but before in your long career in the US Department of State, even some years as Deputy Assistant Secretary for Non-Proliferation. What is your opinion, your judgement, if you compare the case of North Korea with the one of Iran? What lessons could we learn , or possibly have we already learned?

Mark Fitzpatrick, International Institute for Strategic Studies IISS, London

I. Why have negotiations been successful with North Korea, but not with Iran?

A. Similarities:

- North Korea and Iran are both pariah states, bent on achieving a nuclear weapons capability for deterrence and status.
- Both face US-led pressure (financial sanctions, export controls, interdiction).
- US (now) accepts nuclear power (in principle) for both.
- Multilateral negotiations (even of similar size), US partners in the lead.

B. Key differences

- North Korea met its weapons goal, so now willing to use production facilities as bargaining chips. Iran is at least 2-3 years away from having one

bomb, so has strategic reason to keep on with the program.

- North Korea is a failed state; in dire need of foreign assistance for energy and food. Iran is less vulnerable to economic pressure, although more susceptible to internal pressures from a restive population that does not want to be an outcast and has many links with the rest of the world.
- Iran's emphasis on legitimacy and NPT are reasons it may be willing to keep a weapons capability latent.
- US not ready to offer Iran security guarantees it offered North Korea. US has more concerns about the Iranian regime (threat to Israel, support for groups that employ terror tactics; influence in Iraq) than about the North Korean failed state. US cannot in any case attack North Korea because Seoul is hostage to artillery attack.

II. What can negotiations with Iran and North Korea achieve?

A. The goal in both cases remains no nuclear weapons capability – akin to Libya and South Africa.

- We hope Iran will emulate Libya (and Brazil, Argentina & others) and stop before it reaches the capability.
- We hope North Korea will emulate S. Africa and dismantle the weapons themselves.
- All previous cases followed major change in the security environment (regime change in case of South Africa and Kazakhstan and Ukraine Soviet republics) or strategic calculus (Libya realized costs of weapons program outweighed the differences).

B. Iran's strategic calculus will not change without greater realization of incentives (security guarantee and belief US really would lift sanctions) and disincentives (more financial pressure and additional UNSC sanctions).

- These are essential, but not necessarily sufficient conditions. Chances are diminishing that any feasible combination of sticks & carrots could persuade Iran to forgo enrichment.
- Transatlantic allies may some day need to decide if accepting the fait accompli of small-scale enrichment in Iran coupled with intrusive inspections a better strategy for keeping Iranian nuclear capability latent. It would buy time with far lower consequences than military strikes.
- Accepting small-scale enrichment in Iran has significant downsides, however:
  - Confers legitimacy on a program the UNSC de-legitimized in 2006.
  - Confers a right to enrichment that once granted, is not reversible.
  - Pressure on Iran would halt and be hard to restore quickly if Iran broke the deal.
  - Would obviate West's ability to block Iran foreign procurements.
  - An authorized enrichment facility would make it harder to detect and prove clandestine activity.
  - Cannot preclude – in fact, have to expect – Iran cheating, or breaking out once it overcomes technical difficulties.
  - May encourage further defiance.

C. With North Korea, negotiation success was "3 years, 8 bombs and 1 test too late."

- Lamentable if Iran learns lesson that high-stakes brinksmanship brings rewards; that testing a nuclear weapon is the way to get Washington's attention.
- A better lesson for Iran is that the Bush Administration has a new willingness to talk and negotiate with an enemy, and make real compromises. The inconsistencies in US approach to North Korea and Iran have changed significantly.

III. How to prevent ripple effects?

A. In NE Asia, reaffirming security alliances are the best way to prevent a North Korea ripple effect.

- 13 Feb agreement a good start, many ways it could come undone, including differences on timing of next steps.
- The five working groups offer hopeful prospect. Biggest impact may be normalization talks between US-North Korea, and between North Korea-Japan. Before Japan can provide aid, it needs some movement on the abduction issue that needlessly overshadowed Japan's security interests.
- Talks also need to address North Korea's missile program, to reduce the threat of deliverable weapons (biggest driver of nuclear interest in Japan).

B. In Middle East, a ripple effect from Iran's nuclear program is already evident.

- New interest in nuclear energy in Egypt, Turkey, GCC and even Jordan has some energy logic but in most cases is a hedging strategy.
- Proliferation concerns about nuclear energy expansion can be minimized if countries 1) accept transparency measures of the IAEA Additional Protocol and 2) forego enrichment and reprocessing capabilities. Without the latter, nuclear energy cannot be put to weapons use.
- Supplier states should condition any nuclear assistance on states accepting these two conditions.
- Egypt, however, will not accept additional nonproliferation constraints while Israel accepts none.
- If Israel were to decide it had enough bomb-grade plutonium reserves, mothballing Dimona and putting it under IAEA safeguards would be a strong bargaining chip to persuading Egypt to accept the Additional Protocol and forego enrichment and reprocessing.
- This would not require Israel to give up its nuclear deterrence or policy of nuclear ambiguity.
- Israel would reject any arms control measure unless Iran accepts constraints.

C. Conclusions

- It is possible to conceive of limited regional arms control measures in both Northeast Asia and the Middle East.
- They need to be backed by security guarantees and a global consensus on making the Additional Protocol a universal norm and limiting the spread of sensitive fuel cycle technologies.

Moderator

Botschafter Lüdeking , Sie sind der stellvertretende Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle hier in Berlin. Sie waren auch Leiter des Referats für Sicherheit und Rüstungskontrolle in Europa und Leiter der Referate für konventionelle Rüstungskontrolle und für nukleare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Im Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung heißt es zum Nuklearbereich: „Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern setzen wir uns für eine internationale Ordnungspolitik ein, die nach allgemein verbindlichen und transparenten Regeln funktioniert.“ Und weiter heißt es da „Verhandlungsziel bleibt es von Iran objektive Garantien zu erhalten, dass das iranische Nuklearwaffenprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient.“ Was bedeutet dies und wie sehen Sie diese Aussagen im Bezug auf unser Thema, nämlich Umgang mit neuen und zukünftigen Atommächten?

Botschafter Rüdiger Lüdeking, Stellvertretender Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

Einleitend möchte ich zwei Anmerkungen zum Titel dieses Panels machen:

Der Hinweis auf „neue und zukünftige Atommächte“ könnte nahe legen, daß wir es mit neuen Nuklearwaffenstaaten zutun haben. Dies ist nicht der Fall. Das Problem der sog. defacto-Nuklearwaffenstaaten, d.h. derjenigen Staaten, die außerhalb des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages stehen (IND, PAK, ISR), ist nicht neu. Auch stellt sich die Frage, ob man nach dem mißglückten Nukleartest im letzten Jahr PRK den Status eines defacto Nuklearwaffenstaates zubilligen will. Unabhängig davon halte ich jedoch insgesamt die Implikation des Titels für problematisch, daß die Proliferation von Nuklearwaffen unabwendbar und zwangsläufig ist. Genau hier muß die Nichtverbreitungspolitik ansetzen: Es geht darum, einen „Dammbruch“ des Nichtverbreitungsvertrages und das Entstehen neuer Nuklearwaffenstaaten zu vermeiden. Bei entsprechendem politischen Willen ist dieses Ziel erreichbar.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf den Untertitel dieses Panels: Vielfach sind Nuklearwaffenambitionen einzelner Staaten Ausdruck und Ergebnis ungelöster regionaler Sicherheitsprobleme. Dies bedeutet, daß man gerade versuchen muß, durch regionale Rüstungskontrollvereinbarungen zur Lösung dieser Probleme beizutragen und damit auch Nuklearwaffenambitionen die Grundlage zu entziehen. Andererseits läßt sich die Nuklearbewaffnung eines Staates nicht auf einen regionalen Kontext eingrenzen. Sie hat vielmehr globale Auswirkungen, Auswirkungen auf Integrität und Autorität des Nichtverbreitungsvertrages, ebenso wie auf globale Sicherheit und Stabilität insgesamt.

Welche zentralen Aufgaben stellen sich, um der nuklearen Proliferation wirksam zu begegnen und den möglichen Ambitionen zum Erwerb von Nuklearwaffen in Asien und im Nahen und Mittleren Osten Einhalt zu gebieten? In Beantwortung dieser Frage geht es zunächst darum, einen verkürzten, allein auf Maßnahmen der Abschreckung, Verteidigung und Vereitelung (denial) ausgerichteten Ansatz zu vermeiden. Aus meiner Sicht sollte vielmehr präventive Maßnahmen und in der jetzigen Situation vor allem den folgenden fünf Aufgaben größere Aufmerksamkeit geschenkt werden:

1. Rückbesinnung auf den zentralen Stellenwert des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV).

Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag ist die zentrale Norm, die alle Bemühungen zur Verhinderung von Proliferation von Nuklearwaffen legitimiert. Allerdings ist dieser Vertrag nicht unerheblichen Erosionsrisiken ausgesetzt. Dabei gerät der Vertrag von zwei Seiten unter Druck: Zum einen sehen wir uns mit ernsthaften Proliferationsgefahren konfrontiert, IRN und PRK sind hier die Stichworte. Zum anderen drängt sich auch der Eindruck auf, als gebe es eine „Renaissance“ von Nuklearwaffen. Es gilt deshalb, die Autorität dieses Vertragswerkes auch dadurch zu wahren, daß der Durchsetzung dieser Norm und des auf seiner Grundlage geschaffenen Regelwerks gegenüber anderen, vor allem wirtschaftlichen und strategischen Interessen, keine nachrangige Bedeutung zugewiesen wird. Der Nichtverbreitungsvertrag muß als gemeinsame Politikbasis, der sich die Nuklearwaffenstaaten ebenso wie die Nichtnuklearwaffenstaaten verpflichtet fühlen, wiederhergestellt werden.

2. Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit des Nichtverbreitungsvertrages

Dieser Punkt liegt in der Konsequenz der an erster Stelle genannten Aufgabe. Zentral für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit ist die Wahrung und Stärkung des dem Vertrag zugrunde liegenden Gegengeschäftes: Die Nichtnuklearwaffenstaaten haben auf den Besitz und die Entwicklung von Nuklearwaffen verzichtet und im Gegenzug dazu die Nuklearwaffenstaaten sich zur Abrüstung verpflichtet. D.h. wir brauchen eine entschiedene Politik gegenüber bestehenden Proliferationsrisiken, eine Politik, die durch die gesamte internationale Gemeinschaft unterstützt werden muß. Der internationalen Geschlossenheit, gerade auch in den Fällen IRN und PRK, kommt deshalb eine über den Einzelfall hinausgehende Präzedenzwirkung zu. Gleichzeitig brauchen wir aber auch ein neues Momentum für die nukleare Abrüstung. Hier sind vor allem die Nuklearwaffenstaaten gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Sie müssen durch eigenes Tun unter Beweis stellen, daß sie den Nichtverbreitungsvertrag nicht als Lizenz für den dauerhaften Besitz von Nuklearwaffen betrachten. Nur so werden sie bei der Einforderung der Erfüllung der Nichtverbreitungsverpflichtung auf ungeteilte Unterstützung auch durch die Ungebundenen rechnen können.

3. Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages

Das nukleare Nichtverbreitungsregime muß auf breiter Front gestärkt werden. Dabei geht es im Hinblick auf das Risiko des Entstehens neuer Nuklearwaffenstaaten um Aufgaben wie

- die Ergänzung des Nichtverbreitungsvertrages um ihn unterstützende Regelwerke wie den Umfassenden Teststopp-Vertrag, der noch immer nicht in Kraft getreten ist, und die Aushandlung eines wirksamen Vertrages zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke;
- Erhöhung der Entdeckbarkeit von Vertragsverletzungen durch eine Stärkung des Verifikationsregimes, wobei es vor allem um die Etablierung des IAEO-Zusatzprotokolls als Verifikationsstandard und die routinemäßige Nutzung von „special inspections“ geht;
- die Eindämmung der Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie durch Schaffung multilateraler Ansätze und Mechanismen zu den sensitiven Brennstoffkreislaufaktivitäten Anreicherung und Wiederaufbereitung;
- die Stärkung der Vertragsdurchsetzung, wobei es vor allem darum geht, den VN-SR in seiner Funktion als letzte Instanz bei der Vertragsdurchsetzung zu stärken;
- die Bekräftigung/rechtliche Festschreibung unzweideutiger negativer Sicherheitsgarantien für Nichtnuklearwaffenstaaten, um letzteren Sicherheiten zu gewähren, die sie von Nuklearwaffenoptionen Abstand nehmen lassen; in diesem Zusammenhang ist auch die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus und der Festigung bestehender nuklearwaffenfreier Zonen zu sehen;
- die Verhinderung leichtfertiger Kündigungen des NVV durch die Vereinbarung eines gemeinsamen Verständnisses zu dem in Art. X des NVV festgeschriebenen Rücktrittsrecht, insbesondere auch im Hinblick auf die mit dessen Ausübung verbundener Implikationen zu vereinbaren;

Dies sind nur einige der Aufgaben, mit denen sich der in diesem Jahr beginnende Überprüfungsprozeß zum NVV zu beschäftigen hat.

4. Verfolgung eines glaubwürdigen Ansatzes gegenüber den defacto Nuklearwaffenstaaten

Dies bedeutet im Kern die Aufrechterhaltung des Universalisierungsanspruchs des Nichtverbreitungsvertrages, d.h. der Forderung an die drei bisher dem Vertrag

fernbleibenden Staaten IND, PAK und ISR, dem Vertrag als Nichtnuklearwaffenstaaten beizutreten. Eine Verwirklichung dieses Ziels ist in kurzfristiger Perspektive sicher nicht realistisch. Deshalb muß es zunächst darum gehen, die drei Staaten an das nukleare Nichtverbreitungsregime heranzuführen und damit zu gewährleisten, daß sie nicht zur Proliferation beitragen. Allerdings sollte diese Heranführung in einer Weise erfolgen, daß kein negativer Präzedenzfall geschaffen wird. Bezogen auf die aktuelle Diskussion um die Nuklearkooperation mit IND heißt dies, daß nach Möglichkeit eine Situation vermieden werden sollte, bei der IND Rechte aus dem Nichtverbreitungsvertrag zugesprochen bekommt, ohne daß es gleichzeitig Verpflichtungen übernimmt. Es wäre deshalb wünschbar, wenn IND im Zuge einer Vereinbarung zur zivilen Nuklearkooperation auch den umfassenden Teststopp-Vertrag zeichnet, einseitig ein Moratorium für die Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke erklärt und sich zur Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung bekennt, wie sie nach dem Nichtverbreitungsvertrag für die anerkannten fünf Nuklearwaffenstaaten gilt. In jedem Fall sollte die ins Auge gefaßte Nuklearkooperation mit IND nicht zu einer Förderung des IND Nuklearwaffenprogramms beitragen.

5. Schaffung eines schlüssigen Gesamtansatzes zur Bekämpfung der bestehenden regionalen Proliferationsrisiken

Liegt die Begründung für das Streben von Nuklearwaffen in ungelösten Sicherheitsproblemen, so muß auch ein ursachenbezogener Ansatz gewählt werden, der gerade auch die Sicherheitsbedürfnisse der betreffenden Staaten in den Blick nimmt. Dieser Gesichtspunkt war beispielsweise von Beginn an für die Bemühungen der E3 zu einer diplomatischen Lösung in der IRN-Frage leitend. So haben GBR, FRA und DEU im Wissen um die IRN Erfahrungen aus jüngster Zeit bei der Lösung der Nuklearfrage einen breiten Ansatz gewählt, der für IRN die Perspektive einer vertieften Zusammenarbeit mit Europa auch in politischer, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht beinhaltet. Dabei darf auch die Rolle von Sicherheitsgarantien nicht unterschätzt werden. Schließlich können bestehende Proliferationsfälle nicht isoliert sondern müssen eingebettet in den regionalen Gesamtkontext betrachtet werden. Es ist deshalb wichtig, im Nahen und Mittleren Osten auf die Schaffung einer Massenvernichtswaffenfreien Zone hinzuwirken. Zudem ist auf die Gefahr hinzuweisen, daß - sollte IRN über Nuklearwaffen oder eine wirksame Nuklearwaffenoption verfügen - dies einen Dominoeffekt auslösen und sich eine Reihe von arabischen Staaten veranlaßt sehen könnte, auch den Besitz solcher Waffen oder zumindest die Option darauf anzustreben. Schließlich sollten zur Lösung der bestehenden Sicherheitsprobleme auf regionaler Ebene rüstungskontrollpolitische Prozesse zur Vertrauensbildung und zur Stabilisierung der konventionellen Dispositive angeregt werden; hier hat Europa seit den 70er Jahren eine Vorreiterrolle gespielt und kann aufgrund des Netzwerkes rüstungskontrollpolitischer Vereinbarungen wie Wiener Dokument, KSE-Vertrag und Vertrag über den Offenen Himmel als Modellfall gelten.

Moderator

Ms. Gottemoeller, you are the Director of the Carnegie Moscow Center, representing the Carnegie Endowment for International Peace in Russia. You taught in Washington, Georgetown University Russian security policy in Eurasia with emphasis on the sources of Russian threat assessment as well as the political, economic and military tools of Russian policy throughout the region. As the Director for Nonproliferation and national security (1997 – 1999) in the US Department of Energy and as Assistant Secretary for Nonproliferation and National Security in

this department you dealt with activities in the field of arms control, nonproliferation and associated research and development. Please share with us your views on how to deal with new and future nuclear powers, especially under your, let me call it, Russian experience.

Rose Gottemoeller, Leiterin des Büros Moskau des Carnegie Endowment for International Peace

Iran's defiance of the international community has been difficult to confront in policy terms, not the least because of the volatile and negative role that its president, Makhmud Ahmadinejad, has been playing on the world stage. Among his many strong and sometimes unsavory statements has been an insistence that nuclear enrichment shows Iran's technical prowess and therefore establishes its claim to world leadership.

The Iranian President's approach, however, has begun to draw criticism among the Iranian political elites, so much so that at the end of January the Supreme Leader of Iran, Khameini, told the President publicly to stop commenting on the nuclear issue. This public rebuke was unprecedented, but followed a number of reports in the Iranian press indicating that a number of Iranians had become uncomfortable with Ahmadinejad's hard-line approach. Thus, although Ahmadinejad has not desisted from boasting about his country's nuclear enrichment program, it seems that the environment in Iran has become more volatile where this issue is concerned. Therefore, the chances might be improving for direct discussions with Iranian experts on issues related to the nuclear program.

In particular, the time seems ripe to explore whether there are alternative pathways by which Iran could express its technological prowess and world leadership. By trying to broaden and shift the debate in Iran to other parts of the fuel cycle, or to other nuclear energy technologies, we might be able to unglue their focus on enrichment and create more time and space for a rollback of their nuclear program.

During the past year, I have been discussing with Russian, European and U.S. experts what steps could be pursued to "change the subject" in this way with Iran. The topics that we considered included:

- Examining ways to engage the Iranians more effectively in a discussion of the future of nuclear power. We focused on the notion that this discussion should begin with consideration of the back end of the fuel cycle, e.g. how will Iran handle the expense and environmental burden of dealing with spent nuclear fuel.
- Considering how the new nuclear energy initiatives, i.e. the U.S. Global Nuclear Energy Partnership (GNEP) and the Putin initiative to establish international fuel service centers in Russia, relate to the effort to solve the nuclear problem with Iran. The experts agreed that nuclear energy cannot expand in a proliferation-resistant manner in future years if the problem of Iran's nuclear program continues to fester.

The Russian government had in fact already begun to explore with the Iranians the notion on international fuel services, offering them a place in an international fuel service center in Russia. This approach would provide for enrichment on Russian soil rather than Iranian soil. This is a deal that Iran has at times rejected, at times indicated a continuing interest in. It is still open to discussion from the Russian perspective.

Such areas of nuclear energy cooperation with Iran could not go forward, however, without major steps forward in mutual confidence. For the international commu-

nity, that will require a significant new emphasis on safeguards techniques and procedures even beyond those that are required by the Additional Protocol (associated with the Safeguards Agreements that countries negotiate with the International Atomic Energy Agency). The Iranians have from time to time indicated their willingness to open up to extensive control measures beyond the Additional Protocol, and so the notion of exploring such measures is not new to them.

Technical measures in support of improving the monitoring of Iran's nuclear sites fall into two realms: the first is the long-standing field of safeguards, with well-established links to the International Atomic Energy Agency and its established regimes; and the second in the newer area of Cooperative Threat Reduction (CTR). The CTR programs began with U.S. legislation that was written in 1992 by Senators Nunn and Lugar. They were designed to address the security threats that could have arisen out of the break-up of the Soviet nuclear arsenal. The Senators, and many others, were concerned that nuclear weapons and nuclear materials in Russia and the other CIS countries could fall into the wrong hands and be sold to terrorists or rogues on the ultimate black market. The emphasis of the programs began as nuclear, but later moved to embrace also biological and chemical weapons. By 2002, at Kananaskis G-8 summit, the program evolved from being primarily a bilateral U.S.-Russian program to becoming a G-8 program, the Global Partnership. In turn, the Global Partnership concept has evolved into the full multilateral realm, with member countries all over the world.

In the realm of Cooperative Threat Reduction, the role of scientist-to-scientist interactions has been very important in establishing initial mutual confidence and the environment to proceed with demanding and sensitive projects. The experience of U.S.-Russian cooperation in this area, therefore, is likely to provide some useful lessons to consider for eventual cooperation with the Iranians. For a shift in the Iranian debate to occur, for example, it will be important at the first stage to invest the Iranians with a sense that they are not being relegated to some kind of second-class status. We have the best hope of avoiding this outcome if the ground is prepared by scientist-to-scientist interactions. Such peer interactions would build up confidence among the Iranian elites that we can participate in discussions and eventually in activities that involve the most sensitive of their facilities.

If we can accomplish this confidence-building step, then we will have improved the environment for roll-back of the Iranian nuclear program—as always, the most difficult step is the first one. After that, the environment expands out, and we might see some opportunities for quite useful work in other areas, on the road to reduction and elimination of the Iranian nuclear capabilities.

Thus, we should be focused on creating the conditions for a shift of the debate in Iran. We should explore the potential for communicating with the Iranians on a number of technical issues, all of which would have application to either an expanded (but proliferation resistant) Iranian nuclear energy program, or enhanced safeguards and monitoring measures for Iranian nuclear facilities. This exploration could first take place among U.S., Russian and European experts, but could proceed on an experimental basis to involve Iranian experts.

In order to convey the strategy that would underlie this approach, it is necessary to examine the logic of what would be the entire process. First, non-Iranian experts would examine the potential for engagement, then engagement with the Iranians would occur on an experimental basis. If the early interaction were successful, then

the governments could develop the technology cooperation as they work with the Iranians to shutter and eliminate their nuclear program. This complete process may be described in highly simplified phases, some of which could proceed in parallel:

- Exploration among U.S., Russian, European experts of nuclear fuel cycle and safeguards technologies as well as Cooperative Threat Reduction techniques that might be pursued in a proliferation-resistant manner with the Iranians.
- On an experimental basis with the Iranians, beginning of scientist-to-scientist briefings and possibly joint projects regarding the fuel cycle;
- Government-to-government efforts to renew moratorium on enrichment, and restart negotiations;
- "Experimental" Iranian participation in international fuel services center on Russian territory;
- Expanded Iranian participation in development of future nuclear energy technologies;
- Mothballing of "unneeded" Iranian fuel cycle facilities;
- Construction begun of additional nuclear power plants in Iran;
- Dismantlement of unneeded fuel cycle facilities.

This description of phases for engaging with Iran on the roll-back of the nuclear program is meant to be exemplary, not exclusive of other approaches. Certain characteristics of this strategy should be present, however, no matter how the details differ: First, an early confidence-building stage will be necessary to engage successfully with Iran, and in particular, to undermine Ahmadinejad's defiance of the international community. Second, certain phases should be designed to proceed in parallel, such as mothballing of facilities and construction of new power plants. However, a renewed moratorium on enrichment is necessary at an early phase. Finally, only the earliest phases of confidence-building would benefit from non-governmental interactions. The other phases are the purview of governments and must be managed and controlled by them.

Panel 3: Droht ein Rüstungswettlauf im All? Weltraumwaffen als Herausforderung für eine präventive Rüstungskontrolle

Moderation: Arnd Henze, Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Panel 3

Theresa Hitchens, Center for Defense Information, Washington

China's Jan. 11 test of an anti-satellite (ASAT) weapon – the first in two decades – is ushering in a dangerous new era of military space competition. Already, there are calls in the United States and India for both more robust military space programs and response in kind. Meanwhile, the thousands of pieces of space debris produced by the test have highlighted the criticality of satellites for all nations, and their exquisite vulnerability. Considering that space systems are becoming more central to the military operations of all developed (and many developing) nations, how can conflict in space be avoided?

There are two key strategies that are immediately available to arrest a dangerous slide down the slippery slope towards war in space, one primarily national, the other international: space system protections designed to limit vulnerabilities, and a 'code of conduct' for space operations. While the first approach is largely uncontroversial among space-faring nations, resistance to the latter remains.

First, space systems protection. As noted, space systems are inherently vulnerable. Satellites are delicate and complicated pieces of equipment operating in a naturally harsh environment, with radiation and space debris among the threats to their functioning. But other space system nodes are also vulnerable to disruption or destruction: ground stations could be shut down by an earthquake or an attack; satellite links can be jammed or spoofed, or simply disrupted by bad space weather. Meanwhile, the means to disrupt space activities have become more widely available. More nations, now 41, operate satellites and thus have know-how about their workings; more and more nations are becoming capable of launching space assets; computer technology gets cheaper and easier to use every day; jamming devices are available on the commercial marketplace. The necessity of protecting space assets – whether they are commercial, civil or military – is now being recognized by most space-faring nations. While there remain debates about priorities, costs, and implementation, there further is little disagreement about the types of protective measures available.

A first priority for space operators is better space situational awareness – the ability to 'see' what is going on in space. In addition, capabilities to diagnose what has happened to a failed or failing satellite, in near- or real-time, are also required. Currently, the United States and Russia have the most sophisticated sensor suites for space surveillance, but China is building capabilities, France has a new radar system for surveilling Low Earth Orbit, and the European Union is considering a plan for its own space surveillance network. Commercial operators as well are increasingly concerned about the need for better space data in order to avoid collisions or interference as orbits,

particularly geosynchronous orbit where most communications satellites reside, become more crowded. For example, a group of multinational telecommunications providers are working on a set of "best practices" for space operators regarding data sharing and consultations regarding satellite positions and maneuvers.

Other protection measures now being studied by many space-faring nations include measures such as encryption, frequency hopping and subsystem redundancies designed to guard against electronic interference. While such protections are routinely used on military satellites, commercial networks up to now have generally not featured such capabilities in part due to low threat perceptions and concern about costs.

Further, more nations are investigating the uses of small satellite networks to perform operations traditionally undertaken by large single, such as disaster monitoring or even intelligence gathering. The use of multi-satellite networks could lower the risk factor by ensuring continuity of operations in the event that one satellite was disrupted or destroyed.

Finally, there is growing interest in developing means to rapidly replace satellites on orbit, through the use of on-orbit spares and new launch vehicle technologies.

Most of these protection approaches will fall squarely in the laps of satellite owners and operators, to be instituted nationally or by industry operators themselves. However, with regard to space situational awareness, there is room – indeed need – for international cooperation. All satellite operators have information about their own satellites; and all need information about the functioning of other satellites to ensure the safety of their own. While the U.S. Air Force, which operates the U.S. Space Surveillance Network shares some data it obtains, there is widespread recognition that there is a need for better and more data, and improved processes for data sharing.

Which brings us to the idea of "code of conduct" for space operations. Codes of conduct are a traditional tool for managing military, and even other forms of, competition in peacetime. They seek to establish rules for responsible behavior and deter irresponsible actions. While some rules exist for space activity, such as the Outer Space Treaty's prohibition on the placement of weapons of mass destruction in space, what rules exist are generally weak. Space operations have largely been governed by overlapping sets of gentleman's agreements. While informal arrangements worked well when there were few space actors, there are signs that these agreements are fraying as the number of space actors – with different cultures, processes and priorities -- continues to burgeon.

The concept of "rules of the road" or a "space code of conduct" is not new, and various elements of such an approach to collective space security have been explored by a number of different non-governmental, academic and industry organizations, from the International Academy of Astronautics to the Henry L. Stimson Center in Washington and CDI. Potential elements include: improved orbital data sharing (as mentioned), debris mitigation, space traffic management, notification/consultation, "special caution areas," no harmful use of lasers, and no testing or use of debris-creating ASATs.

I've already talked about orbital data sharing, but wanted to mention that one idea floating in U.S. industry circles is the concept of a global data base, into which space operators would put data about satellite operations and out of which would come automatic warnings regarding close approach or potential interference. While the technicalities, espe-

cially regarding how to protect secret satellite networks, might be daunting, this would be worth more in-depth exploration.

Debris mitigation is another area where there is widespread agreement about the need, as every space operator is threatened by debris today (more so since the Chinese test). Indeed, the Inter-Agency Debris Coordination Committee, which comprises the space agencies of 10 countries plus ESA, in 2002 adopted technical mitigation guidelines that were then forwarded to the UN Committee on the Peaceful Uses of Outer Space for potential adoption. COPUOS used the IADC guidelines to develop a less-specific set of political commitments for debris mitigation that were discussed at a meeting in February. *(Note bene: the meeting takes place Feb. 20, I will report on the results.)*

Space traffic management is a term that has a rather fungible definition, but the premier study on the issue was completed by IAA in 2005, called the "Cosmic Study on Space Traffic Management. The study defined the term as: "The set of technical and regulatory provisions for promoting safe access to outer space, operations in outer space, and return to Earth from outer space free from physical or radio-frequency interference." This study provides a blueprint for future work to develop such a regime.

As mentioned, notification of maneuvers is a key area for a space code of conduct. Processes for doing this, however, are not codified or routinely followed by all; thus the need for a more formal system. In addition, pre-launch notification would improve space situational awareness and traffic management. Finally, as also made apparent by the Chinese ASAT test, more formal processes for consultation and dispute resolution among actors when interference is feared or questionable actions are taken are necessary.

Special caution areas or keep-out zones around satellites have been proposed in the past as a way of ensuring against collision. The IAA Cosmic Study also suggested that a type of general zoning might be set up, limiting certain activities to certain orbits or preventing certain actions in certain orbits. For example, "space burials" might be restricted to very low orbits where the debris would decay rapidly.

There are precedents regarding no harmful uses of lasers in peacetime under the U.S.-Soviet Prevention of Dangerous Military Practices agreement and the Incidents at Sea Agreement. Lasers have multiple uses for space operations, from benign to harmful. An agreement not to use lasers to interfere with satellites could help prevent misinterpretation.

The Chinese test has starkly highlighted the negative effects of using kinetic energy or other destructive ASATs. More than 900 pieces of larger debris have been tracked, hundreds of thousands of smaller pieces are estimated. Much of this will remain on orbit for more than 40 years. It is in no country's interests for space to become a junkyard, where all operations are at serious risk of damage or destruction. A ban on the testing and use of debris-creating ASATs would also be verifiable, as you can see the results.

Götz Neuneck, Universität Hamburg, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)

I. Droht ein Rüstungswettlauf im All?

Der chinesische Satellitentest vom 11. Januar 2007 hat der Öffentlichkeit eindringlich vor Augen geführt, dass neben den USA und Russland nun auch China, die Fähigkeit hat, Satelliten in einem Krisenfall über dem eigenen Territorium „abzuschießen". Dies unterstreicht einerseits die Ambitionen Chinas auf diesem

Gebiet, zum anderen beschwört es die Gefahr eines Rüstungswettlaufs im All herauf. Zusätzlich zeigt die Entstehung vieler Weltraumtrümmer durch diesen Test eine akute Gefährdung weiterer ziviler Satelliten auf dieser Bahnhöhe, ein Problem, das bei der Stationierung von Weltraumwaffen noch weiter zunimmt. Die „US National Space Policy“ von 2006 unterstreicht, dass die Vereinigten Staaten ihre „ Aktionsfreiheit im Weltraum“ sichern möchten. Es werden Aktionen zum Schutz der US-Weltraumfähigkeiten initiiert, indem u.a. den Gegnern der USA die Nutzung des Weltraums für feindliche Zwecke im Hinblick auf das nationale Interesse der USA „verweigert“ werden soll. Neue Rüstungskontrollinitiativen für den Weltraum werden abgelehnt. Weitere Warnzeichen sind diverse US-Programme, die Satelliten im All zerstören können, auch und gerade im Zusammenhang mit der geplanten Raketenabwehr. Es wird entscheidend darauf ankommen, dass die Weltgemeinschaft und allen voran die Raumfahrtbetreibenden Nationen rechtlich verbindliche, überprüfbare und wirkungsvolle Regelungen schaffen, um eine aktive destruktive Bewaffnung des Weltraums zu verhindern.

Der Weltraumvertrag (WRV) von 1967, der nun 40 Jahre alt ist, unterstreicht in seiner Präambel das „gemeinsame Interesse der gesamten Menschheit an der fortschreitenden Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken“ und erklärt sie zur „Sache der gesamten Menschheit“. Der Weltraum ist nach Art.I.1 von 1967 WRV ein hoheitsfreier Gemeinschaftsraum, dessen Nutzung „im Interesse aller Staaten“ und der „Menschheit als Ganzes“ erfolgen muss. Demnach kann Sicherheit im Weltraum nicht ausschließlich im nationalen Interesse eines Staates oder einer Staatengruppe verfolgt werden.

Die USA und Russland sind nach über fünfzigjähriger Rüstungskonkurrenz im All militärisch seit langem führend. Bis Ende 2003 haben sie mehr als 2.000 militärische Satelliten in das All geschossen, während alle weiteren Staaten 30-40 militärische Satelliten in eine Umlaufbahn befördert haben. Beide Supermächte haben im Kalten Krieg Anti-Satelliten (A-SAT)-Programme betrieben und ASAT-Tests durchgeführt. Aufgrund der hohen Kosten und der destabilisierenden Wirkung wurden die Programme jedoch eingestellt. Es ist davon auszugehen, dass beide Staaten über einen Technologievorsprung auf dem Sektor verfügen. Die Entwicklung von Weltraumtechnologien war stets auch militärisch motiviert. Der Großteil der zum Start und Betrieb von Satelliten genutzten Technologien sind „Dual-Use-Technologien” d.h. viele F&E-Ergebnisse im Bereich Raumfahrt können sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden.

Heute ist für global agierende Streitkräfte im Rahmen der „Revolution in Military Affairs“ viele Weltraumanwendungen im Bereich Kommunikation, Aufklärung und Navigation unverzichtbar. Die Verwendung von Satelliten hat die moderne Kriegführung grundlegend verändert. Insbesondere die laufende Umstrukturierung der US-Streitkräfte macht sie in zunehmendem Maß vom Weltraum abhängig. Aber auch die Europäische Union, China und Japan nutzen künstliche Himmelskörper verstärkt für militärische Zwecke. Die heute vorhandenen Himmelskörper haben „passive Funktionen“, d.h. sie sind nicht in der Lage, gezielt gegnerische Satelliten „auszuschalten“. Bis heute hat jedoch kein Staat aktive „Weltraumwaffen“ stationiert. Das Einbringen von WRW würde nicht nur einen internationalen Tabubruch bedeuten, sondern kann eine ganze Kette neuer Entwicklungen in Gang setzen: neue Bedrohungsszenarios, Kosten für zusätzliche Schutzmaßnahmen und die Gefahr eines Wettrüstens im Weltraum.

Dennoch werden insbesondere in den USA, aber vereinzelt auch in weiteren aufstrebenden Raumfahrtstaaten Stimmen laut, die argumentieren, dass die heutige Satelliten- Infrastruktur für die moderne Kriegführung so essenziell ist, dass sie aktiv gegen Angriffe geschützt werden muss. US-Analysen befürchten, dass feindliche Angriffe gegen Satelliten zu einem „Pearl Harbor im Weltraum" führen können, und fordern aktive Schutzmaßnahmen bis hin zur Stationierung offensiver Waffen im Orbit. Eine Unterbrechung weltraumgestützter Komponenten kann in der Tat zu erheblichen Schäden für die internationale Gemeinschaft führen. Satelliten sind sehr verwundbare Objekte, und vor dem Hintergrund verstärkter Weltraumaktivitäten verschiedener Länder sind internationale Regelungen dringend notwendig.

Es werden in den US-Streitkräften planerische, organisatorische und budgetäre Weichen, für eine verstärkte Integration des Weltraums in die Kriegsführung gestellt. Im Budget des Pentagon für das HJ 2006 finden sich Programme, die die Weichen in Richtung WRW stellen. Eine partielle Weltraumbewaffnung wird vorbereitet, und erhöht die Gefahr, dass bereits jetzt weitere Staaten dem folgen werden. Die strategischen Raketenabwehrprogramme, die sich in der Testphase befinden, sind prinzipiell in der Lage, neben anfliegenden Sprengköpfen hoch im Weltraum auch niedrig fliegende Satelliten zu treffen und zu zerstören. Für weltraumgestützte Interzeptoren soll 2008 „Space based Interceptor Test Bed" für künftige Weltraumtests errichtet werden. China werden auch Aktivitäten auf dem Gebiet der ASAT-Laser und von Mikrosatelliten nachgesagt. Russland verfügt im Prinzip über ein veraltetes, wenn gleich aktivierbares, auf der Erde stationiertes ASAT-System. Auch die Europäische Union wird den erdnahen Raum zukünftig verstärkt sicherheitspolitisch nutzen.

II. Technische Elemente: Weltraumwaffen

In den USA gibt es eine anhaltende Debatte bezüglich der nächsten Schritte zur Einführung von offensiven und defensiven Weltraumwaffen. Diskutiert wird das gesamte Spektrum einer möglichen, aktiven „Kontrolle des Weltraums" von Störsendern über Mikrosatelliten und Lasern bis hin zu manövrierbaren Anti-Satellitenwaffen. In diversen Studien und Planungsdokumenten finden sich „Roadmaps" mit konkreten Waffenprojekten.

Eine weltraum-gestützte Waffe ist ein System im Weltraum, das Weltraumobjekte zerstört, beschädigt, funktionsunfähig macht oder die Flugbahn verändert oder Objekte in der Atmosphäre oder am Boden zerstört. Im Wesentlichen werden in US-Dokumenten WRW vier Rollen zugedacht werden: (1) Schutz von US-Satelliten; (2) Kontrolle von Objekten im Weltraum; (3) Waffeneinsatz aus dem Weltraum heraus auf Erdziele; (4) Einsatz gegen ballistische Raketen (Raketenabwehr).

Zu unterscheiden sind Weltraumwaffen (WRW), die in den Weltraum hineinwirken, von WRW, die dauerhaft im Weltraum stationiert sind, sowie Systemen, die vom Weltraum auf die Erdoberfläche wirken können. Eine unmittelbare Voraussetzung für die Einführung und den Betrieb von WRW sind nicht nur Trägersysteme; auch das Vorhandensein von Bodenstationen sowie die damit verbundene Datenübertragung ist nötig. Eine „operative WRW" ist ein Verbund von Startbasis, Satellit und Bodenstationen. Dies bedeutet auch, dass eine gewollte Störung nicht alleine auf den Satelliten, sondern auf andere Komponenten des Systemverbundes bezogen werden kann. Es existieren unterschiedliche Technologien, um Objekte im Weltraum zu treffen oder zu stören. Das Spektrum reicht von Nuklearexplosionen im All über Strahlenwaffen bis hin zu kinetisch wirkenden

Waffen. Satelliten bewegen sich mit hoher Eigengeschwindigkeit auf berechenbaren Bahnen um die Erde. Sie sind aufgrund ihrer Leichtbauweise deutlich verwundbarer gegenüber kinetisch wirkenden Waffen als die für den Wiedereintritt in die Atmosphäre gehärteten Gefechtsköpfe ballistischer Raketen. Ein weiteres System, das gegen Satelliten gerichtet werden kann, sind Kleinstsatelliten. Letztlich besitzen nur die führenden Raumfahrtnationen die meisten dieser Fähigkeiten.

Eine oft genannte potenzielle Bedrohung ist die „Verschmutzung" von Orbits durch das Aussetzen von Metallkugeln durch eine Mittelstreckenrakete, d.h. durch die Erzeugung großer Mengen von Weltraumschrott, die anfliegende Satelliten beeinträchtigen könnten. Dieses Szenario wurde mittels Modellrechnungen überprüft. Die Berechnungen zeigten, dass ein Land mit begrenzten technologischen Möglichkeiten nicht sicher sein kann, mit einem Schrottwolkenszenario gegnerische Satelliten auszuschalten. Nur führende Raumfahrt betreibende Staaten wie die USA, Russland und die EU hätten die Möglichkeit dazu.

Drei Gründe sprechen gegen eine Bewaffnung des Weltraums: Zum einen sind WRW teuer und ineffizient. Um große Bereiche des Weltraums zu schützen, benötigt man viele Systeme, die gestartet, manövriert und gewartet werden müssen. Erste Berechnungen zeigen, dass für ein globales Abwehrsystem enorme Startkapazitäten aufgebracht werden müssten. Zum zweiten müssen des weiteren funktionsfähige WRW getestet werden. Waffentests oder gar der reale Einsatz gegen Satelliten im Weltraum erhöhen die Menge an „Weltraumschrott" dramatisch. Im Fall eines Zusammenstoßes stellen diese Weltraumtrümmer eine Bedrohung für aktive Satelliten dar. Treten Waffentests hinzu, die wiederum neuen Weltraumschrott produzieren, könnten bestimmte Umlaufbahnen auch für die zivile Satellitennutzung gesperrt werden.

Zum dritten haben die USA am meisten zu verlieren, wenn sich weitere Staaten zur Stationierung von Weltraumwaffen entschließen. Heute verfügen die USA über einen unbegrenzten Zugang zum Weltraum und ihre Satelliten können sich frei im Weltraum bewegen. Sollten Staaten Weltraumwaffen stationieren, wären US-Satelliten ebenso gefährdet wie die zivilen Satelliten anderer Staaten. Misstrauen bei jedem Satellitenstart oder der Annäherung unbekannter Himmelskörper wäre die Folge.

Sollten sich Staaten zur Stationierung von Waffen im oder für den Weltraum entschließen, wäre eine Erschwerung der kommerziellen und militärischen Nutzung des Weltraums möglich. Darüber hinaus könnte die Weltraumbewaffnung militärische Schritte anderer Akteure provozieren, die bisher nicht an Weltraumwaffen interessiert sind – ein „Wettrüsten im Weltraum" wäre die wahrscheinliche Konsequenz. Solch eine „Konkurrenz im All" würde enorme Ressourcen binden und Rivalitäten in den Weltraum tragen. Ein verschärftes Klima des Misstrauens in den internationalen Beziehungen wäre die Folge. Die internationale Staatengemeinschaft sollte völkerrechtlich verbindliche und überprüfbare Schritte unternehmen, um den Status der Waffenfreiheit des Weltraums zu erhalten.

III. Das Weltraumrecht und die präventive Rüstungskontrolle

Das bestehende Weltraumrecht bietet leider nur begrenzte Möglichkeiten, potenzielle Waffen bzw. Waffenwirkungen im All völkerrechtlich zu verbieten. Lediglich der Weltraumvertrag untersagt die Stationierung von Massenvernichtungs-

waffen – insbesondere Nuklearwaffen – im Weltraum. Der Vertrag verbietet hingegen nicht das Durchqueren des Weltraums mit nuklear bestückten Raketen zu Angriffs- oder Raketenabwehrzwecken oder die Verwendung und Stationierung konventioneller Weltraumwaffen im Erdorbit. Eine wirkungsvolle Barriere bildete der 2002 gekündigte ABM-Vertrag, der die beiden Vertragsparteien USA und die Sowjetunion bzw. Russland verpflichtete, keine weltraumgestützten ABM-Systeme oder Bestandteile zu entwickeln, zu erproben oder zu stationieren. Weitere Abkommen schränken die militärische Nutzung des Weltraums zwar ein, sind aber hinsichtlich der Verhinderung einer aktiven Bewaffnung des Weltraums extrem lückenhaft.

Ziel der Idee präventiver Rüstungskontrolle ist es, die Stationierung destabilisierender Technologien zu verhindern, um Beschaffungskosten zu reduzieren bzw. Wettrüsten zu vermeiden und die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen im Weltraum zu verringern. Noch ist die Einführung von Weltraumwaffen ein Tabu. Die veränderten politischen und technologischen Rahmenbedingungen drohen jedoch an diesem Tabu zu rütteln. Für die Verhinderung einer Weltraumbewaffnung dürfte entscheidend sein, die Argumente der Befürworter in der US-Administration zu widerlegen und dauerhafte und nachhaltige Regelungen für den Weltraum zu etablieren.

Gründe, die für präventive Rüstungskontrolle im Weltraum sprechen, sind die begrenzte Zahl der Weltraumakteure, in diesem Falle die Raumfahrt betreibenden Nationen, die komplexen und teuren Technologien für Waffenzwecke sowie die guten Überwachungschancen im Weltraum. Der Weltraum ist ein transparentes Medium, in dem sich eine begrenzte Zahl von künstlichen Himmelskörpern auf vorausberechenbaren Bahnen bewegt. Im Sinne präventiver Rüstungskontrolle wäre es durchaus möglich, Satellitenbahnen und Manöver international transparent zu überwachen. Die technologischen Mittel dazu sind bis heute allerdings im Besitz der führenden Weltraummächte.

Vorschläge für umfassende Verbotsregime von Weltraumwaffen wurden bereits in den 1980er Jahren erarbeitet, um den Weltraum auf der Grundlage eines multilateralen Abkommens waffenfrei zu halten: (1) Einseitige Verpflichtungen und informelle Abkommen, (2) Vertrauensbildende Maßnahmen und (3) umfassende Verbotsregime. Diese Maßnahmen können aufeinander aufbauen und verlangen unterschiedliche Grade an Effizienz, Reichweite und Verifikation.

Informelle Abkommen existieren schon jetzt. Das Weltraumregistrierungsabkommen von 1975 verpflichtet seine Mitglieder zur Ankündigung von Raketenstarts durch die Angabe von Startdatum, Startort und den Zweck eines gestarteten Objekts. Die Disziplin der Staaten, was Offenlegung und Umfang der zur Verfügung gestellten Informationen betrifft, ist jedoch gering. Die Ankündigung von Starts erfolgt häufig verzögert, Missionsbeschreibungen sind unzureichend. Die Veröffentlichung präziser Bahndaten, der Größe und detailreichere Charakteristika eines Satelliten würden die Transparenz in Bezug auf Weltraumaktivitäten deutlich verbessern. Es sollte angestrebt werden, vorhandene Weltraumverträge stärker zu nutzen, um eine „Bewaffnung des Weltraums“ durch diverse Staaten zu verhindern. Hier könnte die Notifikationspflicht des Registrationsabkommens ernster genommen werden, oder durch eine rechtsverbindliche Erklärung auf UN-Ebene könnte sichergestellt werden, dass es Staaten verboten ist, Waffen gegen die sog. weltraumgestützten „National Technical Means“ (NTM) einzusetzen.

Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen reichen von einer Code of Conduct-Erklärung der Weltraummächte für

ein effizientes Space Traffic Management über die Etablierung eines „Moratoriums für Weltraumtests“ bis hin zu einer einseitigen Erklärung von Staaten, nicht als erste Weltraumwaffen einzuführen. Insbesondere eine Verzichtserklärung sowie Schritte zur Einhaltung eines Testmoratoriums durch Russland, China oder die EU hätte einen stabilisierenden Effekt. Ein höheres Maß an Offenheit auf dem Weltraumsektor würde den Kritikern von Weltraumverträgen in den USA einigen Wind aus den Segeln nehmen.

Ziel dieser Anstrengungen ist letztlich die Schaffung eines dauerhaften Verbotsregimes aller Arten von WRW, in dessen Zentrum das nachprüfbare Verbot der Entwicklung, des Testens und der Stationierung von WRW steht. Bei einem Vertrag über WRW ist anzustreben, dass alle Waffen im Weltraum geächtet werden, denn die Einhaltung eines „Null-Waffen-Vertrags“ ist leichter zu überprüfen, als ein Vertrag, der zwischen unterschiedlichen Zahlen und Arten von Waffen differenziert. Darunter fielen auch neue Waffenprinzipien wie Laser- oder Mikrowellenquellen. Die Definition des Begriffs „Weltraumwaffe“, praktikable Verifikationsverfahren und mögliche Sanktionen bei Vertragsverletzungen sind dabei in den nächsten Jahren auszuarbeiten, um ein robustes und dauerhaftes Regime für den erdnahen Raum zu schaffen. In den vergangenen Jahren wurden einige diskussionswürdige Vorschläge für Weltraumregime gemacht. Bisherige Versuche zur Aufnahme von Verhandlungen sind jedoch an der Unwilligkeit des einflussreichsten Weltraumakteurs USA, sich multilateralen Kontrollregimen zu unterwerfen, sowie am Hang zu Intransparenz bei anderen Akteuren gescheitert. Lediglich die kanadische Regierung bemüht sich, Maßnahmen für die Verbesserung der Weltraumsicherheit zu erarbeiten.

IV. Nächste Schritte zur Ächtung von Weltraumwaffen

1. Der chinesische ASAT-Test hat eindringlich gezeigt, dass internationale Regulierungsmöglichkeiten im Bereich „Rüstungskontrolle im Weltraum“ nötig sind. Ansonsten droht ein Wettrüsten in und ums All. Ein internationaler Debatte zum Thema: „Wie schafft man in Zukunft „Sicherheit im Weltraum“ (Space Security) ist überfällig.

2. Eine Gruppe von interessierten Staaten (z.B. Deutschland, Frankreich, Kanada, Brasilien, Japan etc.) könnte eine Resolution in die UN einbringen, die einen internationalen Verhandlungsprozess in Gang bringt – ähnlich dem Ottawa-Prozess, der ein weltweites Verbot von Landminen ermöglichte. Eine solche Resolution könnte u.a. folgende Punkte enthalten:

- Eine Verpflichtung der Unterzeichner, sich an vorhandene Weltraumverträge zu halten;
- eine Erklärung, dass Satelliten und Raumschiffe anderer Staaten, die für „friedliche Zwecke“ bestimmt sind, nicht angegriffen werden dürfen;
- eine Verpflichtung aller raumfahrtbetreibenden Staaten, dass konkrete Maßnahmen unternommen werden, um Weltraumtrümmer zu minimieren;
- die Schaffung einer „Open Ended Working Group“ im Rahmen der UN, um Verhandlungen für ein umfassendes Rüstungskontrolle-Regimes vorzubereiten;
- die Erarbeitung einer Erklärung zur Schaffung von Verfahrensregeln und Standards bezüglich einer verstärkten „Sicherheit im Weltraum“ sowie
- die Einrichtung einer internationalen Weltraumagentur zur Überprüfung der Verfahrensregelung, Schaffung internationaler Überwachungskapazitäten und der technologischen Unterstützung von Ländern, die über keine

eigene Trägerkapazitäten und Satelliten verfügen.

3. Ein Gutachten des „International Court of Justice“ zur Legitimität einer einseitig vorgenommen Einführung von WRW vor dem Hintergrund der Bestimmungen des OST könnte zu Rechtsklarheit führen und eine internationale Diskussion einleiten. Die UNO selbst könnte zur Begleitung des Prozesses wiederum eine „Group of Experts“ einsetzen, die z.B. ein Zusatzprotokoll zum OST vorbereiten oder ausarbeiten könnten.

4. Im Jahre 2007 jährt sich die Unterzeichnung des WRV zum vierzigsten Male. Zu diesem Zweck könnte eine internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einberufen werden, um die Einzelheiten für die Erweiterung der existierenden Weltraumkontrollabkommen zu erörtern und weitreichende Maßnahmen für die nächsten Dekaden zu beschließen. Ein „Code of Conduct“ für alle raumfahrtbetreibenden Nationen könnte ausgearbeitet werden, der die Grundlage für ein künftiges Weltraumrüstungskontrollregime bildet. Auch könnten die Pfeiler für ein künftiges Regime zum Verbot von Weltraumwaffen erarbeitet, diskutiert und beschlossen werden.

5. Auch die Europäische Union, die aufgrund ihrer ambitionierten Weltraumpläne und Kooperationen mit den USA, Russland, China und Brasilien etc. ein wichtiger Akteur im Weltraumbereich geworden ist, sollte auf dem Sektor künftiger „Sicherheit im Weltraum“ die Initiative nicht anderen Staaten überlassen. Die EU sollte auf dem Feld der Rüstungskontrolle im Weltraum eigenständig tätig werden. Sie investiert verstärkt, sowohl wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch, in ihr Weltraumprogramm und kooperiert mit Russland, China und Indien auf dem Sektor der Trägertechnologien, bei Galileo und wissenschaftlichen Weltraumprojekten. Aufgabe ihrer Sicherheits- und Friedenspolitik muss es sein, dafür Sorge zu tragen, dass ein mögliches zukünftiges europäisches militärisches Weltraumprogramm die Weltraumbewaffnung ausschließt und dass andere Weltraumnationen zur Waffenfreiheit im Weltraum beitragen. Das gleiche Interesse sollten die Raumfahrt betreibenden Nationen Russland, China, Indien, Japan und Brasilien zeigen. Die EU-Kommission sollte mit diesen Staaten Kontakt aufnehmen und eine gemeinsame Erklärung zum Verzicht der Stationierung von Weltraumwaffen unterzeichnen. Gleichzeitig könnten erste gemeinsame Schritte zur Vertrauensbildung im Weltraum angeregt und Verhandlungen für ein nachhaltiges Waffenverbotsregime eingeleitet werden. Nachvollziehbare, transparenzbildende Schritte dieser Nationen würden die US-Administration isolieren und möglicherweise zu einer Aufgabe der Blockade bei der Genfer Abrüstungskonferenz zwingen.

6. Die Bundesregierung macht sich in ihrer Stellungnahme zum White Paper für die Begrenzung militärischer Weltraumkapazitäten stark und plädiert für eine aktive Rolle Europas in der globalen Rüstungskontrolle. Sie sollte dieses Plädoyer engagiert in den europäischen sicherheitspolitischen Diskurs einbringen und eine Vorreiterrolle gegen die Bewaffnung des Weltraums übernehmen. Der ESA-Rat könnte die Idee einer gemeinsamen Erklärung zusammen mit Russland, China, Indien, Japan und Brasilien weiterverfolgen.

Smita Purushottam, Gesandte der Botschaft Indiens, Berlin

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Dr. Detlev Wolter, Auswärtiges Amt

I. Europe and Common Security

Europe has enjoyed an unprecedented level of rapprochement, cooperation and common security since the end of World War Two. This is due to the lesson learned that overall security requires the willingness to put the common objective of mutual, cooperative security above the particular security interests of States. Europe has been able to project its successful model of common security to a broader context as well. In the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE), the weaving of a close web of political, economic, rule of law and human rights cooperation helped to overcome the East-West ideological and security divide. The European Union is increasingly active as a global player promoting effective multilateralism, respect for international law, conflict prevention and civilian conflict management.

European perspectives on space security are thus deeply engrained in the successful experience of common security. European space activities are devoted exclusively to peaceful purposes. The Statute of the European Space Agency (Article II) stipulates:

… [The] purpose of the Agency shall be to provide for and promote, for exclusively peaceful purposes, cooperation among European States in space research and technology and their space applications, with a view to their being used for scientific purposes and for operational space applications systems….

European military uses of outer space are thus strictly limited to purely passive military uses of a non-destructive nature, such as those of surveillance, reconnaissance, and communication satellites. No European nation is engaged in active military space uses of a destructive nature. All European states support the annual Resolution of the United Nations General Assembly on the Prevention of an Arms Race in Outer Space. Given its growing economic, political and security interests in preserving outer space as an exclusively peaceful domain, Europe should undertake more vigorous efforts to develop its own independent space surveillance capabilities which could then be shared in a global surveillance mechanism under the auspices of the United Nations.

Europe is now called upon to define its interest in the strictly peaceful use of outer space and the prevention of the weaponization of outer space on the basis of its increasing economic, commercial and security interests in space. When it comes to establishing the future space security system, the European Union should offer its success story of pursuing common security in the interest of the international community. The European model of space security should focus on enhancing those cooperative elements for a space order that make it attractive for every space-faring nation. These elements should be elaborated, drafted and implemented in close cooperation with the other leading space nations. The main tenets of such a space security order should encompass in particular a comprehensive immunity system for civilian and military satellites of a non-destructive capacity, a code of conduct, "rules of the road," and traffic rules as well as regulations to avoid and manage space debris. Such a comprehensive common space security order would protect the security, economic and commercial space interests of the entire space community, and in addition ensure the peaceful use of the global commons in the interest and for the benefit of all mankind.

II. The Basis for a Space Security Order

The legal, political and conceptual basis of such a system of common security for outer space draws on the 1967 Outer Space Treaty as the "*magna carta*" of space law, the 1982 "Common Security" report of the *Palme* Commission, and the state practice and various draft treaty proposals on space security submitted in the Conference on Disarmament in Geneva.

Outer space as a common territory beyond national jurisdiction is a "global commons" *par excellence*. Security must therefore be common, cooperative security, based on the rule of law and respect for international space law in the interest of all states and mankind as a whole.

The legal status of outer space as determined in the Outer Space Treaty (OST) of 1967 requires that the use and exploration of space have to be in the "interest of all states" and "for the benefit of all mankind" (Article I OST). And thus emerges an implication, indeed an obligation, of all states to embrace "common" or "cooperative security" as the only option for truly guaranteeing the peaceful use of space. Such a cooperative regime finds its legal basis established in the mankind clause in Article I of the OST and the principle of cooperation and due account of the interests of all states in Articles IX and X of the OST, which are the principal elements attributing the status of outer space as a "common heritage of mankind."

However, in view of the risks of transgressing the line between the current passive military uses of space and the envisaged active military uses of a destructive nature in outer space ("weaponization of space"), the substantive and procedural institutionalisation of the mankind clause, the cooperation principle and the peaceful purpose clause as expressed in Articles I and IX of the OST becomes increasingly pressing.

These clauses were introduced in outer space law at the onset of the space age in 1957 by a joint draft UN General Assembly Resolution of the United States, France and Great Britain. These states had the same prime objective as the international community as a whole - to ensure that outer space would not be monopolized by the security interests of one or a group of states but rather be used for the benefit of all states and for mankind as a whole. The peaceful purpose standard as well as the mankind-clause were then codified in the 1967 Outer Space Treaty. However, a controversy still continuing until today arose over the interpretation of the peaceful-purpose clause. The unproductive dichotomy when interpreting the peaceful purpose clause either through the "maximalist" school, according to which any military use of outer space is prohibited, or the "minimalist" approach, viewing the term "peaceful" as only a confirmation of the prohibition of the use of force in outer space, needs to be overcome. The solution lies in interpreting the term "peaceful purpose" in light of both the mankind clause of the common heritage of mankind principle and the cooperation principle as applied to the security field, as well as by developing legal standards of peaceful use of outer space in the interests of the international community as a whole.

State practice, including the annual resolutions since 1981 by the UN General Assembly on preventing an arms race in outer space, bears evidence that the international community has so far only accepted passive military uses of outer space by reconnaissance, navigation and communication satellites but rejects the unilateral transgression towards active military uses with destructive effects in the common space. Steps to deploy a multi-layered missile defence with space-based interceptors would violate the peaceful purpose standard and the mankind clause if pursued unilaterally and without the consent of the international

community. The objective of Missile Defence which, according to the U.S. *National Missile Defense Act of 1997*, is to protect against unauthorized nuclear attacks and against limited nuclear attacks of so-called "rogue states," can be achieved without deployment of space-based weapons systems. Indeed, if pursued in the framework of a cooperative security regime for outer space, an arms race in space that would further stimulate nuclear proliferation on Earth can be prevented.

With the recent Chinese anti-satellite test in outer space, the issue of the legality of space weaponization is put squarely on the international agenda. The Japanese Prime Minister *Shinzo Abe* declared the test to be in violation of international law. China conducted the test against one of its own satellites. *A fortiori*, any testing or deployment of weapons in space that are directed against another state's space systems would be illegal. Given the increasing urgency of legal clarification in light of the persisting controversies on the issue, it has rightly been proposed that the United Nations General Assembly bring the question of the (il-) legality of weapons in space before the International Court of Justice.

In its advisory opinion of 1996 on the *Legality of Nuclear Weapons,* the International Court of Justice concluded that the obligation of the nuclear weapons powers to achieve complete nuclear disarmament according to Article VI of the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) is an obligation to conclude, and not only to negotiate, a nuclear disarmament and non-proliferation agreement. The UN General Assembly has expressly stated that the obligations of the NPT apply to outer space as well. The unilateral pursuit of a space-based missile defence, with the risk of the weaponization of space, would run counter to the disarmament obligations of the nuclear powers. The bilateral Anti-Ballistic Missile (ABM) Treaty that prohibits the development and deployment of space-based ABM systems implemented the multilateral peaceful purpose standard which has effect *erga omnes.* Therefore, after its renunciation, the ABM Treaty has to be replaced by new cooperative security arrangements safeguarding the security interests of the international community in the use of outer space for the benefit of all mankind.

III. In Pursuit of Common Security

In the face of the changing character of security threats, "common security" is the new strategic imperative of the post-Cold War era. The Joint U.S.-Russian Declaration adopted at the American-Russian summit on May 23-24, 2002, according to which both sides agreed to a far-reaching cooperation to meet *common security* challenges, in particular with regard to questions related to the national missile defence issue, opens the prospect that the former rivalling powers are willing to embark on a cooperative *strategic transition* towards *common security*. The negotiation of a multilateral "Treaty on Common Security in Outer Space" (CSO Treaty) would be an appropriate way to implement the peaceful purpose standard and the mankind clause as manifested in the Outer Space Treaty. In addition, such a treaty would lay the groundwork for a cooperative strategic transition towards rendering nuclear deterrence obsolete, thus replacing "Mutual Assured Destruction" by "Mutual Assured Security." Further adoption of "strategic reassurance measures," as stipulated in such a treaty, would keep outer space free of weapons and allow for an active non-proliferation policy of the international community.

The main elements of such a CSO Treaty can be categorized as follows:

1. Principles of cooperative security in outer space:
   - Transparency and confidence-building;

- Defensive force configuration;
- Non-proliferation and disarmament;
- Protection against unauthorized and accidental missile attacks and attacks in violation of non-proliferation regimes;

2. Prohibition of active military uses of a destructive effect in outer space;
3. Destruction of existing ASAT systems;
4. Confidence-building measures;
5. Protective immunity regime for civil spaceobjects and passive military uses of a non-destructive nature in outer space;
6. Implementation: monitoring and verification by an International Satellite Monitoring Agency; and
7. Codification of further legal standards of peaceful use of outer space.

The international community should not fall behind the peaceful purpose standards in the use of outer space that were respected by both major space powers even at the height of the Cold War era. The Outer Space Treaty, with its mankind clause and the peaceful purpose standard, has in a far-sighted manner laid the foundation for the establishment of a regime of common security in outer space in order to prevent the transgression towards active military uses of a destructive nature in outer space and to secure a peaceful future in the common space.

Building on its 50 years of successful experience in common security, Europe should take an initiative to present a proposal for a cooperative space security order that will be the basis for a "*pax cosmica*" in the interest of mankind as a whole. The 50th anniversary in 2007 of mankind's first endeavour in space, and the fortieth anniversary of the far-sighted Outer Space Treaty governing man's activity in space, would be an appropriate moment to launch such an initiative.

Panel 4: Begrenzungen bei konventionellen Waffen: Themen, Konzepte, Initiativen

Moderation: Prof. Horst Fischer, Universität Bochum, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Panel 4

Oberst i.G Hans-Werner Wiermann, Bundesministerium der Verteidigung

Der „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“, der KSE-Vertrag war und ist eine Erfolgsgeschichte der konventionellen Rüstungskontrolle. Jedes Jahr melden die Vertragsstaaten ihre Bestände in 5 Waffenkategorien. Sie werden in Inspektionen, 2006 fanden knapp 200 statt, nachvollziehbar überprüft.

Vom Atlantik bis zum Ural, können Inspektoren nahezu jedes vertraglich erfasste Waffensystem an nahezu jedem gewünschten Tag und fast überall in Augenschein nehmen. Und dadurch konnten wir feststellen, dass seit dem Ende des Kalten Krieges ca. 80.000 konventionelle Waffensysteme im Anwendungsgebiet reduziert wurden.

Die vertraglichen Obergrenzen sind heute von geringerer Bedeutung. Der Wert des KSE-Vertrags liegt in der weitreichenden Transparenz, die er bei allen Beständen wichtiger konventioneller Waffensysteme geschaffen hat. Er liegt in der Vertrauensbildung durch gegenseitige Inspektionen. Der KSE-Vertrag ist ein hochempfindlicher Seismograph für destabilisierende Entwicklungen, die wir derzeit alle nicht für wahrscheinlich halten. Die wir aber mit großer Zuverlässigkeit ganz früh detektieren könnten.

Es spricht für die rüstungskontrollpolitische Bedeutung des Vertrages, dass er immer noch mit großem Aufwand implementiert wird, obwohl er zweifelsohne in einigen Teilen rüstungskontrollpolitisch überholt ist.

Das Übereinkommen über die Anpassung des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa" (AKSE) vom 19. November 1999 schafft die vertragstechnischen Voraussetzungen, um die Anomalien aus der Geburtsstunde des KSE-Vertrags zu beseitigen. Es lohnt sich, politisches Kapital zu investieren, um dieses Standbein konventioneller Rüstungskontrolle in Europa zu erhalten und endlich alle Hürden für das Inkrafttreten der Vertragsanpassung zu beseitigen.

Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen haben sich in Europa bewährt. Größere Angriffe gegen europäische Staaten sind unwahrscheinlich geworden. Auch wenn der Ausbruch des Konflikts auf dem Balkan zeigt, dass der Krieg nicht vom Kontinent verschwunden ist. Weltweit sind seit 1990 fast vier Millionen Menschen – zu 90 % Zivilisten- in Kriegen ums Leben gekommen. In den meisten Fällen waren die Konflikte eher innerstaatlicher als zwischenstaatlicher Natur.

Die Europäische Sicherheitsstrategie formuliert fünf Hauptbedrohungen für unsere Sicherheit: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Re-

gionale Konflikte, Scheitern von Staaten und Organisierte Kriminalität.

Die immense Entwicklung der Informationstechnologie liefert nicht nur dramatische Bilder in „Echtzeit“ ins Wohnzimmer und setzt damit Politiker unter immensen Handlungsdruck. Sie erlaubt auch die verzugslose weltumspannende Organisation von Netzwerken, die sich gegen unsere Sicherheit richten. Terroristen machen davon ebenso Gebrauch, wie Kriminelle großen Kalibers. Hier ist Prävention gefordert

Die drastisch erweiterten schnellen Logistikkapazitäten zur Luft und zur See erleichtern nicht nur den Warenaustausch, sie erlauben auch den raschen, weltweiten Transport von Waffen, der nur schwer zu kontrollieren ist. Privatunternehmer betreiben heute Flotten von Großraumtransportflugzeugen. Die Zahl weltweit umgeschlagener Seecontainer erreicht ständig neue Rekordmarken.

Wir müssen sehen, dass die Welt erheblich unübersichtlicher geworden ist. Wir stehen heute vor völlig neuen Herausforderungen, was Fragen der Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle anbelangt. Lokale Krisen haben heute rasch globale Wirkungen.

Der Staat als natürlicher Träger eines kooperativen Rüstungskontrollansatzes hat heute nicht mehr in jedem Fall Durchgriffsmöglichkeiten auf sicherheitsgefährdende globale Akteure. Die sicherheitsgefährdenden Akteure selbst haben wiederum nur sehr selten Interesse an einem kooperativen Ansatz. Nicht zuletzt deswegen wird der „Präventivgedanke“ immer wichtiger.

Vor diesem Hintergrund biete ich Ihnen fünf Thesen zur Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle als Diskussionsbeitrag an:

1. These
Die Erfahrungen mit konventioneller Rüstungskontrolle in Europa sind gut. Der KSE-Vertrag bleibt neben dem Wiener Dokument rüstungskontrollpolitisches „Standbein“. Die seismographische Wirkung des KSE-Regimes sorgt für Stabilität. Aber auch die verbliebenen Waffensysteme sorgen für den Schutz der Bürger und für Stabilität, wenn sie z.B. im Rahmen friedenserhaltender Operationen eingesetzt werden. Ziel konventioneller Rüstungskontrolle kann daher nicht die vollständige Abschaffung von Waffen sein.

2. These
Das erfolgreiche Konzept kooperativer Rüstungskontrolle verbunden mit vertrauensbildenden Maßnahmen kann auch für andere Regionen sinnvoll sein. Staaten Südamerikas haben bereits Interesse signalisiert. Es sollte ein institutioneller Rahmen für den Erfahrungstransfer in andere Regionen z. B. auch nach Afrika oder Asien geschaffen werden. In jedem Fall ist die Kooperation zwischen den sicherheitspolitischen Institutionen zu verbessern; wie z.B.: VN, NATO,EU, OSZE, AU etc..

3. These
Über 30 mit massiver Gewaltanwendung ausgetragene Konflikte im letzten Jahr waren innerstaatlich. Diesen kann mit den klassischen multilateralen Regelwerken der Rüstungskontrolle unmittelbar nicht entgegengewirkt werden. Die vorhandenen rüstungskontrollpolitischen Strukturen können nur durch gemeinsames Handeln dazu beitragen, die weltweite Verfügbarkeit von konventionellen Waffen zu begrenzen und damit auch innerstaatliche Konflikte einzuhegen.

4. These
Die sicherheitspolitischen Foren sowohl in Europa als auch global schenken der konventionellen Rüstungskontrolle zurzeit wenig Aufmerksamkeit. Konventionelle Rüstungskontrolle muss attraktiver

werden, um wieder zum „Pflichtthema“ sicherheitspolitischer Foren weltweit zu werden. Dazu sollte einerseits der Erfahrungsaustausch über regionale Rüstungskontrollkonzepte gefördert werden. Andererseits sind neue globale Rüstungskontrollansätze erforderlich, die über ein reines Verbot bestimmter Waffen hinausgehen. Ausgangspunkt könnte der Versuch sein, weitreichende Transparenz der Waffenbestände und ihre Lagerorte zu schaffen, um dann regional oder global über ihre Verringerung zu verhandeln.

5. These

Der technologische Fortschritt sollte für konventionelle Rüstungskontrolle nutzbar gemacht werden. Waffen könnten mit einem detektierbaren Identifikationschip versehen werden, so dass der Aufenthaltsort einer Waffe jederzeit weltweit durch ein satellitengestütztes Identifikationssystem bestimmt werden kann. Viele Varianten des Kontrollregimes wären denkbar:

- Eine Stellgröße wäre z.B. die zu erfassenden Waffenkategorien.
- Zugang zu den Daten könnte von der Bereitschaft, die Kennzeichnungspflicht im eigenen Verantwortungsbereich auch durchzusetzen, abhängig gemacht werden.
- Exportregime könnten an die Kennzeichnungspflicht geknüpft werden: Nur Produzenten, die der Kennzeichnungspflicht nachkommen, dürfen Waffen exportieren.
- Es könnte ein Recht eingeräumt werden, unter bestimmten Rahmenbedingungen die Identifikationschips auszuschalten, z.B. um von den VN sanktionierte militärische Operationen durchzuführen.

Dieses satellitengestützte Arms-Tracking-Verification System (ATVC) für militärische Güter bietet sowohl Voraussetzungen für kooperative als auch für konfrontative Rüstungskontrollvarianten.

Thomas Gebauer, Medico International

In der Begründung für die Verleihung des Friedensnobelpreises 1997 an die „Internationale Kampagne zu Verbot von Landminen“ (ICBL) nannte das Norwegische Nobelkomitee die „Internationale Konvention zum Verbot von Anti-Personenminen“ sowie der Prozess zu ihrem Zustandekommen ein Modell für eine „neue aktive Friedenspolitik“. In diesem Jahr jährt sich die Unterzeichnung des „Ottawa-Vertrages“ zum zehnten Mal. Zeit darüber nachzudenken, was das „Neue“ sein könnte, das man in Oslo auszumachen meinte? Welche Bedeutung in dem Wörtchen „aktiv“ steckt? Und ob „Modell“ heißt, dass sich im „Ottawa-Vertrag“ richtungweisende Ideen für neue „politische und völkerrechtliche Handlungsoptionen“ ausdrücken, die „einer zukünftigen Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zugrunde gelegt werden können“, wie es in der Einladung zu diesem Forum heißt?

Schon ein erster Blick zeigt, dass mit dem Ottawa-Abkommen Bemerkenswertes verbunden ist: Erstmals ist ein Waffenverbot aufgrund öffentlichen Drucks beschlossen wurden. Erstmals wurde Völkerrecht unter Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen geschrieben. Und erstmals konnte ein Abrüstungsabkommen um humanitäre Verpflichtungen erweitert werden.

Bei näherer Betrachtung werden weitere interessante Aspekte deutlich. So der besondere Ausgangspunkt, der zur Ächtung von Minen geführt hat, aber auch die Art und Weise, wie sich die Öffentlichkeit engagiert hat, die völkerrechtlichen Pfade, die beschritten wurden, und schließlich die Reichweite der Ächtung, die selbst noch sog. „Non State Actors“ einzubinden vermag, die bekanntlich keine Völkerrechtssubjekte darstellen.

I. Integrierter Ansatz

Die Initiative für das Verbot von Landminen ging von gesellschaftlichen Kräften aus, die nicht zu den klassischen Akteuren im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören. Weder Militärs, noch Experten für Rüstungsfragen und auch nicht Friedensforscher haben den Prozess in Gang gesetzt, sondern entwicklungspolitisch tätige NGOs, Betroffene, Kriegsveteranen und Menschenrechtler. Das ist insofern von Bedeutung, als die ICBL in der Festschreibung neuer Völkerrechtsnormen immer nur ein Mittel gesehen hat - ein Mittel zur Aufhebung jener Gefahren, die von Minen auf Menschen und ihre Gesellschaften ausgehen. Für uns, die wir die Initiative ergriffen haben, stand außer Frage, dass zwar ein völkerrechtlich bindendes Verbots- und Kontrollregime notwendig sein würde, ohne begleitende politische und soziale Maßnahmen aber keine angemessene Antwort auf die von Minen ausgelöste humanitäre Katastrophe gefunden werden könne.

Diese besondere Perspektive spiegelt sich nicht zuletzt im Text des Ottawa-Abkommens selbst. Artikel 6 fordert alle Vertragsstaaten auf, neben Hilfen beim Räumen von Minen auch die notwendigen Mittel für die physische, soziale und wirtschaftliche Rehabilitation der Opfer bereitzustellen. Unter Mitwirkung der ICBL gelang die Formulierung eines Vertragswerkes, das neben einem Waffenverbot und Abrüstungsbestimmungen auch Grundsätze eines erweiterten humanitären Völkerrechts beinhaltet. Erstmals wurde der Erkenntnis Rechnung getragen, dass nachhaltige Friedenssicherung nur dort gelingt, wo auch die sozialen Folgeschäden von Krieg und Waffengewalt berücksichtigt werden. Die Entschädigung von Opfern ist keineswegs nur Nebensächlichkeit, sondern wesentlicher Teil von Konfliktbearbeitung und damit auch grundlegend für effektive Rüstungskontrolle. Das völkerrechtliche „Neuland“, die mit dem Ottawa-Vertrag beschritten wurde, wäre nicht möglich gewesen, wenn nur Militärs und Sicherheitspolitiker über das Verbot von Minen verhandelt hätten.

Zugleich hat die ICBL immer auch jene Waffen im Auge gehabt, die an die Stelle der verbotenen Anti-Personenminen treten könnten: Anti-Fahrzeugminen, Streumunition, sog. Nicht-tödliche Waffen. Bekanntlich erklären sich Kriege und Gewalt nicht alleine aus der Verfügbarkeit von Waffen, sondern haben soziale und politische Ursachen. Bleiben diese unangetastet, münden Waffenverbote meist nur in die Entwicklung von Alternativwaffen, die mitunter bedenklicher sein können, als die zuvor verbotenen. Rüstungskontrolle greift zu kurz, wenn sie nur die Modernisierung der Arsenale antreibt. Nicht die Perfektionierung von Kriegsführung ist gefragt, sondern zivile Konfliktbearbeitung und in diesem Kontext Konversion.

II. Zivilgesellschaftliche Partizipation

Weil effektive Rüstungskontrolle zugleich sozialer und politischer Eingriffe bedarf, kann sie nicht alleine die Angelegenheit von Militärs und Sicherheitsexperten sein. Notwendig ist ein möglichst breit angelegtes zivilgesellschaftliches Engagement, wie es in der ICBL exemplarisch zum Ausdruck gekommen ist. Kofi Annan sprach einmal von der „erfolgreichsten Bürgerbewegung der Welt“.

Zwar sind partizipative Prozesse meist mühsamer und dauern in der Regel auch länger, führen aber zu Ergebnissen, die schon deshalb nachhaltiger sind, weil sie so etwas wie öffentliche „ownership“ beanspruchen können. Das Minen-Verbot ist auch deshalb effektiv, weil Minen – salopp gesprochen – öffentlich derart unten durch sind, dass selbst ehemalige Produzenten heute behaupten, nie Minen hergestellt zu haben.

Und so liegt die Bedeutung des Ottawa-Vertrages auch darin, dass sich in ihm eine über alle Grenzen hinweg entstandene internationale Öffentlichkeit spiegelt, die nicht nur kritisches Unbehagen formulierte, sondern jene Kraft entfaltete, die rechtlich bindende Entscheidungen durchzusetzen vermochte und nun über deren Einhaltung wacht. Der alljährlich von NGOs vorgelegte „Landmine-Monitor“, ein bald tausendseitiges Werk, berichtet im Detail über Stand und Einhaltung des Vertrages. So steht die ICBL durchaus exemplarisch für eine sich im transnationalen Raum neu herausbildende Öffentlichkeit, ohne die eine demokratische Gestaltung der globalisierten Verhältnisse nicht möglich ist.

III. Free standing negotiations

Das Ottawa-Abkommen ist das Ergebnis von „free standing negotiations“, die außerhalb des UN-Geschehens zwischen gleich gesinnten Ländern geführt wurden. Nur auf diesem Wege schien die Ächtung von Minen möglich, nachdem 1996 die Konferenz zur Überprüfung des Zweiten Protokolls der UN-Waffenübereinkunft (CCW-Convention) aufgrund der Blockade einzelner Staaten weitgehend gescheitert war. Anfangs auf Initiative der ICBL, dann auf Einladung einzelner Länder trafen sich die sog. „like minded states“ zu einer Serie von Konferenzen, um einzelne Aspekte eines möglichen Minen-Verbotes zu verhandeln. Diesen Prozess wurde nicht zuletzt von Bundesregierung vorangetrieben, als sie ein unilaterales Verbot von Anti-Personenminen erließ und sich für ein effektives Verifikations- und Kontrollregime stark machte.

Dem Verbot von Anti-Personenminen, das im Dezember 1997 im kanadischen Ottawa von 121 Ländern unterzeichnet wurde, sind unterdessen 155 Staaten beigetreten. 152 haben ihre Ratifizierungsinstrumente beim UN-Generalsekretär, der als Depositar fungiert, hinterlegt.

Zwar konnte mit dem „Ottawa-Abkommen“ kein universelles Verbot erreicht werden, doch stehen heute auch solche Länder unter Druck, deren Armeen noch über Minen verfügen. Die Bilanz: Über 30 Mio. Minen aus Lagerbeständen sind vernichtet worden; die Zahl der Produzenten konnte drastisch gesenkt werden; der grenzüberschreitende Handel mit Anti-Personenminen ist gänzlich zum Erliegen gekommen; und über 2 Mrd. Dollar wurden für Minenräumprogramme zur Verfügung. Auch wenn noch immer Opfer zu beklagen ist, konnte der Trend doch umgekehrt werden. Langsam kehrt in ehemals von Minen verseuchte Gebiete das Leben zurück, und das ist es, was aus humanitärer Sicht zählt.

Mit dem Ottawa-Vertrag haben sich „free standing negotiations“ als geeignetes Instrument empfohlen, um in festgefahrene Verhandlungen Bewegung zu bringen. Zu überlegen ist, ob auch im Falle anderer Waffensysteme einen solchen Weg einzuschlagen ist. Gerade ist in Oslo eine Konferenz von „like-minded states“ und NGOs zum Thema Streubomben und Streumunition zu Ende gegangen, und selbst im Kontext der Sicherstellung einer an öffentlichen Interessen ausgerichteten Erforschung von Medikamenten ist kürzlich von der Notwendigkeit eines „Ottawa-Prozesses“ gesprochen worden.

IV. Non-State-Actors - Geneva Call

Bekanntlich sind Minen gerade auch von „Non State Actors“ eingesetzt worden. Einige, darunter Befreiungsbewegungen und bewaffnet kämpfende Oppositionskräfte, aber auch de-facto Regierungen wie in Afghanistan, Somaliland und Kurdistan-Irak haben zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Ottawa-Abkommens ihrerseits die Bereitschaft bekundet, Minen verbieten zu wollen.

Für die Staatenwelt lag darin ein Dilemma. Im Sinne der Universalisierung eines Minen-Verbotes wäre es durchaus wün-

schenswert gewesen, wenn alle Akteure förmlich auf Minen verzichtet hätten. Doch können NSA per definitionem keine Vertragspartner von internationalen Verträgen, Rechtssprechungen und anderen Mechanismen, die exklusiv Staaten vorbehalten sind, werden. Zudem war die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass Übereinkommen mit NSA die eh schon prekäre Auflockerung von Souveränität nur noch vorantreiben und den Kern von Staatlichkeit unterminiert würde.

Um NSA dennoch ein förmliches Minenverbot zu ermöglichen, entstand eine neue internationale NGO, der „Geneva Call", der 2000 unter Schweizer Recht gegründet wurde. Seitdem können sich auch NSA in aller Welt zur Einhaltung humanitärer Normen und zu einem vollständigen Verbot von Anti-Personenminen verpflichten. Als Verwahrer der Erklärungen, die den Ratifizierungsinstrumenten im Völkerrecht vergleichbar sind, fungiert die „Regierung der Republik und des Kanton Genf". Neben der Ächtung von Einsatz, Produktion, Lagerhaltung und Transfer von Minen verpflichten sich die Signatar-Gruppen zu einem Zusammenarbeit bei der Zerstörung von Lagerbeständen, der Minenaufklärung, der Minenräumung und andere Aktivitäten zur Reduzierung der Minengefahren. Dem „Geneva Call" beitretende NSA räumen unabhängigen internationalen Organisationen, die mit dem „Geneva Call" zusammenarbeiten, darüberhinaus das Recht zu Kontroll- und Verifikationsmaßnahmen ein. Diese umfassen ein herkömmliches Berichtswesen, aber auch Inspektionsbesuche vor Ort.

31 bewaffnete Gruppen aus Burma, Burundi, Indien, Irak, den Philippinen, Somalia, dem Sudan, Türkei and Western Sahara haben bis heute ihre Erklärungen in Genf hinterlegt. So schwierig es ist, Kriegparteien gerade in Zeiten laufender Kampfhandlungen zu Rüstungskontrollen zu bewegen, so bemerkenswert sind die Ergebnisse. Heute ist der „Geneva Call" imstande, die Einhaltung der Verpflichtungen zu überwachen, in Gegenden, die unter Kontrolle von NSA stehen, für die Ächtung von Minen zu werben und dabei auch lokale Zivilgesellschaften über das Monitoring zu fördern und schließlich bei der Zerstörung von Lagerbeständen zu helfen.

Prof. Owen Greene, Bradford University

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Dr. Simone Wisotzki, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Die jüngsten Statistiken zum weltweiten Konfliktgeschehen zeigen einen hoffnungsvollen Trend: Die Zahl der großen Kriege mit mehr als 1.000 Toten hat sich reduziert, insgesamt ist die Zahl der bewaffneten Konflikte seit 1992 um mehr als 40 Prozent zurückgegangen. Doch auch wenn das Kriegsaufkommen und die Opferzahlen rückläufig sind, so ist es doch kennzeichnend für die Konflikte des 21. Jahrhunderts, dass gezielt gegen die gegnerische Zivilbevölkerung vorgegangen wird, es eine Vielzahl von Konfliktparteien gibt und die Konflikte lange auf niedriger Intensität andauern. Die Wahl der Gewaltmittel – vor allem der Einsatz von Landminen und Streubomben - trifft die Zivilbevölkerung und erschwert auch nach Beendigung der Kampfhandlungen den Wiederaufbau des Landes. Normierungsbemühungen im Rahmen des humanitären Völkerrechts können nur der ein erster Schritt auf dem Weg eines umfassenden Verbots dieser Waffen sein. Gerade im Fall der Streubomben erscheint es überlegenswert, ob eine solche Initiative nach dem Vorbild des Ottawa-Prozesses gestaltet werden könnte. Auch der Weg des Anti-Personenminenverbots

führte über unilaterale Moratorien und der staatliche Verzicht auf diese Waffen.

Die Problematik der globalen Kleinwaffenproliferation gestaltet sich anders. Eine Ächtung dieser Waffen gilt aufgrund der legitimen Sicherheitsinteressen der Staaten als unwahrscheinlich. In Konfliktzonen sind Kleinwaffen zwar keine unmittelbare, aber doch eine sekundäre Kriegsursache, da ihre unkontrollierte Verbreitung zur gewaltsamen Eskalation bestehender Konflikte beiträgt. Verbleiben die Waffen in Nachkriegsgesellschaften, sind Friedensschlüsse gefährdet und Gewalt allgegenwärtig, wie sich gegenwärtig an den Beispielen im Irak und Afghanistan zeigt. Im globalisierten Kleinwaffenhandel lässt sich die Nachfrage nach Kleinwaffen stets befriedigen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung stehen vor der beträchtlichen Herausforderung, zugleich Antworten auf die Problematik des globalisierten, teilprivatisierten Kleinwaffenhandels finden als auch der Nachfrage nach diesen Waffen in den Krisen- und Konfliktzonen entgegen zu steuern. Doch gerade dort stoßen die gängigen Formen der Rüstungskontrolle und Abrüstung an ihre Grenzen, denn sie setzen eine funktionsfähige Staatlichkeit und ein vorhandenes staatliches Gewaltmonopol voraus. Die neuen Formen der humanitären Rüstungskontrolle bilden gleichsam ein Komplexprogramm. Sie müssen die unkontrollierte Weiterverbreitung der Waffen verhindern, aber gleichzeitig auch Steuerungsstrukturen (governance) schaffen, die den Staat in Teilbereichen, wie etwa der Ausarbeitung nationaler Gesetzgebung und deren Durchsetzung, überhaupt erst wieder handlungsfähig macht. Dort, wo fehlende Staatlichkeit zur Ursache des Proliferationsproblems wird, führt der Umweg nicht selten über die Zivilgesellschaft, die sich im Kampf gegen Kleinwaffengewalt engagiert.

Forschungsergebnisse verweisen auf die Wechselwirkung, die zwischen zwischen Staatsversagen und Waffenerhältlichkeit in Transitionsstaaten besteht. Während die „failing states“ die Sicherheit ihrer Bürger nicht mehr gewährleisten können und diese beginnen, sich zu bewaffnen, schwächt dies den Staat noch weiter, zumal wenn sich gewaltsamer Widerstand gegen die oftmals klientelistischen Regime organisiert. Anarchische Strukturen durch staatliches Machtvakuum lassen die Nachfrage nach preiswerten Kleinwaffen steigen - dies führt in in den Konfliktregionen Afrikas zu einer schleichenden Militarisierung der Gesellschaft und erhöht das Risiko, dass vorhandene oder entstehende Konflikte gewaltsam eskalieren. Als primäre Konfliktursachen sind neben der fragilen Staatlichkeit auch Multiethnizität von Gesellschaften, die wirtschaftliche Unterentwicklung, aber auch das Aufkommen plünderbarer Ressourcen wie Diamanten oder Koltan zu benennen. Konflikte in den Nachbarstaaten erhöhen das Risiko, in Kriegshandlungen verwickelt zu werden. Das Zusammenspiel der verschiedenen Konfliktursachen vermag sich im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzung verändern: Oftmals gewinnen ökonomistische Erklärungsansätze an Bedeutung und werden für die Kleinwaffenproblematik relevant. So benötigen „Kriegsökonomien“ einen direkten Zugang zum Weltmarkt, um Absatzmärkte für die Rohstoffe zu schaffen und die eigene Nachfrage nach Kleinwaffen zu befriedigen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung stehen vor der Aufgabe, diesen Gesamtkomplex der Ursachen für die Nachfrage und die Angebote an Kleinwaffen zu berücksichtigen. Das Kleinwaffenaktionsprogramm von 2001 zielt in seiner politisch verbindlichen Form genau darauf ab: In seinem umfassenden Ansatz will es der unkontrollierten Kleinwaffenproliferation sowohl präventiv wie reaktiv begegnen. Alle Staaten sind beispielsweise aufgefordert, sich einen Überblick über die Waf-

fenbestände von Polizei und Streitkräften zu verschaffen, diese zu kontrollieren und überschüssige Bestände zu vernichten. Nationale Gesetzgebungen sollen erlassen werden, die die nicht autorisierte Herstellung, den Handel und den Transfer von Kleinwaffen unter Strafe stellen, um auf diese Weise zu verhindern, dass Kleinwaffen in den illegalen Kreislauf gelangen. In Nachkriegssituationen empfiehlt das Kleinwaffenaktionsprogramm die Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten – Entwaffnungsaktionen sollen verbunden mit entsprechenden entwicklungspolitischen Anreizen sicherstellen, dass diese Waffen nicht in den Privatbesitz gelangen. Auch auf regionaler Ebene sollen Maßnahmen der Rüstungskontrolle die Harmonisierung gesetzlicher Bestimmungen etwa zum Kleinwaffentransfer erreichen.

Das Kleinwaffenaktionsprogramm trägt der Komplexität des Problemfeldes also durchaus Rechnung, doch bleibt es in seiner Effektivität eingeschränkt, weil es nur als politisch verbindliches Instrument ausgehandelt worden ist. Immerhin zeigte sich auf den zwei Implementierungstreffen 2003 und 2005, dass die große Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft für die Herausforderungen der unkontrollierten Kleinwaffenproliferation sensibilisiert worden und dazu übergegangen ist, nationale Praktiken zu überprüfen und zu verbessern. Dennoch ist es auch auf der Überprüfungskonferenz 2006 nicht gelungen, wichtige Lücken des Aktionsprogramms zu schließen und eventuell sogar rechtlich verbindliche Abkommen folgen zu lassen. Bislang sind legale Kleinwaffentransfers selbst an nicht-staatliche Akteure aus dem Normierungskatalog des Aktionsprogramms ebenso ausgeklammert wie Regulierungen zum privaten Waffenbesitz – auch verbindliche Standards zur Kontrolle von Munition fehlten bislang. Über den Umweg mehrerer Resolutionen im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung gelang es im Herbst vergangen Jahres, zumindest eine Expertengruppe für ein globales Waffentransferabkommen (Arms Trade Treaty) sowie zur Munitionskontrolle zu beschließen. Auch die alle zwei Jahre stattfindenden Staatentreffen – der einzige Verifikations- und Compliance-Mechanismus des Aktionsprogramms– konnten über eine UNGA-Resolution gerettet werden.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung des Kleinwaffenaktionsprogramms machen deutlich, dass auch die neuen Formen der humanitären Rüstungskontrolle an ihre Grenzen stoßen, obwohl fragilen Staaten technische wie finanzielle Hilfe bei der Umsetzung der Abkommen angeboten werden und die Zivilgesellschaft aktiv miteinbezogen wird. Die Gründe hierfür sind unterschiedlicher Natur und sollen im folgenden abschließend erläutert werden.

- Dem Kleinwaffenaktionsprogramm fehlt es an Durchsetzungskraft, auch weil einflussreiche Staaten es nur halbherzig unterstützen. Immer wieder gelangen legal gehandelte Waffen in die Illegalität und es unterlaufen selbst Demokratien ihre eigene Exportkontrollgesetzgebung. Ob ein effektives Abkommen zur Regulierung des konventionellen Waffenhandels im UN-Verhandlungssystem zu erreichen sein wird, bleibt abzuwarten.
- Die Rüstungskontrolle von Kleinwaffen stößt auch deshalb an ihre Grenzen, weil in Regionen fragiler Staatlichkeit erst die Voraussetzungen für die Umsetzung des Kleinwaffenaktionsprogramms geschaffen werden müssen. Dabei bleibt die präventive Rüstungskontrolle ein wichtiges Element der Konfliktverhinderung. Globale wie regionale Rüstungskontrollabkommen setzen Staatlichkeit voraus, dass heißt ein rechtsstaatliches Gewaltmonopol und ein Staatswesen, das die Sicherheit und die Wohlfahrt seiner Bürger in den

Mittelpunkt des eigenen Handelns stellt. In zahlreichen der vom „Fund for Peace“ identifizierten 60 unsichersten Staaten der Welt sind diese und andere Elemente eines funktionierenden Staatswesens abhanden gekommen.

- Dies verdeutlicht, dass die Ursachen vor allem für die Nachfrage, aber auch für die Angebote an Kleinwaffen jenseits dessen zu finden sind, was Rüstungskontrolle und Abrüstung zu leisten vermögen. Um zur effektiven Minimierung des globalen Kleinwaffenaufkommens beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent beizutragen, müssen Rüstungskontrolle und Abrüstung in den größeren Kontext von nachhaltiger Entwicklung, menschlicher Sicherheit und Demokratisierung gestellt werden. Nationale Aktionspläne zur Kleinwaffenproblematik müssen integrativer Bestandteil umfassenderer Strategiepläne zur Armutsbekämpfung, aber auch zum umfassenden Aufbau von Staatlichkeit werden. Um der Transnationalisierung und Ökonomisierung von Krieg und Gewalt zu begegnen und organisierte Kriminalität einzuhegen, müssen auf internationaler Ebene neue Wege beschritten werden. Beispielhaft ist hierfür das LICUS-Programm der Weltbank: Zur Kontrolle der natürlichen Rohstoffquellen in fragilen Staaten sind Staaten aufgefordert, Transparenz in der Verwendung der Einnahmen zu gewährleisten und über deren Verwendung in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu entscheiden.

Panel 5: Handlungsoptionen für eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle und Abrüstung

Moderation: Gero von Randow, DIE ZEIT

Panel 5

Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Uta Zapf, Mitglied des Bundestags, Vorsitzende Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Patricia Lewis, Leiterin des United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR)

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Rose Gottemoeller, Carnegie Endowment for International Peace, Moskau

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Schlusswort von Botschafter Friedrich Gröning, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

Friedrich Gröning

(*wegen eines Defekts bei der Aufzeichnung der Veranstaltung ist dieser Beitrag leider verloren gegangen*)

Panelistinnen und Panelisten

Hans Blix: Vorsitzender der Weapons of Mass Destruction Commission, der sogenannten „Blix-Kommission“, in Stockholm. Hans Blix arbeitete von 1963 bis 1981 im schwedischen Außenministerium, wo er unter anderem von 1976 bis 1978 als Staatssekretär für internationale Entwicklungszusammenarbeit und von 1978 bis 1979 als schwedischer Außenminister tätig war. Er war von von 1981 bis 1997 Direktor der internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEO) und vom Januar 2000 bis Juni 2003 Chef der UN-Rüstungskontroll-kommission (UNMOVIC). Hans Blix studierte an der Universität Uppsala und an der Columbia University und promovierte an der Cambridge University. Darüber hinaus lehrte er als außerordentlicher Professor Internationales Recht an der Universität Stockholm.

Michael Brzoska: Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) seit Februar 2006. Michael Brzoska war Anfang der 1980er Jahre als Projektmitarbeiter am IFSH beschäftigt, bevor er von 1983 bis 1986 am Stockholm Inter-national Peace Research Institute arbeitete. Von 1986 bis 1994 war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung der Universität Ham-burg tätig, bevor er von 1994 bis 2006 als Forschungsleiter und stellvertretender Direktor am Bonn International Center for Conversion (BICC) war. Michael Brzoska studierte Volkswirt-schaftslehre und politische Wissenschaften an den Universitäten Hamburg und Fribourg/ Schweiz und promovierte und habilitierte an der Universität Hamburg.

Peter Johannes Croll: Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC) seit 2001. Nach Mitarbeit in internationalen Unternehmen in Deutschland und Holland arbeitete er als Berater für industrielle Entwicklung in der Wirtschaftskommission für Lateinamerika, Economic Commission for Latin America (ECLA). Seit Anfang der 80er Jahre war Peter J. Croll für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in verschiedenen Leitungsfunktionen im In- und Ausland tätig. Peter J. Croll ist Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VdW) und u.a. Mitglied im Beirat des Aktionsplans “Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung” der Bundesregierung sowie im Internationalen Beirat des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF). Peter J. Croll studierte Ökonomie und Sprachen in Giessen und Germersheim.

Gernot Erler: Seit 1987 Mitglied des Bundestages und seit November 2005 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Zuvor war Gernot Erler von 1994 bis 1998 Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle und von 1998 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender für Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Entwicklungspolitik in der SPD-Fraktion. Vor seiner politischen Karriere war er von 1969 bis 1979 als wissenschaftlicher Assistent und Mitarbeiter am Seminar für osteuropäische Geschichte der Universität Freiburg und von 1980 bis 1987 als Verlagsleiter in Freiburg tätig. Darüber hinaus ist er Vorsitzender des Deutsch-Bulgarischen Forums, der Deutsch-Kasachischen Gesellschaft und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft. Gernot Erler studierte Geschichte, slawische Sprachen und Politik an der FU Berlin und der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg.

Horst Fischer: Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedens-

sicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) an der Ruhr-Universität Bochum. Außerdem ist Horst Fischer Professor für Humanitäres Völkerrecht der Universität Leiden/Niederlande und außerordentlicher Professor an der Columbia University in New York. Neben seinen zahlreichen beratenden Tätigkeiten für nationale Ministerien, internationale und Nichtregierungsorganisationen, wie dem Inter-nationalen Roten Kreuz oder Amnesty International, ist er Präsident des Network on Humani-tarian Assistance in Brüssel, des European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation in Venedig und des Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konflikt-bearbeitung in Berlin sowie Herausgeber des Yearbook of International Humanitarian Law.

Mark Fitzpatrick: Direktor des Nichtverbreitungsprogramms des International Institute for Strategic Studies in London seit Oktober 2005. Zuvor war Mark Fitzpatrick 26 Jahre lang im US-Außenministerium tätig, wo er sich die letzten zehn Jahre hauptsächlich Fragen der Nichtverbreitung widmete. Auf den verschiedenen Posten war er unter anderem mit den Atomprogrammen von Iran und Nordkorea, der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA), Exportkontrollprogrammen und der Implementation Proliferation Security Initiative beschäftigt. Studium an der Kennedy School of Government an der Harvard University und Promotion am Japanese National Institute of Defense in Tokio.

Thomas Gebauer: Geschäftsführer der sozialmedizinischen Entwicklungshilfe und Menschenrechtsorganisation medico international. Nach Abschluss eines Psychologie-Studiums begann er 1979 seine Tätigkeit für medico international, zunächst im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, später als Leiter der Projektabteilung. Zu den Arbeitschwerpunkten von Gebauer zählen Advocacy und International Campaigning in den Bereichen globale Gesundheit, psychosoziale Versorgung und der Unterstützung von Kriegsversehrten. Er war 1991 Mitbegründer der später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten „Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen“.

Annalisa Giannella: Beauftragte für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Seit 1994 beschäftigt sich Annalisa Giannella mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zunächst als Abteilungsleiterin für Sicherheitsfragen und ab 1999 als Direktorin für Sicherheits- und Verteidigungspolitik beim Rat der Europäischen Union. Von 2002 bis 2003 war sie als stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Konvents tätig. Studium der politischen Wissenschaften.

Rose Gottemoeller: Seit Januar 2006 Direktorin des Moscow Center der Carnegie Endowment for International Peace. Bevor sie im Oktober 2000 zur Carnegie Endowment wechselte, arbeitete Rose Gottemoeller drei Jahre im US-Energieministerium, wo sie zuletzt stellvertretende Staatssekretärin für die Nichtverbreitung von Atomwaffen war. Zuvor war sie stellvertretende Direktorin des International Institute for Strategic Studies in London und von 1993 bis 1994 für den Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus aktiv. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören neben der Verteidigungs- und Rüstungspolitik Russlands und der andern postsowjetischen Staaten vor allem Fragen der atomaren Sicherheit und Stabilität, der Nichtverbreitung von Atomwaffen und Rüstungskontrolle.

Owen Greene: Direktor des Centre for International Cooperation and Security

an der University of Bradford. Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Karriere war Owen Greene zuvor beim Department for Peace Studies an der University of Bradford und an der Open University in Milton Keynes tätig. Des Weiteren absolvierte er Forschungsaufenthalte in der Abteilung für angewandte Mathematik am Indian Institute of Science in Bangalore und am Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind dabei Konfliktforschung und –prävention, post-conflict peace-building, Sicherheitsfragen und Abrüstung und Rüstungskontrolle (insb. Kleinwaffen). Owen Greene studierte Mathematik und Physik an der Bristol University und promovierte in Theoretischer Physik am Imperial College der London University.

Friedrich Gröning: Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Aüstungskontrolle und Leiter der Abteilung für Abrüstungsfragen im Auswärtigen Amt. Friedrich Gröning trat 1973 in den Auswärtigen Dienst ein und besetzte seitdem mehrere Posten im Auswärtigen Amt, darunter die stellvertretende Leitung des NATO-Referats und die Leitung des Mittelmeerreferats. Darüber hinaus war er von 1982 bis 1985 als Referent für Ost-West-Beziehungen und Sicher-heitspolitik im Bundeskanzleramt und von 1999 bis 2002 als Botschafter in Costa Rica tätig. Außerdem war er 1998 bis 1999 Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University. Friedrich Gröning studierte Rechtwissenschaften und Geschichte in München, Bonn und Köln.

Arnd Henze: Seit Mai 1992 außenpolitischer Fernsehredakteur und Reporter beim WDR. Arnd Henze ist zuständig für die redaktionelle Betreuung der ARD-Studios Washington, New York und Moskau. Zahlreiche Dokumentationen, Reportagen und Sondersendungen wurden von ihm redaktionell verantwortet. Neben seiner journalistischen Tätigkeit leitet er das „Dellbrücker Forum“, eine politische Diskussionsveranstaltung der Evangelischen Kirche, in der aktuelle außen-, innen- und gesellschaftspolitische Streitfragen thematisiert werden. Über das „Dellbrücker Forum“ hinaus wird Arnd Henze häufig als Moderator zu internationalen Konferenzen eingeladen.

Theresa Hitchens: Direktorin des Center for Defense Information (CDI) in Washington. Zuvor arbeitete Theresa Hitchens von 1988 bis 2000 als Journalistin, unter anderem als Herausgeberin und Chefin des Brüsseler Büros der Zeitschrift Defense News und als Expertin für Verteidigungspolitik bei Inside Washington Publishers. Zuletzt war sie als Forschungsdirektorin des British American Security Information Council tätig, einer in London und Washington beheimateten Denkfabrik. Neben Ihrer Funktion als CDI-Direktorin ist sie außerdem Mitherausgeberin des Bulletin of the Atomic Scientists und Mitglied der Vereinigung Women in International Security und des International Institute for Strategic Studies.

Patricia Lewis: Leiterin des Genfer UN-Instituts für Abrüstungsforschung (UNIDIR). 1989/90 untersuchte Patricia Lewis als britische Regierungsexpertin die Rolle der Vereinten Nationen in der internationalen Rüstungskontrolle. Sie arbeitete außerdem am Bericht der Canberra-Kommission zur Eliminierung von Atomwaffen mit und gehörte 1998/98 dem Tokio-Forum zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und Abrüstung an. Von 2004 bis 2006 war Patricia Lewis Mitglied der Weapons of Mass Destructions Commission. Darüber hinaus ist sie Mitglied im internationalen Beratungs-gremium des Bonn International Center for Conversion (BICC) und engagiert sich in der Wissenschaftlervereinigung Scientists for Glo-

bal Responsibility. Studium der Physik an der University of Manchester und anschließende Promotion in Kernphysik an der University of Birmingham.

Rüdiger Lüdeking: Stellvertretender Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und stellvertretender Leiter der Abteilung für Abrüstungsfragen im Auswärtigen Amt. Zuvor war Rüdiger Lüdeking, der seit 1980 im Auswärtigen Dienst tätig ist, unter anderem stellvertretender Leiter des Referats für Sicherheit und Rüstungskontrolle in Europa und Leiter der Referate für konventionelle Rüstungskontrolle und für nukleare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Darüber hinaus war er Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Verifizierung bei den Genfer Chemiewaffenverhandlungen 1989 bis 1990. 1996 absolvierte er einen Lehrgang am Royal College of Defence Studies in London. Rüdiger Lüdeking studierte Geographie, Englisch und Philosophie an der Universität Düsseldorf.

Harald Müller: Geschaftführendes Vorstandsmitglied und Leiter der Forschungsgruppe Rüstungskontrolle und Abrüstung bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Seit 1999 Professor für Internationale Beziehungen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. und seit 1984 Gastprofessor am Center for International Relations der Johns Hopkins University in Bologna. Von 1984 bis 1986 leitete Harald Müller die Abteilung für Sicherheitspolitik am Centre for European Policy Studies in Brüssel. Von 2004 bis 2005 war er Mitglied der Expertengruppe zur Stärkung des Nonproliferations-Regimes der IAEA und 2004 Vorsitzender des Beratungsausschusses zu Abrüstungsfragen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Studium und Promotion an der Universität Frankfurt und Habilitation in Politikwissenschaften an der TH Darmstadt.

Götz Neuneck: Wissenschaftlicher Referent und Leiter der Interdisziplinären Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) seit 1989. Seit 2001 unterrichtet Götz Neuneck im Masterstudiengang "Peace and Security Studies". Er ist Mitglied des Vorstandsrates der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG), Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Physik und Abrüstung" der DPG und Pugwash-Beauftragter des Verbandes Deutscher Wissenschaftler (VDW) sowie Mitglied des Council der Pugwash Conferences on Science and World Affairs. Götz Neuneck ist Physiker und promovierte an der Universität Hamburg im Fachbereich Mathematik.

Smita Purushottam: Indische Diplomatin und seit 2007 stellvertretende Leiterin der Indischen Botschaft in Deutschland. Davor arbeitete Smita Purrushottam als politische Referentin bei der High Commission of India in London. Von 2000 bis 2001 war sie Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University, wo sie sich hauptsächlich mit Fragen der Liberalisierung der indischen Wirtschaft und dem Prozess ihrer Integration in die regionale und globale Wirtschaft beschäftigte. Bis dahin leitete sie als Direktorin die South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) im indischen Außenministerium.

Gero von Randow: Seit 2004 Mitbegründer und -herausgeber des Wissenschaftsmagazins ZEIT WISSEN und seit 2005 Chefredakteur von ZEIT online. Nachdem er von 2001 an das Wissenschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung aufbaute, kehrte Gero von Randow 2003 ins Politikressort der ZEIT zurück, wo er bereits vorher in den Ressorts Wissen und Politk als Redakteur tätig war. Zuvor arbeitete er von 1988 bis 1992 als freier Wissen-

schafts-journalist, wandte sich seitdem aber immer mehr politischen und gesellschaftlichen Themen zu. 2006 veröffentlichte er zusammen mit Ulrich Ladurner sein letztes Buch *Die iranische Bombe*. Er wurde 1992 als Reporter der Wissenschaft ausgezeichnet und erhielt unter anderem 2003 den European Science Writers Award. Gero von Randow studierte Jura in Hamburg.

Volker Rittberger: Seit 1973 Professor für Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Tübingen und Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Von 1971 bis 1973 war Volker Rittberger als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung beschäftigt. Neben seiner Tätigkeit an der Universität Tübingen übte er zahlreiche Lehr- und Forschungsaufträge an anderen Universitäten aus, darunter die Stanford University in den USA, das St. Antony's College in Oxford, die New School University in New York und das Institut d'Etudes Politiques in Paris. Darüber hinaus engagiert er sich in zahlreichen Ämtern in der wissenschaftlichen Politikberatung und Selbstverwaltung. Volker Rittberger studierte Jura und Politikwissenschaft an den Universitäten Freiburg und Genf und promovierte im Fach Politikwissenschaft an der Stanford University.

Douglas Roche: Autor, Parlamentarier und Diplomat, der sich in seiner 34jährigen Karriere auf Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik spezialisiert hat. Douglas Roche war Senator, Abgeordneter im kanadischen Parlament, kanadischer Botschafter für Abrüstung und Gastprofessor an der University of Alberta. 1988 wurde er bei der 43sten Generalversammlung zum Vorsitzenden des United Nations Disarmament Committee gewählt. Herr Roche ist Vorsitzender der Middle Powers Initiative, einem internationalen Netzwerk von acht auf Fragen der nuklearen Abrüstung spezialisierten Nichtregierungorganisationen. Er ist darüber hinaus Mitglied des Pugwash Councils, der 1995 den Friedensnobelpreis für seine Verdienste für die nukleare Abrüstung gewann.

Reinhard Silberberg: Seit März 2006 Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Vorher leitete Reinhard Silberberg von 1998 bis 2005 im Bundeskanzleramt die Abteilung Europapolitik. Zuvor war er im Rahmen des Auswärtigen Dienstes, in den er 1978 eintrat, auf mehrenen Posten im In- und Ausland aktiv, darunter unter anderem als Leiter der Arbeitsstäbe für die Erweiterung der Europäischen Union und für die EU-Regierungskonferenz (Amsterdamer Vertrag), als stellvertretender Leiter des Referats Europäische Grundsatzangelegenheiten, als politischer Referent bei der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel sowie an den Botschaften in Guatemala und in Dhaka, Bangladesch. Reinhard Silberberg studierte von 1972 bis 1977 Sozialwissenschaften, Philosophie und Romanistik.

William Walker: Seit 1996 Professor an der School of International Relations an der University of St Andrews, Schottland. Zuvor war William Walker lange in der Science Policy Research Unit der University of Sussex tätig, in der er zuletzt die Position des Forschungsdirektors innehatte. Ursprünglich als Elektroingenieur ausgebildet, widmete er sich in seiner akademischen Karriere vor allem technolo-gischen Innovationen, der Energiepolitik, der Militärindustrie und atomaren Fragen in den internationalen Beziehungen. In den letzten Jahren machte er sich dabei insbesondere auf dem Gebiet der Nuklearwaffenkontrolle und der Nichtweiterverbreitungsregime sowie in der Analyse der indischen Atompolitik einen Namen.

Hans-Werner Wiermann: Oberst im Generalstab und seit 2004 Stellvertretender Stabsabteilungsleiter für Militärpolitik und Abrüstung im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin. Zuvor war Hans-Werner Wiermann unter anderem Referent im Führungsstab der Streitkräfte für die Implementierung konventioneller Rüstungskontrollabkommen und das Chemiewaffenübereinkommen und im Auswärtigen Amt für Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der Implementierung und Weiterentwicklung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa. Darüber hinaus absolvierte er 1993 einen Lehrgang am British Army Staff College in Camberley. Er trat 1976 in die Bundeswehr ein und schloss 1990 seine Generalstabausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ab. Hans-Werner Wiermann studierte Elektrotechnik und Nachrichtentechnik an der Bundeswehrhochschule Hamburg.

Simone Wisotzki: Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Rüstungskontrolle und Abrüstung bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) seit 2001. Zuvor war Simone Wisotzki von 1997 bis 2001 Promotionsstipendiatin der HSFK. Darüber hinaus ist sie Mitbegründerin des International Action Network On Small Arms (IANSA) sowie Frauenbeauftragte und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK). Simone Wisotzki studierte Politikwissenschaften, Anglistik sowie Mittlere und Neuere Geschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., an der sie 2001 auch promovierte.

Detlev Wolter: Völkerrechtler, Diplomat und Abrüstungsspezialist. Vizepräsident des Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle der 60. VN-Generalversammlung. Zur Zeit ist Detlev Wolter Leiter des Referats Grundsatzfragen der EU-Politik, Europarecht in der brandenburgischen Staatskanzlei. Zuvor war er für das Auswärtige Amt unter anderem als politischer Berater in der ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen, als Referatsleiter in der Europaabteilung in Berlin und als politischer Referent in der ständigen Vertretung bei der Europäischen Union und der Botschaft in Moskau tätig. Darüber hinaus war er in den Jahren 2004 und 2005 Vorsitzender der Gruppe Interessierter Staaten für Praktische Abrüstungsmaßnahmen (GIS). Detlev Wolter studierte Jura, Geschichte und Politikwissenschaft in Mainz, Genf und New York und promovierte in Völkerrecht und Rüstungskontrolle an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Uta Zapf: Mitglied des Bundestages seit 1990 und seit 1998 Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Seit 1984 ist Uta Zapf Mitglied der Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand und seit 1990 deren stellvertretende Vorsitzende. Seit Februar 2000 ist sie Vizepräsidentin der Südosteuropa-Gesellschaft, seit 2002 Mitglied der International Crisis Group (ICG) und seit 2003 Mitglied des Aufsichtsrates des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind dabei Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sicherheitspolitik und Krisenprävention. Uta Zapf studierte Anglistik, Germanistik und Literaturwissenschaft in München.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Achenbach,	Jelena von	Max-Planck-Institut für Völkerrecht
Adam,	Dr. Rudolf	Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Aiash,	Haitham	Haus der Bundespresse
Albers,	Karin	IFFF
Albrecht,	Moritz	SPD
Albrecht,	Prof. Dr. Ulrich	Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft
Albrecht,	Dr. Stephan	Vereinigung deutscher Wissenschaftler e.V.
Altmann,	Dr. Jürgen	Universität Dortmund, Lehrstuhl für Experimentelle Physik III
Amsler,	Peter	Nat. Geistiger Rat der Bahá'i in Deutschland e.V.
Andrea,	Daniel	Menschenrechtszentrum Potsdam
Andreas,	Sven	freier Journalist
Anthony,	Ian	Stockholm International Peace Research Institute - SIPRI
Armbrust,	Isabella	berlinpolis e. V.
Arnaudo,	Raymond	Botschaft der U.S.A., Moskau
Arora,	Prof. Dr. Dayanand	FHTW-Berlin
Auga,	Michèle	Friedrich-Ebert-Stiftung
Auge,	Oliver	Centrum für internationale Migration und Entwicklung
Aust,	Helmut	Universität München
Autzen,	Henrik	Auswärtiges Amt
Bartolf,	Christian	Ghandi-Informationszentrum e. V.
Bartsch,	Henriette	Universität Hamburg
Bauer,	Thomas	C.A.P, Centrum für angewandte Politikforschung
Bayer,	Martin	Thales Holding GMbH
Becker,	Una	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
Becker,	Prof. Dr. Klaus	Vizepräsident RSH
Becker,	Dietrich	Auswärtiges Amt
Bedenk,	Sandra	FU Berlin
Beerwerth,	Peter	Auswärtiges Amt
Behrensen,	Arne	Büro MdB Kerstin Müller
Behzad,	Shiva	Zentrum für Konfliktforschung, Uni Marburg
Below,	Alexis	TU Dresden
Benking,	Heiner	Open Forum
Benner,	Thorsten	Global Public Policy Institute
Berts,	Hannes	Weapons of Mass Destruction Commission, Stockholm
Berding,	Volker	ZTransf Bw
Bertel,	Oberst Volker	Landeskommando Saarland
Biesold,	Harald	GRS mbH
Biontino,	Michael	Auswärtiges Amt
Blix,	Dr. Hans	The Weapons of Mass Destruction Commission, Stockholm
Blach,	Roland	Deutsche Friedensges. - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Bock,	Prof. Dr. Siegfried	Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V.
Bogensperger,	Alexander	Auswärtiges Amt
Böhme,	Jeannette	Beratung für Menschenrechte und Genderfragen
Böhringer,	Gislinde	Friedenswerkstatt Mutlangen

Böker,	Marion	Beratung für Menschenrechte und Genderfragen, Berlin
Bollinger,	Tobias	Friedenswerkstatt Mutlangen
Bonarius,	Nadja	Auswärtiges Amt
Boulanger,	Christian	Zeitschrift Friedens-Warte
Bown,	Hilary	IFSH/ Uni Hamburg
Braitschink,	Dirk	
Braun,	Reiner	VDW
Brzoska,	Prof. Dr. Michael	Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Uni Hamburg
Brunne,	Dr. Klaus	CHANCE - Das Innovationsmagazin
Bruschinski,	Bernd	BMZ
Bues,	Andrea	Friends of the Earth
Cai,	Hao	Botschaft der VR China
Cherkashin,	Dmitry	Botschaft der Russischen Förderation
Conrady,	Jan	TU-Dresden - Jurist. Fakultät
Cotte,	Mario	Bundesamt f. Wehrt. u. Besch.
Croll,	Peter	International Center for Conversion, Bonn
Dambmann,	Klaus	BMVg
Dardiry,	El walid	Alosboa Zeitung
Dathe,	Nicole	Auswärtiges Amt
Dehez,	Dustin	DGVN
Deile,	Volkmar	Jahrbuch Menschenrechte
Dewez,	Carole	
Diesner,	Ursula	Bundesamt f. Wehrt. u. Besch.
Dietl,	Dr. Elisabeth	Wiis
Dietrich,	Christian	DGVN
Dömling,	Sophia	Studentin FU/HU Berlin
Dorloff,	Axel	rbb Inforadio, Wissenschaft
Dörr,	Prof. Dr. Oliver	European Legal Studies Institute/ Uni Osnabrück
Droogenbroeck,	Rik van	Belgische Botschaft
Dujic,	Ana	DGVN
Ebeling,	Klaus	Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
Eichhorn,	Marc	Auswärtiges Amt
Eisermann,	Dr. Daniel	Berlin Risk Institute
Engelke,	Dr. Matthias	Initiativkreis gegen Atomwaffen
Erickson,	Jennifer	Gastwissenschaftlerin, SWP
Erler,	Gernot	Auswärtiges Amt
Feierabend,	Christiane	Büro MdB Johannes Pflug
Finger,	Anne	Stiftung Wissenschaft und Politik
Fischer,	Prof. Dr. Horst	Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, Uni Bochum
Fitzpatrick,	Mark	International Institute for Strategic Studies, London
Flechtner,	Stefanie	Friedrich-Ebert-Stiftung
Fleißig,	Sönke	Auswärtiges Amt
Flohr,	Udo	CyberBureau
Föhrenbach,	Dr. Gerd	Zentrum für Transformation der Bundeswehr
Fölsche,	Katharina	Aktionsbündnis Landmine.de
Fontaine,	Anna	Büro MdB Uta Zapf
Forberg,	Ekkehard	World Vision Deutschland

Forndran,	Prof. Dr. Erhard	Universität Magdeburg, Institut für Politikwissenschaft
Franceschini,	Giorgio	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
Frey,	Ulrich	Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Friedrich,	Dr. Alexander	UN Exekutivsekretär a. D.
Fritz,	Erich	Mitglied des Bundestags
Fröhlich,	Prof. Dr. Manuel	Universität Jena
Frohmüller,	Ivo	
Fuchs,	Dieter	Stuttgarter Zeitung
Fücks,	Ralf	Heinrich-Böll-Stiftung
Funke,	Aloys	Pax Christi Deutschland
Gaafar,	Mahmoud	Pressebüro - Botschaft der Arabischen Republik Ägypten
Gans,	Sabine	BMVg
Gebauer,	Thomas	Medico International
Geyr,	Dr. Geza A. von	Bundeskanzleramt
Giannella,	Annalisa	Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Brüssel
Giersch,	Dr. Carsten	Berlin Risk Institute
Giese,	Dr. Karsten	GIGA Institut für Asienstudien
Goebel,	Thomas	Auswärtiges Amt
Gottemoeller,	Rose	Carnegie Endowment for International Peace, Moskau
Göhring,	Dr. Rebekka	Heinrich-Böll-Stiftung
Grams,	Christoph	DGAP/ SFZ
Grau,	Michael	Auswärtiges Amt
Greene,	Dr. Owen	Centre for International Cooperation and Security, Uni of Bradford
Griep,	Ekkehard	DGVN
Gröning,	Friedrich	Auswärtiges Amt
Grund,	Dr. Sabine	SID - Chapter Hamburg
Gumlich,	Dr. Gertrud	Ev. Akademikerschaft
Gundelfinger,	Jörg	
Gündner,	Luzia	Friedenswerkstatt Mutlangen
Günther,	Prof. Dr. Klaus	Pro Heide Neuruppin
Häckel,	Prof. Dr. Erwin	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Hagemann,	Axel	GRS mbH
Hagena,	Dr. Hermann	Hagena & Partner
Hall,	Xanthe	IPPNW
Hase,	Torsten	BMI
Hauck,	Hans Bastian	DGAP
Haupt,	Heinrich	Auswärtiges Amt
Hasenau,	Michael	Auswärtiges Amt
Hauswedell,	Dr. Corinna	Ev. Akademie Loccum
Hegener,	Ute	Forum Crisis Prevention/ Plattform
Heine,	Roland	Berliner Zeitung
Heinsch,	Dr. Robert	DRK-Generalsekretariat
Heintze,	Dr. Hans-Joachim	Universität Bochum
Held,	Dr.Thomas	Deutsche Stiftung Friedensforschung
Heller,	Wolfgang	Internationale Arbeitsorganisation
Henger,	Manfred	Bundesanstalt f. Geowissenschaften u. Rohstoffe
Henneka,	Andreas	Otto-Suhr-Institut/ FU Berlin

Henze,	Arnd	Westdeutscher Rundfunk
Henze,	Ruben Jonas	Universität Hamburg
Hermann,	Bernd Uwe	BMI
Hertwig,	Jana	TU-Dresden - Jurist. Fakultät
Heseler,	Frank	Ex-Referendar Referat VN07
Heßmann,	Sven	IPPNW
Hinterlang,	Jan	Universität Potsdam
Hinz,	Amelie Lara	
Hitchens,	Theresa	Center for Defense Information, Washington
Hoffmann,	Hellmut	Auswärtiges Amt
Hofmann,	Nathalie	
Hommelhoff,	Kirsten	Büro MdB Werner Hoyer
Horn,	Prof. Dr. Albrecht	DGVN
Hövener,	Dr. Barbara	IPPNW
Huber,	Monika	Evangelischer Entwicklungsdienst
Hugler,	Helmut	Büro MdB Uta Zapf
Huhn,	Oberst Walther	BMVg
Hunger,	Iris	Uni Hamburg, FSP BIOGUM, Forschungsstelle Biowaffen
Hüth,	Dr. Friedrich	Friedensausschuss
Jacob,	Ludwig	Institut für Theologie und Frieden
Jasper,	Ursula	IPW/ Universität St. Gallen
Jensen,	Marlene V.	Kgl. Dänische Botschaft
Joecken,	Ilka	Büro MdB Elke Hoff
Joetze,	Dr. Günther	Botschafter a.D.
John,	Dr. Mathias	amnesty international
Justen,	Detlev	Stiftung Wissenchaft und Politk - SWP
Kaiser,	Dr. Michael	News Corp. UK/USA
Káradi,	Matthias	Büro MdB Dr. Rolf Mützenich
Karl,	Dr. Wilfried	Urania
Keitel,	Matthias	
Kemmer,	Laura	Universität Hamburg
Kerby,	William	
Kerby,	Helen	
Kero,	Kenneth	Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Kimmich,	Okka Thea	IPPNW
Kissling,	Dr. Claudia	Universität Bremen
Klimisch,	Jan-Thilo	Büro MdB Andreas Weigel
Klußmann,	Jörgen	Evangelische Akademie im Rheinland
Knop,	Dr. Katharina von	George C. Marshall European Center for Security Studies
Koch,	Steffen	Auswärtiges Amt
Kochendoerfer-Lucius,	Dr. Gudrun	InWEnt GmbH
Koerner,	Alfred	Auswärtiges Amt
Kolean,	Li	WILPF
Koller,	Dr. Elke	Initiativkreis gegen Atomwaffen
Königer,	Dieter	Königer-Rechtsanwälte
Korb,	Hendrik	Friedrich-Naumann-Stiftung
Koritke,	Hans	Ohne Rüstung Leben

Korzak,	Elaine	Internationale Beziehungen e. V.
Krämer,	Christoph	IPPNW
Kreft,	Dr. Heinrich	CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Kronfeld-Goharani,	Dr. Ulrike	Sozialwiss. Institut/ Universität Kiel
Küchenmeister,	Thomas	Aktionsbündnis Landmine.de
Laddach,	Linda	Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum
Lampe,	Dr. Otto	Berliner Rathaus
Langanke,	Michael	g+h communication
Lange,	Andreas	DGVN
Leick,	Markus	FU Berlin, DGVN
Lendermann,	Marc	
Lennartz,	Judith	Universität Hamburg
Levetzow,	Leontine, von	BMZ
Lewis,	Patricia	United Nations Institute for Disarmament Research
Liebetanz,	Klaus	Fachberatung Katastrophenmanagement
Limberg,	Margarete	DeutschlandRadio
Lindner,	Robert	Oxfam Deutschland e.V.
Lübbert,	Dr. Daniel	Wissenschaftlicher Dienst im Deutschen Bundestag
Lüdeking,	Rüdiger	Auswärtiges Amt
Ludermann,	Bernd	
Lundin,	Jan	Botschaft von Schweden
Lunze,	Stefan	FU Berlin
Mahrad,	Asad	TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung
Malirsch,	Maximilian	Institut für Völkerrecht,Uni Göttingen
Marfurt,	Dr. Edith	Zentrum für interdisziplinäre Konfliktanalysen/ Uni Basel
Markus,	Rolf-Werner	Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Markwica,	Robin	University of Cambridge
Mathes,	Guido	Akademie der Bundeswehr für Information u. Kommunikation
Matthies,	Volker	Führungsakademie der Bundeswehr
Matzat,	Lorenz	
Mehlbreuer,	Sabine	BMVg
Meier,	Dominik	miller und meier consulting
Meier,	Oliver	Arms Control Association
Meier-Klodt,	Cord	Auswärtiges Amt
Meller,	David	
Merlo,	Pietro	Auswärtiges Amt
Messerschmidt,	Marion	DRK Generalsekretariat
Meyer,	Marisol	Mundo Latino TV
Meyhoeffer,	Dr. Wolf-Eckart	Deutsche Welthungerhilfe
Michel,	Dr. Harald	IFAD GmbH
Mickley,	Dr. Angela	Deutsche Stiftung Friedensforschung
Mignot,	Emmanuel	Französische Botschaft
Miller,	Jonathan	Botschaft des Staates Israel
Moll,	Christiane	Kommissariat der deutschen Bischöfe
Mor,	Ilan	Botschaft des Staates Israel
Mordvinov,	Evgeny	Hertie School of Governance
Müller,	Prof. Dr. Harald	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Müller,	Jörn	Institut für Völkerrecht,Uni Göttingen
Müller,	Kerstin	Mitglied des Deutschen Bundestags
Müller,	Christoph	Krauss Maffei Wegmann & Co KG
Müller-Färber,	Thomas	Stiftung Wissenschaft und Politik
Mützenich,	Dr. Rolf	Mitglied des Deutschen Bundestags
Najar Nobari,	Saed	Iranische Nachrichtenagentur
Neumann,	Christian	Auswärtiges Amt
Neuneck,	Dr. Götz	Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Uni Hamburg
Nielebock,	Dr. Thomas	Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Nitschke,	Markus	Oxfam Deutschland e.V.
Oertzen,	Mariana von	Mundo Latino TV
Olbrich,	Dr. Alexander	Auswärtiges Amt
Oschmann,	Thomas	
Pall,	Stephanie	Atlas Elektronik
Perdelwitz,	Sebastian	Universität Marburg
Pfaffernoschke,	Andreas	Auswärtiges Amt
Pflug,	Johannes	Mitglied des Deutschen Bundestags
Piper,	Gerhard	Berlin Information Center for Transatlantic Security
Pokotylo,	Vasyl	Ministry for Foreign Affairs of Ukraine
Pölking,	Annette	Atlantische Initiative e. V.
Polster,	Jörg	Auswärtiges Amt
Poppe,	Linda	
Poulet,	Wolf E.	Beratungsbüro Internationale Sicherheitspolitik
Preiß,	Frank	Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.
Pretorius,	Pieter	Botschaft der Republik Südafrika
Prieur,	Karin	BMVg
Purushottam,	Smita	Botschaft der Republik Indien
Quistorp,	Eva	Internationales Friedensbüro, Berlin-Genf
Radseck,	Dr. Michael	German Institute of Global and Area Studies (GIGA)
Ramalho,	Dr. Luiz	InWent gGmbH
Randow,	Gero von	DIE ZEIT
Rauch,	Carsten	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Rauschan,	Tim	Grüne Jugend
Reich,	Ursel A.	Universität Konstanz
Reyels,	Dr. Rüdiger	Botschafter a. D.
Richthofen,	Dr. Hermann Frhr von	Botschafter a. D.
Riecke,	Henning	DGAP
Riotte,	Ellen	OECD Centre Berlin
Rittberger,	Prof. Dr. Volker	Deutsche Stiftung Friedensforschung
Roche,	Douglas	Middle Powers Initiative, New York
Rock,	Philipp	Büro MdB Holger Haibach
Röder,	Richard	Student der Bucerius Law School
Roithner,	Dr. Thomas	Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution
Rosen,	Dr. Klaus	Konrad-Adenauer-Stiftung
Rosenbladt,	Sabine	Internationale Politik
Roß,	Ole	Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum
Ruf,	Prof. Dr. Werner	Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung an der Uni Kassel

Ruff,	Stefanie	Auswärtiges Amt
Russmann,	Paul	Ohne Rüstung Leben
Rust,	Achim	Internationale Politik
Salewski,	Peter	GRS mbH
Salomon-Lüer,	Matthias	Auswärtiges Amt
Sauer,	Manfred	IPPNW -Österreich
Saxer,	Marc	Friedrich-Ebert-Stiftung
Schädel,	Monty	Dt Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Schäfer,	Paul	Mitglied des Bundestags
Schirge,	Benedikt	BI Freie Heide
Schjörlien,	Jens	Weapons of Mass Destruction Commission, Stockholm
Schlupp-Hauck,	Wolfgang	Atomwaffen abschaffen
Schmidt,	Prof. Dr. Hajo	Institut Frieden und Demokratie
Schnappertz,	Jürgen	Auswärtiges Amt
Schneider,	Jonas	Stiftung Wissenschaft und Politik
Schorlemer,	Prof. Dr. Dr. Sabine von	Universität Dresden
Schreiber,	Prof. Dr. Wilfried	Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik
Schulz,	Paul	Pro Heide Neuruppin
Schulz,	Thorsten	Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Schulzendorf,	Dr. Gerhild	dfb e.V.
Schünemann,	Manfred	Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V.
Schuster,	Frank	FDP-Bundestagsfraktion
Schuster,	Marina	Mitglied des Bundestags
Schut,	Ellen	Ministry for Foreign Affairs of the Netherlands
Schütz,	Susanne	Auswärtiges Amt
Schwan,	Michael	Büro MdB Detlef Dzembritzki
Schwarz,	Dr. Volker	Berliner Wissenschaftsverlag
Schwarz,	Werner	Initiativkreis gegen Atomwaffen
Schwencke,	Prof. Dr. Olaf	FU Berlin
Seaboyer,	Anthony	Stiftung Wissenchaft und Politk - SWP
Seidler,	Tabea	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
Seifert,	Dr.Arne	Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.
Selig,	Lena	IPPNW
Senn,	Martin	University of Innsbruck, International Security Research Group
Siegl,	Erik	Botschaft der Tschechischen Republik
Silberberg,	Hannah	Büro MdB Dr. Angelica Schwall-Düren
Silberberg,	Reinhard	Auswärtiges Amt
Söderlind,	Frida	Botschaft von Schweden
Sommer,	Jerry	BICC
Spangenberg,	Andrea	Frauennetzwerk für Frieden, Liberale Frauen, ICAA
Spangenberg,	Wolfgang	Frauennetzwerk für Frieden, Liberale Frauen, ICAA
Spieker,	Dr.Heike	DRK - Generalsekritariat
Spindler,	Prof. Dr. Manuela	Staatswissenschaftl. Fakultät/ Uni Erfurt
Spitzer,	Prof. Dr. Hartwig	Universität Hamburg, II. Institut für Experimentalphysik
Sprögel,	Dr. Günther	BMWI
Staack,	Prof. Dr. Michael	Helmut-Schmidt-Universität
Staemmler,	Johannes	Hertie School of Governance

Stania,	Peter	International Institute for Peace
Starblum,	Paola	Internationale Arbeitsorganisation
Staron,	Dr. Joachim	Internationale Politik
Stehr,	Uwe	SPD-AG Außenpolitik
Stein,	Shimon	Botschafter des Staates Israel
Steinert,	Frank	
Steinmetz,	Christopher	Büro MdB Paul Schäfer
Stelzenmüller,	Dr. Constanze	The German Marshall Fund of the US
Stierle,	Dr. Wolfram	BMZ
Strauss,	Christian	Praktikant Zeitschrift Friedens-Warte
Streibl,	Ralf E.	FifF e. V.
Strakos,	Klaus	DGVN
Struck-Garbe,	Marion	Green Peace
Stubbe,	Peter	TU-Dresden-Zentrum für intern. Studien
Stupl,	Dipl.-Phys. Jan	IFSH/ IFAR
Suess,	Christoph	
Suominen,	Irene	Auswärtiges Amt
Suszek,	Zbigniew	Polnische Botschaft
Szantho von Radnoth,	Corry	NRO-Frauenforum
Terhalle,	Dr.Maximilian	Zentrum für Transformation der Bundeswehr
Theissen,	Arne Hendrik	Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung, Uni Marburg
Thielicke,	Dr.Hubert	DGVN, DPRG
Thiemann-Huguet,	Nathalie	World Vision Deutschland
Toennes,	Achim	Organisationsberatung
Tomuschat,	Prof. Dr. Christian	Humboldt-Universität zu Berlin
Troebst,	Prof. Dr. Stefan	Universität Leipzig
Tucker,	Dr. Jonathan	American Academy
Tundanonga-Dikunda,	Dr. Shungu M.	Public & Policy Affairs Consultant
Unser,	Dr. Günther	Institut für Politische Wissenschaft RWTH Aachen
Vehstedt,	Astrid	KULTUR
Viet,	Nils	Auswärtiges Amt
Vietor,	Marcel	FU Berlin
Vogt,	Marion	VDBIO
Vogt,	Susanna	Konrad-Adenauer-Stiftung
Vorholz,	Mirtha	Mundo Latino TV
Voß,	Dr. Hans	Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V.
Wachendorff,	Amelie	
Wagner,	Marie K.	FU Berlin
Walker,	Richard	Deutsche Welle DW-TV
Walker,	Prof. William	School of International Relations, University St Andrews
Wallner,	Roland T.	ThyssenKrupp Marine Systems AG
Walther,	Jonas-Benjamin	
Wasielewski,	Lukas	Auswärtiges Amt
Wegner,	Christof	BMWI
Weigel,	Andreas	Mitglied des Bundestags
Weiss,	Stefani	Bertelsmann Stiftung
Weiss,	Brigitta	Berliner Wissenschaftsverlag

Werner,	Frank	Hamburger Erklärung e. V.
Wessingk,	Daniel	SPD
Wiegner,	Ralph	
Wiermann,	Hans-Werner	BMVg
Wiese,	Inken	Büro MdB Niels Annen
Wilfert,	Heinz-Hartmut	ADRA Deutschland e.V.
Winter,	Benjamin	Auswärtiges Amt
Wiesotzki,	Dr. Simone	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Witte,	Anja	Internationale Frauenliga
Wolf,	Margareta	Mitglied des Bundestags
Wolter,	Dr. Detlev	Auswärtiges Amt
Zapf,	Uta	Mitglied des Bundestags
Zelioli,	Luca	Botschaft der italienischen Republik
Ziegler,	Hansvolker	
Zimmermann,	Christian	Gesellschaft für bedrohte Völker
Zintl,	Maria	IPPNW

Das Forum Globale Fragen

Das **Forum Globale Fragen**, 1999 vom Auswärtigen Amt im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen, befasst sich mit einem breiten Spektrum globaler Herausforderungen und führt staatliche und nichtstaatliche Akteure der internationalen Politik zu einem Meinungsaustausch zusammen. Bisher fanden statt:

1.	28.-29.04.1999	Globalisierung - Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik
2.	06.-07.10.1999	6 Milliarden Menschen - Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung
3.	08.-09.05.2000	Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft
4.	24./25.10.2000	Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel
5.	25.-26.06.2001	Neue globale Partnerschaften
6.	15.-16.10.2001	Globalisierung und Kommunikation
7.	16.-17.05.2002	Dialog der Kulturen
8.	20.-21.02.2003	Außenpolitik in Echtzeit? Die Medialisierung der Weltpolitik
9.	11.-12.12.2003	"Fest entschlossen, unsere Kräfte zu vereinen..." - Die VN als Motor globaler Strukturpolitik
10.	24.-25.06.2004	Kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden Sicherheitspolitik zwischen Militäreinsatz und Entwicklungshilfe
11.	19.04.2005	Global Players - Fußball, Globalisierung und Außenpolitik
12.	02.-03.06.2005	Welt ohne Grenzen? Globalisierung und Migration
13.	06.-07.04.2006	Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt – Globalisierung, Urbanisierung und Internationale Politik
14.	08.-09.09.2006	Völkerrecht im Wandel
15.	11.-13.01.2007	Investing in Peace – Spurring Private Involvement in Post-Conflict Peace-Building
16.	05.-06.03.2007	Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung
17.	13.-14.06.2007	Sicherheitsrisiko Klimawandel

In der seit 2003 laufenden Veranstaltungsreihe **Forum Globale Fragen – *kompakt***; (jeweils eine Podiumsveranstaltung statt bis zu vier im Forum Globale Fragen) fanden bisher fünf Veranstaltungen statt:

1.	09.09.2003	Der Global Compact: *public responsibility* oder *public relations* ?
2.	20.09.2004	Eine Weltumweltorganisation: Ökokratie oder Motor globaler Umweltpolitik ?
3.	27.10.2004	Frieden braucht Frauen – Sicherheitspolitik braucht Geschlechterperspektive !
4.	16.02.2005	Vielfalt statt Einfalt – Muss die Kultur vor der Globalisierung geschützt werden ?
5.	20.10.2005	Stehen wir auf der Leitung? Wasserpolitik nach dem UN-Gipfel 2005.
6.	22.06.2006	Zukunftsforschung und Politik

Liste und Dokumentation bisheriger Veranstaltungen finden sich unter

http://www.diplo.de/ForumGF

Sie können auch in Broschürenform bestellt werden bei

broschuerenstelle@auswaertiges-amt.de oder
Tel: 030 – 5000 4990
Fax: 030 – 5000 54990

Veranstalter: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen
Leiter: Christian Much
Sekretariat: Ulrike Ungewiß
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel: 030 – 5000 1923
gf09-s@diplo.de